

KONJUNKTURERHOLUNG LÄSST WEITER  
AUF SICH WARTEN

MITTELFRISTIG GEDÄMPFTES WACHSTUM

INVESTITIONSKLIMA AUCH 2003 GETRÜBT

DIE NEUE BASLER EIGENKAPITALVEREINBARUNG  
("BASEL II") AUS MAKROÖKONOMISCHER SICHT

BESTIMMUNGSGRÜNDE DER LOHNQUOTE UND DER  
REALEN LOHNSTÜCKKOSTEN

## ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

### Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

### Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Mag. Christian Domany, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark

Dkfm. Ferdinand Lacina

Dr. Stephan Koren, Generaldirektor der Österreichischen Postsparkasse AG

Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Dipl.-Ing. Peter Mitterbauer, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Sepp Rieder, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Dr. Norbert Rozsenich

Rudolf Schwarzböck, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Abgeordneter zum Nationalrat Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Adolf Wala, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

### Vizepräsidenten

Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

### Kuratorium

August Astl, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Lorenz Fritz, Rudolf Gruber, René Alfons Haiden, Franz Helbich, Hans Hofinger, Manfred Holztrattner, Hansjörg Jäger, Ernst John, Dietrich Karner, Christian Konrad, Heinrich Kopetz, Paul Mailáth-Pokorny, Werner Muhm, Walter Nettig, Erich Pramböck, Erwin Pröll, Claus Raidl, Gerhard Randa, Wolfgang Rutenstorfer, Herbert Sausgruber, Gerhard Silberbauer, Richard Silvestri, Ulrich Stacher, Gerhard Steger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Gertrude Tumpel-Gugerell, Franz Vranitzky, Hubert Wipplinger, Josef Wöhrer, Bruno Zluwa

**Leiter:** Helmut Kramer

**Stellvertretende Leiter:** Karl Aiginger, Angela Köppl, Karl Musil

### Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karl Aiginger, Josef Baumgartner, Gudrun Biffl, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Peter Huber, Ulrike Huemer, Gernot Hutschenreiter, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kletzan, Norbert G. Knoll, Angela Köppl, Kurt Kratena, Gerhard Lehner, Hannes Leo, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Gerhard Palme, Michael Peneder, Wolfgang Pollan, Wilfried Puwein, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Stephan Schulmeister, Franz Sinabell, Egon Smeral, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer, Michael Wüger

### Organisation und Verwaltung

Ulrike Bachmaier, Maria Bauer, Gertrude Czettl, Gabriela Hötzer, Christine Kautz, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger-Hoefling, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Andrea Ranzenberger, Leopold Schehswendter, Ilse Schulz, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Monika Skrobaneck, Kristin Smeral, Christine Stoidl, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

### Wissenschaftliche Assistenz und Statistik

Martina Agwi, Christine Braun, Monika Dusek, Sabine Fragner, Ursula Glauningner, Lucia Glinsner, Andrea Grabmayer, Dagmar Guttman, Andrea Hartmann, Eva Jungbauer, Christine Kaufmann, Brigitte Klose, Susanne Kopal, Irene Langer, Eva Latschka, Elisabeth Lebar, Christa Magerl, Elisabeth Neppel-Oswald, Traude Novak, Birgit Novotny, Sonja Patsios, Waltraud Popp, Annamaria Rammel, Brigitte Schütz, Eva Sokoll, Martha Steiner, Maria Thhammer, Roswitha Übl, Evelyn Wanderer, Alexandra Wegscheider, Gabriele Wellan, Dietmar Weinberger, Gertrude Wenz

### Konsulenten

Peter Egger, Heinz Hollenstein, Michael Pfaffermayr, Kurt Rothschild, Stefan Schleicher, Gunther Tichy, Rudolf Winter-Ebner

Herausgeber: Helmut Kramer  
Schriftleiter: Wolfgang Pollan •  
Redaktion: Ilse Schulz •  
Technische Redaktion:  
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und  
Redaktion: Österreichisches Institut für  
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,  
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •  
Telefon +43 1 798 26 01-0 •  
Fax +43 1 798 93 86 •  
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia  
GmbH., 2100 Korneuburg

P .b.b., Erscheinungsort Wien,  
Verlagspostamt 1030

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und  
Online-Zugriff): € 204,00 • Preis pro  
Heft: € 20,40 • Downloadpreis  
pro Artikel: € 11,00

# Inhalt

## 91 ■ Konjunkturerholung lässt weiter auf sich warten

*Markus Marterbauer*

Die aktuellen Konjunkturindikatoren lassen keinen Wirtschaftsaufschwung erkennen. Die WIFO-Konjunkturumfrage für das I. Quartal spiegelt in der Sachgütererzeugung die große Unsicherheit in den Erwartungen über die weltpolitische und wirtschaftliche Entwicklung wider. Das Geschäftsklima hat sich gegenüber dem Vorquartal etwas verschlechtert. Relativ günstig entwickelt sich der Export, er überstieg das Vorjahresergebnis im Herbst 2002 um 6½%. Die Binnen- nachfrage hingegen bleibt schwach. Der Einzelhandel wuchs im 2. Halbjahr saisonbereinigt kaum, nur im Handel mit dauerhaften Konsumgütern zeichnet sich eine leichte Belebung ab. In der Bauwirtschaft dürfte dank verbesserter Auftragslage im Tiefbau der Tiefpunkt überschritten sein. Aufgrund der Flaute der Inlandsnachfrage gehen die Importe weiter zurück; dies trägt zum Verschwinden des Leistungsbilanzdefizits wesentlich bei. Der Preisauftrieb ist weiterhin schwach. Auf dem Arbeitsmarkt ist keine Entlastung zu erkennen.

## 102 Kennzahlen zur Wirtschaftslage

## 109 Mittelfristig gedämpftes Wachstum

*Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer*

Das WIFO rechnet für die nächsten Jahre mit einer eher schleppenden Konjunkturerholung in Europa und speziell auch in Österreich. Impulse für einen Konjunkturaufschwung können primär von der Weltwirtschaft erwartet werden, allerdings unterliegen diese erheblichen Risiken. Die mäßige Belebung sowohl im Durchschnitt der EU-Länder als auch in Österreich wird im Zeitraum 2001 bis 2006 ein durchschnittliches Wachstum des realen BIP von nur etwa 2% pro Jahr erlauben (gegenüber etwa +2½% in der Periode 1996/2001). In Österreich wachsen Konsum- und Baunachfrage wesentlich schwächer als der Export und die Ausrüstungsinvestitionen. Der Bedarf an Arbeitskräften erhöht sich vor allem in den Jahren 2004 bis 2006 kräftig. Die Arbeitslosigkeit geht hingegen nur unzureichend zurück, die Arbeitslosenquote könnte 2006 einen Wert von 6,3% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 3,7% der Erwerbspersonen laut Eurostat erreichen. Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Sektors sinkt aufgrund der Konjunkturerholung tendenziell auf etwa 0,8% des BIP im Jahr 2006. Die Wirtschaftspolitik steht vor der Herausforderung der Gestaltung von Budgetstruktur, Innovations- und Bildungspolitik.

## 115 Investitionsklima auch 2003 getrübt

*Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz*

Die Unternehmen der Sachgütererzeugung und die Versorgungsbetriebe wollen 2003 wieder mehr investieren. Maßgeblich dafür sind Großprojekte, vor allem in der Kfz-Branche. Lässt man diese außer Acht, so bleibt das Investitionsklima in der Sachgütererzeugung auch 2003 verhalten. In der Bauwirtschaft werden die Investitionen heuer weiter zurückgehen.

## 127 Anhang: Ergebnisse des WIFO-Investitionstests von Ende 2002

## Inhalt

### 137 **Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung ("Basel II") aus makroökonomischer Sicht**

*Franz R. Hahn*

Das geltende Eigenkapitalregime für Banken ("Basel I") hat die Stabilität des internationalen Bankensystems nur unzureichend gestärkt. Die undifferenzierte und grobe Erfassung der Kreditrisiken und die rasante Entwicklung auf dem Sektor der Finanzinnovationen haben seine Wirksamkeit nachhaltig geschwächt. Die neuen Eigenkapitalvorschläge des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht ("Basel II") sehen u. a. verbesserte Methoden der Risikobewertung vor, die allerdings auf makroökonomischer Ebene unerwünschte Effekte auslösen können. Diese Effekte können Größenordnungen erreichen, die das Ziel der nachhaltigen Stärkung des internationalen Finanzsystems gefährden.

### 151 **Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten**

*Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen*

Die bereinigte Lohnquote und die realen Lohnstückkosten sind Indikatoren der Einkommensverteilung, die in sehr unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Diskussionszusammenhängen verwendet werden. Die beiden Konzepte sind einander allerdings sehr ähnlich: Die realen Lohnstückkosten sind nichts anderes als eine reale bereinigte Lohnquote. Die wichtigste langfristige Determinante für beide Variable ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Eine hohe und steigende Arbeitslosenquote geht mit rückläufiger Lohnquote und sinkenden Lohnstückkosten einher. Kurzfristig spielen auch die Konjunktur und die Inflation eine wichtige Rolle in der Bestimmung des Lohnanteils am Volkseinkommen.

## Summaries

- 99 Economic Recovery Slow in Coming Under Way
- 114 Slow Growth in the Medium Run. Forecast for the Austrian Economy up to 2006
- 126 Investment Recovery Remains Uncertain. Results of the WIFO Autumn 2002 Investment Survey
- 149 The New Basel Capital Accord (Basel II) from a Macroeconomic Point of View
- 159 Determinants of Wage Share and Real Unit Labour Costs

## Online-Zugriff

■ Auf der WIFO-Website sind die Artikel der WIFO-Monatsberichte ab dem Heft 1/1998 in elektronischer Form im Volltext verfügbar (PDF). Seit dem Heft 1/2003 liegen die Artikel überdies in einer HTML-Version vor. Förderer und Mitglieder des WIFO sowie Abonnenten haben kostenlosen Zugriff auf alle Artikel.

Sie können die Berechtigung für den Online-Zugriff auf einzelne Artikel oder im Abonnement auch elektronisch anfordern. Login-Namen und Passwort erhalten Sie in diesem Fall innerhalb weniger Minuten per E-Mail, die Verrechnung erfolgt per Zahlschein oder Kreditkarte (die Preise entsprechen jenen der gedruckten Ausgabe).

[http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search?p\\_typeid=15&p\\_language=1&p\\_type=0](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search?p_typeid=15&p_language=1&p_type=0)

Markus Marterbauer

## Konjunkturerholung lässt weiter auf sich warten

**Die Risiken für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft sind – bedingt durch volatile Börsen und die Verunsicherung vor einem möglichen Irak-Krieg – hoch. Unmittelbar prägt derzeit eine anhaltende Schwäche der Binnennachfrage die Konjunktur in Europa und Österreich. Umfragen unter den heimischen Sachgütererzeugern deuten nicht auf einen bevorstehenden Aufschwung hin. Die Investitionsneigung ist angesichts niedriger Kapazitätsauslastung und der weltwirtschaftlichen Unsicherheiten gering. Die Umsätze im Einzelhandel stagnieren. In der Bauwirtschaft zeigen sich – von niedrigem Niveau ausgehend – Hinweise auf eine leichte Belebung. Auf dem Arbeitsmarkt ist unter diesen Umständen eine Trendwende noch nicht zu erwarten.**

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Abgeschlossen am 5. Februar 2003. • E-Mail-Adresse: [Markus.Marterbauer@wifo.ac.at](mailto:Markus.Marterbauer@wifo.ac.at)

Die aktuellen Konjunkturindikatoren deuten weiterhin nicht auf einen Wirtschaftsaufschwung hin. Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für das I. Quartal 2003 lassen in der Sachgütererzeugung sogar wieder eine leichte Verschlechterung des Geschäftsklimas erkennen. Dies spiegelt die große Unsicherheit in den Erwartungen über die weitere weltpolitische und wirtschaftliche Entwicklung wider. Die Unternehmen rechnen für die nächsten Monate mit einer gedämpften Expansion der Produktion (der saisonbereinigte Saldo aus optimistischen und pessimistischen Meldungen sank von +7,7 auf +4,8 Prozentpunkte). Besonders die Betriebe der technischen Verarbeitung, die Investitionsgüter herstellen, zeigen sich weniger zuversichtlich.

Dieses Bild wird gestützt durch die Beurteilung der Kapazitätsauslastung. Letztere war im I. Quartal mit 80,3% zwar geringfügig höher als zuvor, blieb aber merklich unter dem langjährigen Durchschnitt. Dies und die generelle Verunsicherung über die Wirtschaftsentwicklung dürften die Unternehmen veranlassen, geplante Investitionsprojekte weiter aufzuschieben. Der WIFO-Investitionstest vom November 2002 weist auf eine Ausweitung der Industrieinvestitionen hin, diese geht aber ausschließlich auf Großprojekte in der Kfz-Branche zurück.

Günstig entwickelt sich der Export. Zwar liegen bislang nur Außenhandelsdaten bis zum Oktober 2002 vor, diese zeigen aber, dass die Nachfrageschwäche vom Sommer überwunden wurde. Im September und Oktober expandierte die Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr um 6½%. Die Nachfrage aus dem EU-Binnenmarkt hat sich erholt, die Ausfuhr nach Südosteuropa und Südostasien stieg kräftig.

Vom Export kommen auch die einzigen nennenswerten Konjunkturimpulse in der EU und in Deutschland. Allerdings könnte die starke Aufwertung des Euro die Nachfrage aus Nordamerika und Südostasien bald dämpfen. Das BIP dürfte im Euro-Raum im IV. Quartal 2002 und im I. Quartal 2003 saisonbereinigt kaum mehr gewachsen sein, die Aufschwungstendenzen wurden neuerlich unterbrochen. Dies ist vor allem auf die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage zurückzuführen. Private Investitionen und öffentliche Ausgaben werden restriktiv gehandhabt. Der private Konsum wächst nur wenig, das Konsumentenvertrauen ist zwischen September und Jänner eingebrochen.

Hingegen kommen die Konjunkturimpulse in den USA primär von der Binnennachfrage, während der Export zurückgeht. Zwar hat sich die Zunahme der Ausgaben der privaten Haushalte (insbesondere für dauerhafte Konsumgüter) im IV. Quartal 2002 abgeschwächt, Ausrüstungsinvestitionen und private Bauinvestitionen sowie

vor allem die öffentlichen (Militär-)Ausgaben steigen aber rasch. Die USA bleiben damit der wichtigste Motor der Weltwirtschaft. Allerdings sind die Konjunkturrisiken hoch: Die Verunsicherung von Konsumenten und Investoren vor einem möglichen Irak-Krieg könnte zu Ausgabenzurückhaltung veranlassen. Geld- und Fiskalpolitik versuchen jedoch, die Konjunktur zu stimulieren.

In Österreich äußert sich die Konjunkturflaute in erster Linie in einer Schwäche der Binnennachfrage. Der Einzelhandel setzte von Jänner bis November zwar real um ¼% mehr um als im Vorjahr, saisonbereinigt erhöhte sich die Nachfrage im 2. Halbjahr aber nicht. Eine leichte Verbesserung zeichnet sich für die Anbieter von dauerhaften Konsumgütern ab – darauf weisen höhere Umsätze im Kfz-Handel im September und Oktober und der Anstieg der Pkw-Neuzulassungen im IV. Quartal hin.

In der Bauwirtschaft dürfte die Talsohle der Produktion durchschritten sein. Im WIFO-Konjunkturtest hat sich die Beurteilung der Bautätigkeit und der Auftragslage durch die Unternehmen leicht erholt. Dies deckt sich mit einer etwas günstigeren Einschätzung des Geschäftsklimas durch die Bauzulieferindustrie. Im Tiefbau hat sich die Nachfrage verbessert, im Wohnungsbau geht sie nicht weiter zurück. Die Unternehmen sehen auch keinen weiteren Bedarf, die Beschäftigung zu reduzieren, allerdings erreichte die Zahl der beschäftigten Bauarbeiter im Dezember 2002 mit 213.000 den niedrigsten Wert seit Mitte der achtziger Jahre.

Auch der anhaltende Rückgang der Importe belegt die Schwäche der Binnennachfrage. Diese bildet – neben der Expansion im Tourismus – die wichtigste Ursache für das Verschwinden des Leistungsbilanzdefizits.

Die ungünstige Konjunktur beeinflusst auch den Arbeitsmarkt. Im Jänner lag die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Die Zahl der Arbeitslosen war um 6.000 höher als 2002.

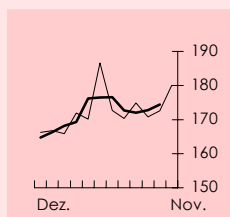
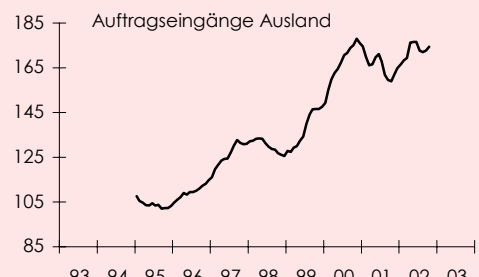
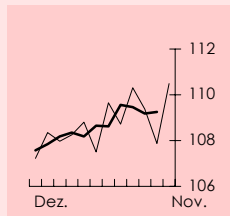
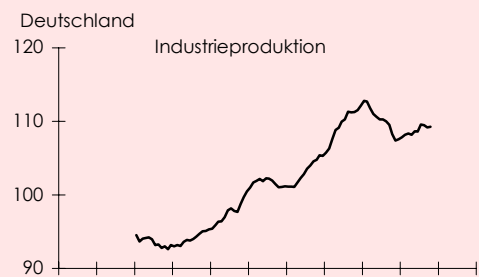
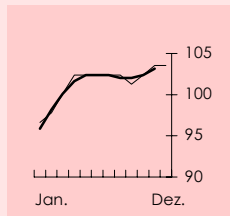
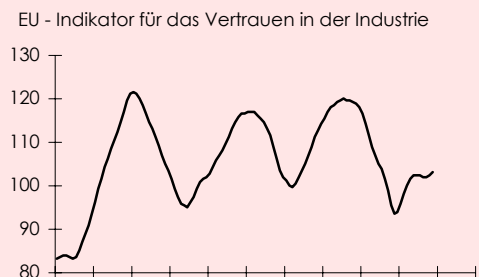
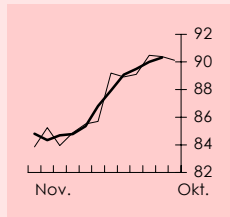
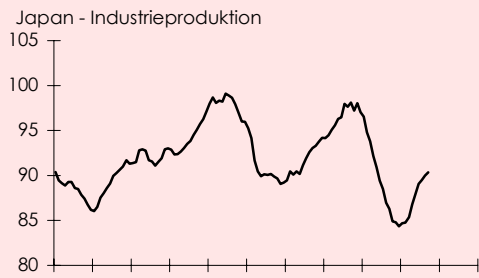
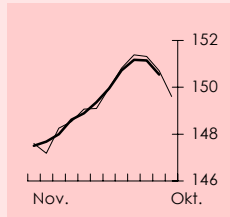
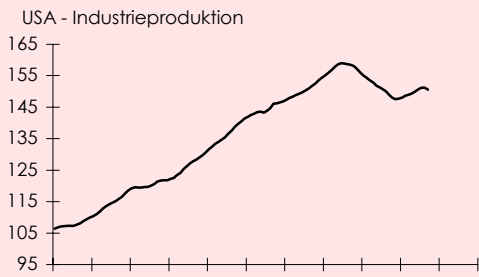
## Risiken für die Konjunktur in den USA

*In den USA trägt weiterhin die Binnennachfrage die Konjunktur. Das Wachstum der Konsumausgaben hat sich abgeschwächt, die Expansion von Ausrüstungsinvestitionen und Staatsnachfrage gewinnt an Dynamik. Allerdings bleiben die Risiken, die von volatilen Börsen und einem möglichen Irak-Krieg ausgehen, hoch.*

In den USA sind die Konjunkturaussichten weiterhin von erheblicher Verunsicherung geprägt, die von volatilen Börsen, dem drohenden Irak-Krieg und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit herrührt. Sie kommt vor allem in der Konsumentenstimmung zum Ausdruck, die im Dezember auf den niedrigsten Stand seit neun Jahren sank. Der Einbruch des Konsumentenvertrauens schlägt bislang aber nicht voll auf die Konsumausgaben durch. Diese wuchsen im IV. Quartal ebenso wie die Einzelhandelsumsätze leicht. Entscheidend für den weiteren Konjunkturverlauf sind die Investitionen. Seit dem II. Quartal 2002 zeigt sich eine lange erwartete Erholung der Käufe von Ausrüstungsgütern und Software. Allerdings nahm die Kapazitätsauslastung in der Industrie seit dem Sommer wieder etwas ab und liegt noch immer deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Auch die Industrieproduktion blieb im Herbst in saisonbereinigter Rechnung schwach, während sich der Einkäuferindex zum Jahresende verbesserte. Ein markanter Investitionsaufschwung zeichnet sich nicht ab. Bei hoher politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit warten die Unternehmen mit der Umsetzung von Investitionsprojekten zu. Der Sammelindex der vorseilenden Konjunkturindikatoren weist leicht aufwärts und deutet auf eine vorsichtige Wirtschaftsbelebung in den nächsten Monaten hin.

Im IV. Quartal 2002 erhöhte sich das BIP in den USA real um nur 0,2% gegenüber dem Vorquartal, das entspricht einer Steigerung um 2,8% gegenüber dem Vorjahr nach traditioneller europäischer Berechnung. Die Inlandsnachfrage ist weiterhin der tragende Faktor der Expansion. Dies kommt auch im raschen Anstieg der Importe zum Ausdruck. Die Konsumzunahme schwächte sich gegenüber den Vorquartalen etwas ab, für dauerhafte Konsumgüter (vor allem Pkw) wurde weniger ausgegeben. Einen wesentlichen Beitrag zum Wachstum leistete die Nachfrage der öffentlichen Haushalte, vor allem nach militärischen Gütern. Insgesamt ergab sich 2002 ein Anstieg des realen BIP um 2,4%, nach +0,3% im Jahr 2001.

Internationale Konjunktur  
Saisonbereinigt, 1991 = 100



2001/02

— Gleitende Dreimonatsdurchschnitte

Die Wirtschaftspolitik versucht der Verunsicherung von Konsumenten und Investoren durch expansive Maßnahmen entgegenzuwirken. Die Fed führte das kurzfristige Realzinsniveau deutlich in den negativen Bereich (zuletzt -1%). Der Spielraum für weitere Zinssenkungen zur Konjunkturstützung ist angesichts einer historisch niedrigen Federal Funds Rate von 1¼% allerdings nicht mehr sehr groß. Präsident Bush legte Anfang 2003 ein neues fiskalpolitisches Stimulierungspaket vor. Es umfasst das Vor-

ziehen von geplanten Steuersenkungen, die Abschaffung der Dividendenbesteuerung und die Ausdehnung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld. Das Ausmaß der Wachstumseffekte dieses Zusatzpakets ist umstritten. Insgesamt ist die Budgetpolitik durch die Wirkung der automatischen Stabilisatoren, bereits wirksamer Steuersenkungen und zusätzlicher (Militär-)Ausgaben merklich expansiv. Hatte der öffentliche Sektor im Jahr 2000 noch einen Überschuss von mehr als 2% des BIP aufgewiesen, so dürfte das Finanzierungsdefizit heuer bei mehr als 3% des BIP liegen. Angesichts der schon beschlossenen Steuersenkungen, die in den kommenden Jahren wirksam werden, ist auch der Spielraum der Fiskalpolitik für zusätzliche wachstumsfördernde Maßnahmen beschränkt.

## Fehlende Binnennachfrage in Europa

*In Europa verlor die ohnehin zögernde Konjunkturbelebung, die Anfang 2002 zu beobachten war, zur Jahreswende weitgehend an Dynamik. Während der Export verhalten expandiert, hält die Schwäche der Binnennachfrage an. Das unzureichende Wirtschaftswachstum bewirkt einen Anstieg der Arbeitslosigkeit.*

Im Euro-Raum hat sich die Konjunkturerholung, die Anfang 2002 eingesetzt hatte, im 2. Halbjahr wieder merklich verlangsamt. Im III. Quartal wuchs das BIP gegenüber dem Vorquartal um nur 0,3% (+0,8% gegenüber dem Vorjahr). Für das IV. Quartal 2002 und das I. Quartal 2003 lassen die Indikatoren eine noch geringere Zunahme gegenüber der Vorperiode erwarten. Die Produktion expandiert mittlerweile so langsam, dass nicht von einem Aufschwung gesprochen werden kann.

Während der Export verhalten wächst, leidet die Wirtschaft des Euro-Raumes unter einer anhaltenden Schwäche der Binnennachfrage. Dies kommt auch im Überschuss der Leistungsbilanz zum Ausdruck, der von Jänner bis November 2002 54 Mrd. € betrug (+70 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr). Der private Konsum nimmt kaum zu, das Konsumentenvertrauen brach von September (-9 Prozentpunkte) bis Jänner (-17 Prozentpunkte) ein. Die pessimistische Konsumentenstimmung spiegelt sowohl die Verunsicherung über die weltpolitische Entwicklung als auch die ungünstigere Arbeitsmarktlage wider. Die Arbeitslosenquote steigt in der Euro-Zone kontinuierlich und erreichte zu Jahresende 8½% der Erwerbspersonen. Auch bezüglich der Investitionen ist keine Belebung zu erkennen. Im I. Quartal ging die durchschnittliche Kapazitätsauslastung wieder zurück. Dies dürfte zusammen mit dem hohen Grad der Unsicherheit über die weitere Absatzentwicklung die Unternehmen dazu veranlassen, Investitionsprojekte weiter aufzuschieben. Von Seiten der öffentlichen Nachfrage zeigen sich keine Impulse. Die Diskussion über die Fiskalpolitik in der EU beschränkt sich auf die Forderung nach neuen Konsolidierungspaketen vor allem in Deutschland, Frankreich und Italien.

Die Hoffnung auf einen Aufschwung in Europa ruht zur Zeit einzig auf einer Erholung in den USA. Diese könnte mit der aus der Vergangenheit bekannten Zeitverschiebung von etwa zwei Quartalen auf die EU übergreifen. Allerdings bleibt einerseits auch in den USA die Konjunkturlage von erheblicher Unsicherheit geprägt, und andererseits wirkt die rasche Aufwertung des Euro dämpfend auf mögliche Impulse aus Übersee. Der Euro-Wechselkurs erreichte im Jänner im Durchschnitt 1,06 \$; das bedeutet eine Aufwertung um 20% gegenüber dem Vorjahr und bremst die Expansion des europäischen Exports. Die Ursachen der Euro-Aufwertung könnten im höheren Zinsniveau Europas, im Leistungsbilanzdefizit der USA und vor allem in den Unsicherheiten zu suchen sein, die mit den militärischen Drohungen gegen den Irak einhergehen.

Auch die Entwicklung der deutschen Wirtschaft ist von eher lebhafter Exportnachfrage bei lahmender Binnennachfrage geprägt. Der Export lag im III. Quartal nominell um etwa 3¼%, im Oktober und November um 4¼% über dem Vorjahresergebnis. Die Industrieproduktion entsprach im Herbst etwa dem Vorjahresniveau. Hersteller von Vorleistungen profitierten überdurchschnittlich von steigender Nachfrage, vor allem aus dem Ausland. Die Auftragseingänge aus dem Inland zeigen hingegen kaum Tendenz zur Belebung. Auch die Nachfrage der privaten Haushalte kommt nicht voran. Der Einzelhandel setzte im Jahr 2002 real um 2¼% weniger um als ein Jahr zuvor. Dies war der erste Rückgang im Einzelhandel seit 1997. Die deutsche Bundesregierung korrigierte im Jahreswirtschaftsbericht ihre Erwartung für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2003 auf real +1%. Diese Rate würde nicht für einen Anstieg der Beschäftigung und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit ausreichen.

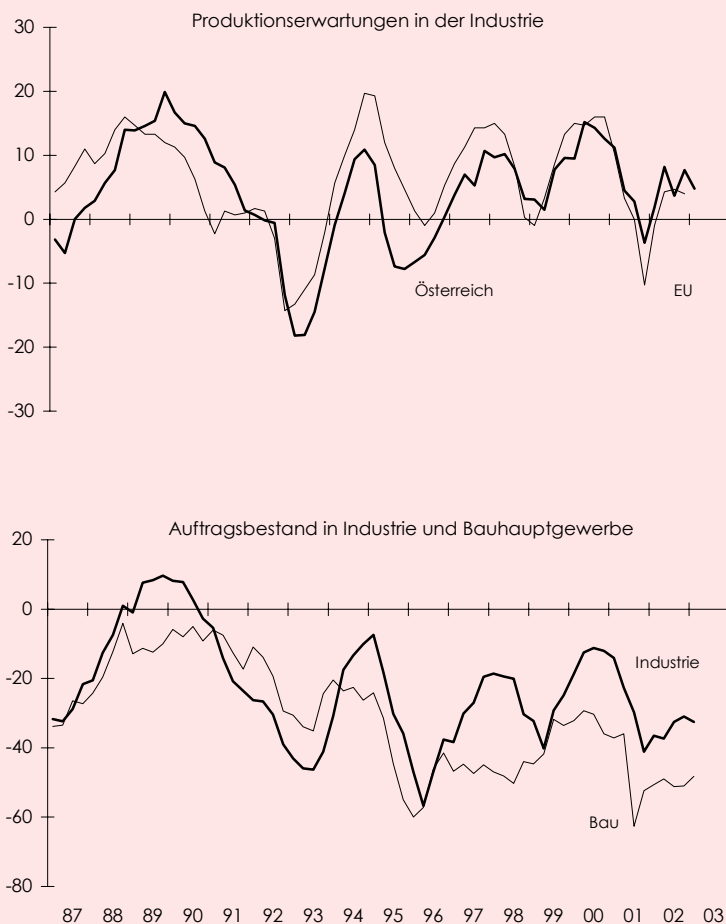
Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für das I. Quartal enttäuschen die Hoffnungen auf einen Aufschwung in der heimischen Sachgütererzeugung. Das Geschäftsklima hat sich gegenüber dem IV. Quartal sogar leicht verschlechtert. Der saisonbereinigte Saldo aus optimistischen und pessimistischen Meldungen ging für die Produktionserwartungen von +7,7 auf +4,8 Prozentpunkte zurück und für die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage von -2,3 auf -4,6 Prozentpunkte. Auch der Auftragsbestand und der Eingang an Exportaufträgen werden ungünstiger beurteilt als zuletzt. Der Rückschlag im Geschäftsklima betrifft den Basissektor und die Herstellung traditioneller Konsumgüter, besonders aber die technische Verarbeitung (Maschinen- und Fahrzeugbau, Metall- und Elektroindustrie), die traditionell eine Vorläuferfunktion im Konjunkturzyklus innehat.

### Keine Erholung der Industriekonjunktur

Die Unternehmen der Sachgütererzeugung zeigen sich erheblich verunsichert. Die tendenzielle Verbesserung der Erwartungen wird immer wieder unterbrochen. Zwar lag die Ausfuhr im Herbst merklich über dem Niveau des Vorjahres, für den Beginn einer kräftigen Investitionskonjunktur fehlen allerdings alle Anzeichen.

#### Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



Auch eine starke Belebung der Investitionstätigkeit zeichnet sich nicht ab. Die Kapazitätsauslastung der Sachgütererzeugung verbessert sich laut WIFO-Konjunkturtest im I. Quartal 2003 zwar gegenüber dem Vorquartal leicht auf 80,3%, bleibt damit aber weiterhin merklich unter dem langjährigen Durchschnitt. Die Notwendigkeit, in neue Kapazitäten zu investieren, ist gering. Der WIFO-Investitionstest zeigt, dass die Unternehmen der Sachgütererzeugung ihre Pläne für das Jahr 2003 gegenüber dem niedrigen Niveau des Vorjahres um nominell gut 5% erhöhen<sup>1)</sup>. Dies geht primär auf

<sup>1)</sup> Eine detaillierte Analyse findet sich in Czerny, M., Falk, M., Schwarz, G., "Investitionsklima auch 2003 getrübt. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2002", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(2).

Großprojekte in der Kfz-Industrie zurück, die eine Verdoppelung der Ausgaben mit sich bringen; ohne Kfz-Industrie sinken die Investitionen der Industrie nominell um 1,8%. Großhandels- und Außenhandelsstatistik zeigen ein etwas günstigeres Bild: Die Einfuhr von Investitionsgütern lag in den ersten drei Quartalen 2002 um 3,1% und im Oktober um 3,8% unter dem Niveau des Vorjahres. Der Großhandel mit Maschinen und Ausrüstungen setzte im III. Quartal real um 3,3% mehr und im Oktober um 4,5% weniger um als im Vorjahr.

Der arbeitstätig bereinigte Produktionsindex für die Sachgütererzeugung entwickelt sich seit dem Sommer uneinheitlich. Im III. Quartal stieg er um 0,6%, im Oktober unterschritt er den Wert von 2001 um 1,9%, im November lag er wieder merklich darüber (+3,3%). Die Produktion von dauerhaften Konsumgütern (Möbel, Elektrogeräte) lag zuletzt um mehr als 10% unter dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Selbst in der Herstellung von Investitionsgütern war kein Anstieg gegenüber 2001 mehr zu erkennen.

Der Warenexport übertraf laut Außenhandelsstatistik in den ersten zehn Monaten des Jahres 2002 das Vorjahresniveau nominell um 4%, im September und Oktober aber bereits um 6½%. Im Herbst gewann die Ausfuhr in den EU-Binnenmarkt wieder etwas an Dynamik. Besonders stark expandiert die Nachfrage aus Südosteuropa und Südostasien. Die Zahlungseingänge für Warenexporte weisen bis November einen Zuwachs von 4½% gegenüber dem Vorjahr aus.

## Überschuss in der Leistungsbilanz

Laut Außenhandelsstatistik wurden von Jänner bis Oktober nominell um 2,7% weniger Waren importiert als 2001. Besonders ungünstig entwickelte sich die Einfuhr von Investitionsgütern (-3,1%) und Halbfertigwaren (-2,1%). Die Cash-Bilanz der OeNB über Zahlungsausgänge für Importe zeigt von Jänner bis November einen Rückgang um 1%. Der Einbruch der Importe ist ein weiterer Beleg für die anhaltende Schwäche der heimischen Binnennachfrage.

Die Leistungsbilanz weist auf Basis von Cash-Daten in den ersten 11 Monaten 2002 ein Passivum von nur noch 300 Mio. € aus, im Vorjahr betrug es fast 5 Mrd. €. Zum Verschwinden des Leistungsbilanzdefizits trug zunächst die Flaute der Binnennachfrage bei, die eine Abnahme der Warenimporte zur Folge hatte. Zugleich entwickelte sich der Reiseverkehr günstig: Die heimischen Tourismusanbieter setzten laut vorläufigen Berechnungen in den ersten drei Quartalen 2002 um 5,8% mehr um als im Vorjahr, obwohl die Zahl der Nächtigungen kaum gestiegen ist.

## Handelsumsätze wachsen leicht

Die Umsätze des Einzelhandels (ohne Kfz) lagen von Juli bis November real um etwa 1¼% über dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Saisonbereinigt ergab sich allerdings keine Belebung. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern dürfte nicht mehr weiter zurückgehen. Im Kfz-Handel blieb zwar der Umsatz im November deutlich hinter dem Wert des Vorjahres zurück, im September und Oktober zeigte sich jedoch ein Wachstum. Die Zahl der Pkw-Neuzulassungen übertraf im IV. Quartal mit +4,7% erstmals seit zwei Jahren wieder das Vorjahresniveau.

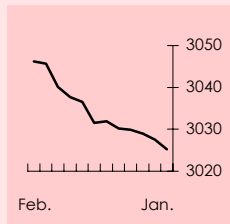
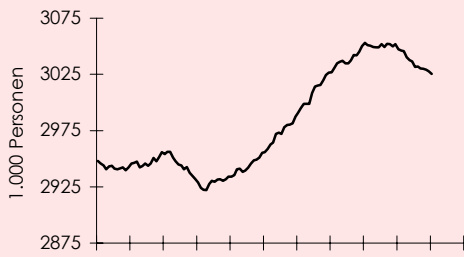
Günstiger als im Einzelhandel ist – dank der anhaltenden Zuwächse im Export – die Situation im Großhandel. Die Umsätze überstiegen von Juli bis November den Wert der Vergleichsperiode 2001 real um 4%.

Das Umsatzwachstum reicht nicht aus, um die Beschäftigung im Handel zu stabilisieren: Im IV. Quartal war die Zahl der unselbständig Beschäftigten um 6.200 (-1,2%) niedriger als ein Jahr zuvor.

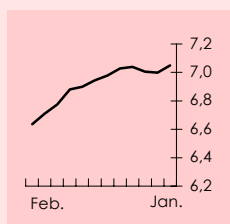
Wirtschaftspolitische Eckdaten

Saisonbereinigt

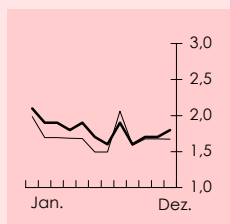
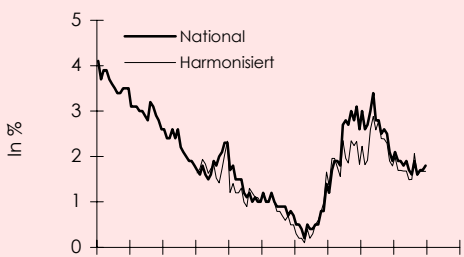
Unselbständig aktiv Beschäftigte<sup>1)</sup>



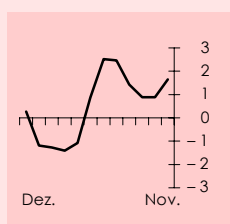
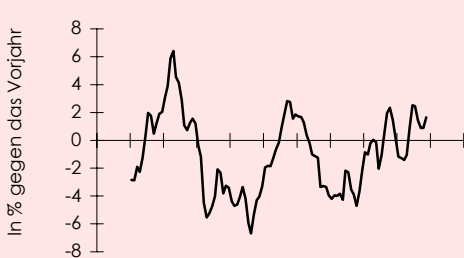
Arbeitslosenquote



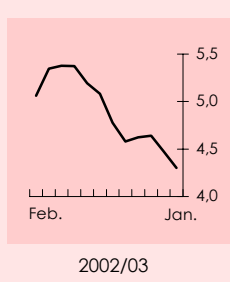
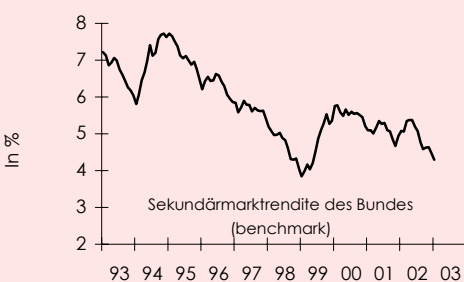
Inflationsrate



Effektiver Wechselkurs, real (unbereinigt)



Langfristiger Zinssatz (unbereinigt)



<sup>1)</sup> Unselbständig Beschäftigte ohne Bezieherinnen und Bezieher von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienster.

## Langsame Erholung in der Bauwirtschaft

*Die Impulse, die der verstärkte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur setzt, beleben den Tiefbau. Im Wohnbau geht die Produktion nicht mehr weiter zurück. Dennoch ist die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Bauwirtschaft nach wie vor sehr schwach.*

In der Bauwirtschaft dürfte sich die Produktion auf niedrigem Niveau stabilisiert haben. Reale Wertschöpfung und nomineller Produktionswert lagen im Bauwesen im III. Quartal 2002 etwa auf dem Niveau des Vorjahres, im Oktober leicht darunter. Die Talsohle könnte aber erreicht sein, der WIFO-Konjunkturtest lässt für das IV. Quartal eine Verbesserung der Bautätigkeit erkennen. Für das I. Quartal 2003 melden die Unternehmen eine etwas günstigere Auftragslage. Im Tiefbau werden die Pläne für den Ausbau der Infrastruktur durch Asfinag und SCHIG zunehmend bauwirksam. Auch im Wohnbau ist eine Stabilisierung – allerdings auf sehr niedrigem Niveau – zu beobachten. Gemäß dem WIFO-Konjunkturtest verbessern sich zudem in der Bauzulieferindustrie die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage und die Produktionserwartungen. Die etwas günstigere Auftragslage schlägt sich erst allmählich in der Beschäftigung nieder: Im Dezember blieb die Zahl der beschäftigten Bauarbeiter um 9.400 (-4,2%) unter dem niedrigen Niveau des Vorjahres, die Pläne der Bauunternehmen lassen nun eine Stabilisierung erwarten. Die Beurteilung der Baupreise durch die Unternehmen hat sich seit Anfang 2002 kontinuierlich verbessert.

## Schwacher Preisauftrieb

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex betrug im Dezember 1,8% (HVPI +1,7%), gleich viel wie im Jahresdurchschnitt 2002. Über der allgemeinen Inflationsrate liegt nach wie vor der Anstieg der Preise privater Dienstleistungen. Die Kosten von Versicherungen, Restaurant- und Hoteldienstleistungen waren im Dezember um 3½% höher als ein Jahr zuvor.

Seit dem Herbst steigt der Rohölpreis auf den Weltmärkten. Durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar wird dieser Effekt gedämpft auf Europa übertragen, selbst auf Euro-Basis war Rohöl allerdings im Dezember um gut ein Viertel teurer als ein Jahr zuvor. Auf die Treibstoffpreise im Inland schlägt dies erst mit Verzögerung durch. Im Dezember war eine Verteuerung von Treibstoffen um fast 4% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

## Noch keine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt spiegelt die Konjunkturflaute wider. Die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten (d. h. ohne Präsenzdiener sowie Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- und Kindergeld) war im Jänner gleich hoch wie ein Jahr zuvor. Als aktiv beschäftigt werden auch jene Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- und Kindergeld gezählt, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen; umgerechnet auf Vollzeitarbeitsplätze sinkt die Beschäftigung deshalb merklich. Hingegen überstieg die Zahl der Arbeitslosen mit 303.000 den Wert des Vorjahres um 6.000. Vom Beschäftigungsrückgang besonders betroffen ist neben dem Bauwesen und dem Handel die Sachgütererzeugung (Dezember -18.000). Der Arbeitsplatzabbau in der öffentlichen Verwaltung setzt sich fort (-10.000), Gesundheits- und Unterrichtswesen weiten hingegen die Nachfrage nach Arbeitskräften aus (+10.000). Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote erreichte im Jänner 7,1% der unselbständigen Erwerbspersonen nach traditioneller österreichischer Berechnung bzw. 4,1% der Erwerbspersonen nach Eurostat.

Markus Marterbauer

## Economic Recovery Slow in Coming Under Way

**Further developments of the world economy are subject to high risks, in the face of volatile stock markets and a possible war against Iraq. Present cyclical conditions are characterised by a persistent weakness of internal demand, both in Europe at large and in Austria. Opinion surveys among domestic manufacturers do not point to an imminent upturn of activity. The propensity to invest is low, given the under-utilisation of productive capacities and the world-wide uncertainties. Retail sales are flat, whereas construction output is tentatively heading up from its low level. In such circumstances, no improvement on the labour market may as yet be expected.**

All staff members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Business Cycle Report. • Cut-off date: 5 February 2003 • E-Mail Address: [Markus.Marterbauer@wifo.ac.at](mailto:Markus.Marterbauer@wifo.ac.at)

Current business cycle indicators still do not suggest an upturn of economic activity. Indeed, the results from the WIFO business survey for the first quarter 2003 rather point to a renewed weakening of the business climate, reflecting the considerable uncertainty about global political and economic developments. For the next few months, firms expect but moderate output gains, the seasonally-adjusted balance of optimistic and pessimistic responses having declined from +7.7 to +4.8 percentage points. Scepticism has grown particularly among producers of investment goods.

The picture is confirmed by judgements on capacity utilisation: while edging up to 80.3 percent in the first quarter, it still remains well below its long-term average. This and the general uncertainty about the short-term economic prospects may induce firms to further postpone their investment plans. The WIFO investment survey of November 2002 points to an increase in industrial investment that is, however, entirely due to a few large-scale projects in the automotive industry.

More favourable is the trend of exports. The data, although reaching only as far as October 2002, show that the demand weakness of last summer has been overcome. In September and October, merchandise exports rose by 6½ percent from the year-earlier level. Intra-EU demand has recovered, and deliveries to South-Eastern Europe and South-East Asia picked up strongly.

Exports are also the only major source of growth in the EU and in Germany. Still, the marked appreciation of the euro exchange rate may soon dampen demand from North America and South-East Asia. GDP growth in the euro area is likely to have ground to a halt in the fourth quarter 2002 and the following period, marking another pause in the cyclical recovery. The major cause is the persistent weakness of internal demand. Private investment and public spending are being restrained, and private consumption is growing only slightly, with consumer confidence having fallen sharply between September and January.

Conversely, activity in the USA is mainly driven by domestic demand, while exports are receding. Although growth of private household spending, particularly for durable consumer goods, has decelerated in the fourth quarter 2002, business equipment investment and private construction outlays and, first and foremost, public (military) expenditure have posted strong gains. The USA thus remain the major driving force of the world economy, but the risks remain high: fears about a possible war in Iraq may prompt consumers and investors to restrain spending. Monetary and fiscal policy, on the other hand, are trying to stimulate demand and output.

In Austria, the cyclical low is characterised mainly by weak domestic demand. Retail sales, though up from last year by  $\frac{3}{4}$  percent in volume between January and November, remained flat on a seasonally adjusted basis in the second semester 2002. For the suppliers of durable consumer goods, a slight improvement has become apparent, as witnessed by higher motor car sales in September and October as well as an increase in new car registrations in the fourth quarter.

Output in the construction industry should have passed its trough. Judgements by firms on production and order levels, as expressed in the WIFO business survey, are heading up somewhat. This is confirmed by a slightly better assessment of the business climate among suppliers of construction material. In civil engineering, demand is picking up, while for residential construction it is no longer receding. Firms envisage no further personnel cuts, as the number of employed construction workers fell to 213,000 in December 2002, the lowest level since the mid-1980s.

The persistent decline of imports is also reflecting the weakness of domestic demand. The latter, along with growing tourism, is the main reason for the current account deficit having closed.

Sluggish activity is leaving its marks also on the labour market. In January, the number of actively employed remained at the low level of one year ago. 6,000 more people were unemployed than in early 2002.

**AUSTRIAN ECONOMIC QUARTERLY**

1/2002 • pp. 40-50	<b>Effects of the EU's Eastern Enlargement on Austrian Regions</b> <i>Peter Mayerhofer, Gerhard Palme</i>
2/2002 • pp. 51-60	<b>Cyclical Recovery Expected to Proceed Smoothly. Economic Outlook for 2002 and 2003</b> <i>Ewald Walterskirchen</i>
2/2002 • pp. 61-73	<b>Competition in Public Short-distance and Regional Passenger Transport</b> <i>Robert Wieser</i>
2/2002 • pp. 74-85	<b>Tax Incentives for Research and Development</b> <i>Gernot Hutschenreiter</i>
2/2002 • pp. 86-97	<b>ICT Investment and Growth of Output and Productivity</b> <i>Hannes Leo</i>
3/2002 • pp. 98-108	<b>Economic Recovery Surrounded by Risks. Economic Outlook for 2002 and 2003</b> <i>Ewald Walterskirchen</i>
3/2002 • pp. 109-120	<b>Entry, Age and Sectoral Specialisation of Viennese Firms</b> <i>Michael Peneder</i>
3/2002 • pp. 121-131	<b>Cyclical Upturn, with Structural Problems Persisting. Medium-term Projections for the Austrian Economy until 2006</b> <i>Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer</i>
3/2002 • pp. 132-155	<b>Can Innovation Explain the Increasing Growth Differences in the 1990s?</b> <i>Karl Aiginger</i>
4/2002 • pp. 156-166	<b>Business Cycle Recovery Delayed. Economic Outlook for 2002 and 2003</b> <i>Ewald Walterskirchen</i>
4/2002 • pp. 167-175	<b>Price Development upon Introduction of Euro Banknotes and Coins</b> <i>Wolfgang Pollan</i>
4/2002 • pp. 176-190	<b>Austrian Competition Policy: Quo Vadis?</b> <i>Michael Böheim</i>
4/2002 • pp. 191-206	<b>Evaluation of Macro-economic Forecasts for Austria in the 1980s and 1990s</b> <i>Josef Baumgartner</i>
1/2003 • pp. 1-11	<b>Sluggish Recovery in 2003. Economic Outlook for 2003 and 2004</b> <i>Ewald Walterskirchen</i>

Online access with free abstract list: [http://titans.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search??p\\_typeid=99](http://titans.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search??p_typeid=99) • Available as an exclusively electronic publication, both in HTML as well as PDF format • Annual subscription rate € 75 • Single access to "Economic Outlook" € 22, to other articles € 11

## Konjunkturindikatoren für das Ausland

Leading Indicators	2000												2001												2002											
	1997			1998			1999			2000			2001			2002			2002			2002			2002											
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November												
OECD insgesamt	+ 0,0	- 0,4	- 0,7	- 1,3	+ 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 3,1	+ 1,7	- 0,8	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,2												
USA	- 0,2	- 0,8	- 1,4	- 2,0	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,4	+ 5,0	+ 1,5	- 2,0	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,1	+ 0,5													
Japan	- 0,4	- 0,8	- 0,1	- 1,1	- 1,1	- 1,1	- 0,2	+ 1,0	+ 1,1	- 0,5	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,9	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,2													
EU	+ 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 2,3	+ 2,1	- 0,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1													
Deutschland	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,1	- 1,3	+ 1,5	- 0,7	+ 0,1	+ 3,0	+ 3,2	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5													
Italien	- 0,7	- 0,9	- 1,5	- 0,4	+ 1,0	- 0,7	+ 0,0	+ 2,5	- 0,1	+ 1,0	+ 0,9	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,1	- 0,2	- 1,1													
Frankreich	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,5	- 1,3	- 0,9	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,0	- 0,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,7	- 0,2	- 0,3	- 0,6	- 0,6	- 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,4													
Großbritannien	- 1,0	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2	- 0,9	- 1,6	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,9	- 0,3	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	- 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3													
Niederlande	+ 0,6	+ 0,5	- 0,2	- 1,5	- 0,6	- 0,6	- 0,3	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1													
Schweden	+ 1,1	+ 0,4	- 1,1	- 2,3	- 1,3	+ 0,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,3	- 0,6	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,3	- 0,5	- 0,1	+ 0,1													
Industrieproduktion																																				
OECD insgesamt	+ 2,8	+ 5,2	+ 2,5	+ 2,4	+ 4,9	- 2,9	- 2,3	- 4,2	- 5,9	- 4,1	- 1,1	+ 0,8	- 3,1	- 1,8	- 0,9	- 1,8	- 2,3	- 0,9	- 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,7													
USA	+ 4,9	+ 7,9	+ 5,9	+ 4,2	+ 4,8	- 4,3	- 4,3	- 5,6	- 6,1	- 3,7	- 1,2	+ 0,8	- 3,0	- 2,3	- 1,5	- 2,3	- 4,3	- 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,3													
Japan	+ 2,1	+ 4,1	- 7,2	+ 1,0	+ 5,3	- 7,5	- 5,6	- 10,9	- 13,5	- 10,6	- 3,3	+ 3,5	- 8,8	- 6,7	- 1,8	- 1,2	- 1,2	- 1,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,7	+ 5,7	+ 5,6													
EU	+ 0,5	+ 3,8	+ 3,7	+ 1,8	+ 4,8	- 0,0	+ 0,5	- 0,6	- 3,4	- 3,0	- 1,1	- 0,7	- 2,4	- 1,0	- 0,9	- 1,3	- 0,4	- 1,3	- 0,5	- 0,4	- 1,2	- 0,6	+ 0,1													
Deutschland	+ 0,5	+ 4,2	+ 4,7	+ 1,7	+ 6,8	+ 0,7	+ 1,5	- 1,0	- 4,1	- 4,3	- 2,0	- 0,6	- 3,4	- 1,4	- 3,5	- 1,4	- 0,5	- 1,3	- 0,5	- 0,4	- 1,2	- 0,6	+ 0,1													
Italien	- 1,9	+ 3,9	+ 1,1	- 0,1	+ 3,8	- 1,2	- 0,7	+ 1,5	- 5,5	- 4,7	- 3,8	- 2,1	- 5,3	- 4,9	- 3,5	- 1,1	- 0,9	- 3,5	- 1,1	- 0,5	- 0,9	- 0,4	- 0,4													
Frankreich	+ 0,6	+ 4,8	+ 5,9	+ 2,0	+ 3,6	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,0	+ 4,4	+ 2,3	- 0,6	- 2,5	- 1,8	+ 0,2	- 0,6	- 1,4	- 2,2	- 0,6	- 1,4	- 3,1	- 1,8	- 2,2	- 3,2													
Großbritannien	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 2,0	- 2,4	+ 1,5	- 3,3	- 6,1	- 6,4	- 5,1	- 2,9	- 1,8	+ 0,2	- 0,6	- 1,4	- 3,1	- 0,6	- 1,4	- 3,1	- 3,1	- 1,4	- 0,3													
Niederlande	+ 0,6	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,4	+ 5,0	+ 2,0	+ 1,6	- 0,5	- 3,9	- 2,7	- 3,1	- 2,9	- 6,2	- 4,4	- 1,4	- 4,4	- 2,7	- 1,4	- 3,4	- 2,6	- 3,6	- 2,6	- 2,4													
Schweden	+ 1,8	+ 7,2	+ 3,8	+ 2,2	+ 8,7	- 0,6	- 2,2	- 1,6	- 3,8	- 2,1	+ 0,3	+ 1,0	- 0,3	- 0,1	+ 1,4	- 0,5	+ 2,4	+ 1,4	- 0,5	+ 2,4	- 0,2	+ 1,0	- 1,5													
Arbeitslosenquote																																				
OECD insgesamt	7,2	7,0	6,9	6,7	6,3	6,5	6,3	6,5	6,8	6,8	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9	7,0	6,9	6,9	7,0	7,0													
USA	5,4	4,9	4,5	4,2	4,0	4,8	4,5	4,8	5,6	5,6	5,9	5,7	6,0	5,8	5,9	5,9	5,7	5,8	5,9	5,7	5,7	5,7	6,0													
Japan	3,4	3,4	4,1	4,7	4,7	5,0	4,9	5,1	5,4	5,3	5,3	5,4	5,2	5,4	5,4	5,4	5,5	5,4	5,5	5,4	5,5	5,5	5,3													
EU	10,2	10,0	9,4	8,7	7,8	7,3	7,3	7,3	7,4	7,5	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,7	7,7													
Deutschland	8,7	9,7	9,1	8,4	7,7	7,7	7,7	7,7	7,9	8,0	8,2	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,4	8,4													
Italien	11,5	11,6	11,7	11,3	10,4	9,4	9,5	9,4	9,2	9,1	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	8,9	8,9													
Frankreich	11,9	11,8	11,4	10,7	9,3	8,5	8,5	8,5	8,5	8,6	8,7	8,8	8,7	8,7	8,7	8,7	8,7	8,7	8,7	8,7	8,8	8,8	8,8													
Großbritannien	8,0	6,9	6,2	5,9	5,4	5,0	4,9	5,1	5,1	5,1	5,1	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1	5,2	5,1	5,2	5,2	5,2	5,2	-													
Niederlande	8,0	4,9	3,8	3,2	2,9	2,5	2,4	2,4	2,4	2,5	2,7	2,8	2,6	2,7	2,8	2,7	2,8	2,7	2,8	2,8	2,8	2,9	-													
Schweden	9,6	9,9	8,2	6,7	5,6	4,9	4,8	4,8	4,9	4,9	4,9	4,8	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,8	4,7	4,9	4,9	5,0													
Verbraucherpreise																																				
OECD insgesamt	+ 5,1	+ 4,4	+ 3,7	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,7													
USA	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,4	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,2													
Japan	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,7	- 0,3	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 1,0	- 1,4	- 0,9	- 0,8	- 1,1	- 0,9	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,9	- 0,7	- 0,9	- 0,4													
EU	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4													
Deutschland	+ 1,4	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,9	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,8													
Italien	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,8													
Frankreich	+ 2,5	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,2													
Großbritannien	+ 2,0	+ 3,1	+ 3,4	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,7													
Dänemark	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1													
Niederlande	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,7													
Finnland	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,6													
Spanien	+ 3,6	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,3	+ 3,4	+ 3,6	+ 4,1	+ 3,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,2													
Schweden	+ 0,5	+ 0,7	- 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,8	+ 4,0													
Norwegen	+ 1,2	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,0	+ 4,0	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,0													
Schweiz	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,3	- 0,0	+ 0,6	+ 0,3	- 0,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9													

## Konjunkturindikatoren für das Ausland (Fortsetzung)

	1996		1997		1998		1999		2000		2001		2002		2002		2002		2002		2002		2003		
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	
Dreimonatszinssatz																									
USA	5,4	5,6	5,5	5,3	6,5	3,7	4,1	3,3	2,1	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,7	1,8	1,8	1,8	1,7	1,8	1,7	1,4	
Japan	0,6	0,6	0,7	0,2	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Euro-Raum	4,9	4,2	3,8	3,0	4,4	4,3	4,6	4,3	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,1		
Großbritannien	6,0	6,8	7,3	5,4	6,1	5,0	5,2	4,9	4,1	4,0	4,1	4,0	4,1	3,9	4,1	4,1	4,0	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9		
Schweden	5,8	4,1	4,2	3,1	4,0	3,7	4,0	4,2	2,5	3,9	4,3	4,2	4,3	4,3	4,3	4,3	4,2	4,2	4,2	4,1	4,1	4,1	3,9		
Schweiz	1,9	1,6	1,4	1,3	3,0	2,8	3,2	2,8	1,9	1,6	1,3	0,7	1,3	0,7	1,1	1,2	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7		
Sekundärmarktrendite <sup>1)</sup>																									
USA	6,8	6,6	5,6	6,2	6,1	5,6	5,9	5,5	5,4	5,7	5,7	5,0	5,7	5,0	5,7	5,7	5,0	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6		
Japan	3,1	2,4	1,5	1,7	1,7	1,3	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,2	1,4	1,2	1,4	1,4	1,3	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0		
Deutschland	6,2	5,7	4,6	4,5	5,3	4,8	5,0	4,9	4,6	5,0	5,1	4,6	5,2	4,6	5,2	5,2	4,6	4,4	4,4	4,5	4,5	4,5	4,5		
Frankreich	6,5	5,7	4,8	4,9	5,9	5,4	5,5	5,3	5,2	5,5	5,5	5,1	5,6	5,1	5,6	5,6	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,8		
Italien	9,4	6,9	4,9	4,7	5,6	5,2	5,4	5,3	4,9	5,3	5,4	4,9	5,4	4,9	5,4	5,4	4,8	4,6	4,6	4,8	4,8	4,7	4,7		
Niederlande	6,2	5,6	4,6	4,6	5,4	4,9	5,1	5,0	4,7	5,1	5,2	4,7	5,3	4,7	5,3	5,3	5,0	4,7	4,5	4,6	4,6	4,6	4,6		
Großbritannien	7,8	7,1	5,5	5,1	5,3	4,9	5,1	5,0	4,8	5,1	5,2	4,7	5,3	4,7	5,3	5,3	5,0	4,7	4,5	4,6	4,6	4,6	4,6		
Schweden	8,0	6,6	5,0	5,0	5,4	5,1	5,2	5,3	5,1	5,4	5,4	5,2	5,7	5,2	5,7	5,5	5,4	5,1	5,0	5,1	5,1	5,1	5,1		
Schweiz	4,0	3,4	3,0	3,0	3,9	3,4	3,5	3,3	3,3	3,6	3,4	3,1	3,5	3,1	3,5	3,5	3,3	3,2	2,8	2,9	2,9	2,9	2,8		

<sup>1)</sup> Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen.

## Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für Österreich

	1998		1999		2000		2000		2001		2001		2002		2002		2002		2002		2003				
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.		
Konjunkturfest Sachgütererzeugung	-19,4	-20,1	-30,3	-32,3	-40,2	-29,2	-24,9	-18,7	-12,5	-11,2	-14,1	-12,0	-22,7	-29,8	-41,1	-36,5	-37,3	-32,5	-31,0	-32,5	-31,0	-32,5	-32,5		
Auftragsbestände	-22,2	-26,0	-33,4	-35,3	-40,6	-33,9	-28,5	-24,0	-16,8	-15,4	-16,9	-15,9	-26,6	-31,9	-41,5	-39,3	-34,3	-33,2	-30,4	-34,0	-34,0	-34,0	-34,0		
Exportauftragsbestände	+13,1	+16,1	+18,5	+17,1	+17,3	+13,5	+16,7	+11,0	+9,7	+11,1	+9,6	+13,1	+18,5	+20,0	+21,3	+20,5	+18,0	+18,2	+15,9	+13,9	+13,9	+13,9	+13,9		
Fertigwarenlager	+10,2	+7,9	+3,2	+3,1	+1,5	+7,8	+9,6	+9,5	+15,2	+14,3	+12,6	+11,2	+4,5	+2,8	-3,7	+1,9	+8,2	+3,7	+7,7	+4,8	+4,8	+4,8	+4,8		
Produktionserwartungen	-5,2	-8,0	-14,2	-15,0	-10,0	-7,4	-4,4	-1,0	+4,3	+5,5	+10,3	+8,6	+3,6	-4,2	-12,2	-3,9	-2,1	+0,1	-1,9	-3,6	-3,6	-3,6	-3,6		
Verkaufserwartungen																									
Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen																									
Veränderung gegen die Vorperiode in %																									
2000	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	2001	III. Qu.	IV. Qu.	2002	III. Qu.	IV. Qu.	2002	III. Qu.	IV. Qu.	2002	III. Qu.	IV. Qu.	2003	III. Qu.	
Arbeitsmarkt	+0,1	+0,2	+0,2	+0,0	+0,1	-0,1	+0,1	+0,1	+0,1	+0,2	+0,0	+0,1	+0,1	-0,0	+0,1	+0,0	+0,1	+0,1	+0,1	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	
Unselbständig Beschäftigte	-3,4	-1,9	+0,4	+2,4	+4,5	+5,8	+4,5	+2,9	+2,2	+0,6	+1,1	+1,7	+0,4	+0,7	+0,6	+0,8	+0,2	-0,4	-0,1	+0,8	-0,1	+0,8	-0,1	+0,8	
Arbeitslose	+8,3	+9,9	-1,0	+1,5	+0,9	-0,4	-5,9	-8,0	-8,1	-8,4	-3,7	-1,4	-3,3	-3,8	-1,0	-3,3	-3,3	-3,1	-2,1	-2,1	-2,1	-2,1	-2,1	-2,1	
Offene Stellen																									
Arbeitslosenquote																									
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	5,8	5,7	5,7	5,8	6,1	6,4	6,7	6,9	7,0	7,0	6,8	6,9	6,9	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,1	7,1	
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	3,5	3,4	3,4	3,5	3,6	3,8	4,0	4,1	4,1	4,1	4,0	4,1	4,1	4,1	4,1	4,2	4,1	4,1	4,1	4,2	4,1	4,1	4,2	4,1	

**Bruttoinlandsprodukt<sup>1)</sup>**

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999				2000				2001				2002								
							I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.		
							Veränderung gegen das Vorjahr				Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Bruttowertschöpfung, zu Herstellungspreisen	+ 3,3	- 1,6	- 0,7	- 0,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 5,3	+ 1,9	+ 3,5	+ 2,8	+ 1,5	+ 2,1	- 4,1	- 4,1	- 2,1	- 2,1	+ 1,8	- 0,9	- 0,2	- 0,8	- 0,8	- 0,9	- 0,2	- 0,8	- 0,8	+ 1,0	
Land- und Forstwirtschaft	- 0,9	+ 7,2	+ 10,0	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 4,5	- 0,5	- 1,0	+ 2,0	+ 9,6	+ 2,6	+ 6,0	+ 11,1	+ 16,1	+ 9,1	+ 7,6	+ 7,8	+ 4,8	+ 5,4	+ 5,4	+ 7,8	+ 4,8	+ 5,4	+ 5,4	+ 1,0	
Bergbau <sup>2)</sup>	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,2	+ 0,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 0,8	+ 2,7	+ 3,5	+ 5,2	+ 7,9	+ 6,4	+ 5,0	+ 6,9	+ 6,9	+ 1,9	+ 0,3	- 3,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,8	- 3,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,8	
Sachgütererzeugung <sup>3)</sup>	+ 3,9	- 1,6	+ 1,7	+ 10,0	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 4,2	+ 5,1	+ 5,0	+ 6,4	- 1,4	- 2,0	+ 9,1	+ 6,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 12,9	+ 8,8	+ 15,2	+ 12,1	+ 12,9	+ 8,8	+ 15,2	+ 12,1	+ 12,1	
Energie- und Wasserversorgung	+ 1,3	+ 1,2	- 4,8	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,5	- 6,6	+ 3,5	+ 4,1	+ 0,9	+ 7,8	- 0,3	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,9	- 7,1	- 3,4	- 5,9	+ 1,4	+ 1,9	+ 0,6	- 5,9	+ 1,4	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	
Bauwesen	+ 3,0	+ 3,8	- 0,3	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,3	+ 4,8	+ 4,7	+ 5,9	+ 4,8	+ 0,8	+ 3,2	+ 2,4	+ 0,1	- 1,5	- 1,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 3,7	- 1,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 3,7	+ 3,7	
Handel <sup>4)</sup>																											
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 3,2	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,2	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 6,0	+ 10,8	- 0,0	+ 5,0	+ 7,8	+ 8,0	+ 3,0	+ 4,9	+ 4,2	+ 3,7	- 0,5	+ 4,9	+ 4,2	+ 3,7	- 0,5	+ 0,5	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 2,2	+ 2,4	- 0,9	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,5	+ 4,0	- 0,9	- 1,4	- 1,4	- 0,5	+ 0,8	+ 0,9	- 1,4	- 0,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 1,8	+ 10,2	- 0,5	- 3,5	+ 0,0	+ 1,5	- 2,6	- 1,4	+ 2,5	- 5,3	+ 14,1	+ 9,3	+ 9,2	+ 8,2	- 4,2	- 2,3	+ 1,0	+ 3,8	- 0,7	- 7,7	- 6,7	+ 3,8	- 0,7	- 7,7	- 6,7	+ 0,9	
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>5)</sup>	+ 3,9	+ 6,0	+ 4,3	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,5	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,5	+ 4,3	+ 5,2	+ 5,9	+ 6,4	+ 6,4	+ 5,1	+ 3,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0	
Öffentliche Verwaltung <sup>6)</sup>	+ 1,9	+ 0,8	- 0,2	- 0,5	- 0,5	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,5	- 0,0	- 0,7	+ 1,0	- 0,4	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,7	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	- 0,2	+ 0,7	
Sonstige Dienstleistungen	- 0,8	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,5	+ 2,0	- 0,2	- 1,4	- 1,4	- 0,0	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,3	+ 0,9	- 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	+ 2,1	+ 4,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,6	+ 2,3	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,8	+ 5,8	+ 4,6	+ 2,9	+ 3,7	+ 2,4	+ 0,6	+ 0,3	- 0,4	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,5	- 0,4	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,5	
Minus unterstellte Bankgebühr	- 1,7	+ 12,2	+ 3,8	.	.	.	- 4,6	- 0,5	+ 0,1	- 2,0	+ 14,8	+ 9,4	+ 13,8	+ 11,2	+ 3,2	+ 4,1	+ 0,4	+ 7,4	- 0,2	- 5,5	- 4,9	+ 7,4	- 0,2	- 5,5	- 4,9	- 4,9	
Gütersteuern minus Gütersubventionen	+ 6,8	+ 1,7	+ 2,1	.	.	.	+ 5,9	+ 5,7	+ 10,7	+ 5,2	+ 3,3	+ 3,1	+ 0,3	- 0,0	+ 3,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 3,7	- 0,3	- 0,2	+ 1,5	+ 3,7	- 0,3	- 0,2	+ 1,5	+ 1,5	
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,1	+ 3,8	+ 3,3	+ 5,1	+ 4,2	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,3	- 0,4	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	- 0,4	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes																											
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,1	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,0
Private Haushalte	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,8	+ 3,5	+ 4,7	+ 4,1	+ 1,5	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,9
Staat	+ 3,1	+ 0,0	- 0,5	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,5	- 0,6	- 1,1	- 1,3	- 1,0	- 0,2	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,6	
Bruttoinvestitionen <sup>7)</sup>	+ 4,2	+ 2,9	- 4,0	- 3,4	+ 3,5	+ 4,6	- 0,6	+ 5,9	+ 8,0	+ 2,5	+ 5,9	+ 1,3	- 0,2	+ 5,4	+ 1,2	- 3,3	- 5,3	- 7,3	- 8,5	- 2,8	- 5,8	- 7,3	- 8,5	- 2,8	- 5,8	- 5,8	
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,1	+ 3,9	- 2,2	- 4,6	+ 2,9	+ 3,5	- 3,7	+ 3,5	+ 5,0	+ 2,5	+ 9,5	+ 6,5	+ 1,2	+ 7,1	+ 6,1	- 2,6	- 5,3	- 4,5	- 7,7	- 7,7	- 6,8	- 4,5	- 7,7	- 7,7	- 6,8	- 6,8	
Ausrüstungen <sup>8)</sup>	+ 4,9	+ 11,8	- 2,9	- 10,0	+ 5,0	+ 6,0	- 0,8	+ 6,2	+ 10,0	+ 4,2	+ 12,6	+ 16,7	+ 4,2	+ 13,7	+ 7,7	- 1,5	- 9,2	- 7,7	- 8,6	- 18,4	- 11,7	- 7,7	- 8,6	- 18,4	- 11,7	- 11,7	
Bauten	+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 0,0	+ 1,2	+ 1,5	- 0,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,3	+ 6,3	- 1,4	- 0,9	+ 2,6	+ 4,3	- 3,7	- 2,1	- 2,1	- 5,8	- 2,3	- 3,3	- 2,1	- 5,8	- 2,3	- 3,3	- 3,3	
Inländische Verwendung <sup>9)</sup>	+ 2,9	+ 2,7	- 0,1	- 0,3	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,5	+ 0,6	+ 4,3	+ 4,2	+ 7,3	+ 3,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,8	- 0,7	- 1,0	- 0,7	+ 1,6	- 1,0	- 0,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	
Exporte	+ 8,5	+ 13,4	+ 7,4	+ 1,3	+ 4,7	+ 7,0	+ 2,0	+ 8,9	+ 11,5	+ 11,6	+ 15,3	+ 14,8	+ 11,2	+ 12,5	+ 13,3	+ 4,9	+ 7,3	+ 4,4	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,4	+ 4,4	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,4	
Minus Importe	+ 9,0	+ 11,6	+ 5,9	+ 1,1	+ 5,1	+ 7,4	+ 3,8	+ 5,1	+ 12,9	+ 13,8	+ 14,9	+ 12,8	+ 10,0	+ 9,3	+ 10,1	+ 5,6	+ 5,2	+ 3,3	- 2,6	- 0,0	- 2,3	+ 3,3	- 2,6	- 0,0	- 2,3	- 2,3	
Außenbeitrag <sup>10)</sup>	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3	- 0,0	- 0,0	- 0,7	+ 1,5	- 0,6	- 0,9	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,7	- 0,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,5	+ 2,5	

ESVG 1995; 2002 bis 2004 Prognose. - <sup>1)</sup> Real (zu Preisen von 1995). - <sup>2)</sup> Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. - <sup>3)</sup> Prognosewerte einschließlich Bergbau. - <sup>4)</sup> Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. - <sup>5)</sup> Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. - <sup>6)</sup> Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. - <sup>7)</sup> Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. - <sup>8)</sup> Einschließlich statistischer Differenz. - <sup>9)</sup> In Prozentpunkten. - <sup>10)</sup> Zu Marktpreisen.

**Einkommen<sup>1)</sup>**

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999				2000				2001				2002							
							I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	
							Veränderung gegen das Vorjahr				Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr				Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Nominell																										
Bruttonationaleinkommen	+ 3,0	+ 5,0	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 3,4	+ 4,2	+ 5,7	+ 5,5	+ 4,1	+ 4,7	+ 4,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,4	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,3	+ 0,4	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,3
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,2	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 2,1	+ 8,3	+ 2,9	+ 2,3	+ 4,1	+ 4,5	- 0,9	+ 1,2	+ 3,4	+ 4,0	+ 11,1	+ 8,2	+ 5,6	+ 8,7	+ 7,9	+ 3,9	+ 2,0	- 1,1	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,8	- 1,1	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8
Abschreibungen	+ 3,8	+ 5,0	+ 5,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,1	+ 4,5	+ 4,9	+ 5,2	+ 5,3	+ 5,4	+ 5,3	+ 5,1	+ 4,7	+ 4,3	+ 3,9	+ 3,5	+ 4,7	+ 4,3	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,5
Nettonationaleinkommen	+ 2,8	+ 5,0	+ 1,4	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,7	+ 1,6	+ 1,9	+ 3,3	+ 4,2	+ 5,9	+ 5,6	+ 3,9	+ 4,6	+ 4,1	+ 1,1	+ 1,1	- 0,4	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,1	- 0,4	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,1
Verfügbares																										
Nettonationaleinkommen	+ 2,9	+ 5,2	+ 1,6	+ 2,7	+ 3,4	+ 3,6	+ 1,8	+ 2,0	+ 3,5	+ 4,1	+ 6,2	+ 5,4	+ 4,1	+ 5,1	+ 4,3	+ 1,4	+ 1,5	- 0,6	+ 1,2	+ 3,1	+ 1,9	- 0,6	+ 1,2	+ 3,1	+ 1,9	+ 1,9
Real (zu Preisen von 1995)																										
Bruttonationaleinkommen	+ 2,2	+ 2,9	+ 0,0	.	.	.	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,3	+ 4,2	+ 4,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,1	- 0,1	- 0,1	+ 1,5	+ 2,6	+ 1,3	- 0,1	+ 1,5	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,3
Abschreibungen	+ 3,2	+ 3,9	+ 3,8	.	.	.	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,5	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5
Nettonationaleinkommen	+ 2,0	+ 2,8	- 0,6	.	.	.	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,2	+ 4,3	+ 4,1	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,1	- 2,0	- 0,8	- 0,7	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,1	- 0,7	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,1	+ 1,1
Verfügbares Nettonationaleinkommen	+ 2,1	+ 2,9	- 0,5	.	.	.	+ 2,2	+ 1,4	+ 2,8	+ 2,0	+ 4,5	+ 3,9	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,3	- 1,7	- 0,4	- 0,9								

## Sachgütererzeugung

	2002																	
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002			2002	2002	2002	2002					
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
						III. Qu.	Veränderung	Veränderung	Veränderung	Veränderung	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %
Produktionsindex (arbeitsfähig bereinigt)	+ 0,7	+ 7,2	+ 9,0	+ 6,0	+ 9,9	+ 0,5	- 0,1	- 0,3	- 0,6	- 0,6	+ 0,6	- 0,7	+ 3,8	+ 2,0	- 3,6	+ 2,7	- 1,9	+ 3,3
Vorprodukte	- 0,7	+ 8,8	+ 10,1	+ 7,3	+ 10,5	- 1,6	- 0,6	- 1,1	- 3,4	- 3,4	+ 2,1	- 6,6	- 1,8	+ 0,6	- 6,1	+ 3,0	- 2,3	+ 4,3
Kfz	+ 5,9	+ 18,0	+ 12,4	+ 17,2	+ 18,6	+ 6,7	+ 1,5	+ 3,8	- 11,6	- 5,5	- 2,6	+ 0,7	- 8,9	+ 9,3	- 8,6	- 8,9	- 1,9	+ 8,0
Investitionsgüter	+ 3,0	+ 3,1	+ 11,1	+ 6,7	+ 10,6	+ 5,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 3,2	+ 15,8	+ 10,5	+ 14,0	+ 21,6	+ 11,8	+ 9,1	+ 10,5	- 0,4	+ 1,3
Konsumgüter	+ 0,4	+ 5,7	+ 5,7	+ 2,0	+ 5,7	- 0,9	- 1,2	- 1,1	- 1,1	+ 1,6	- 2,4	+ 2,5	- 0,5	- 2,2	- 6,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 2,6
Dauerhafte	+ 1,6	+ 5,8	+ 2,9	+ 2,1	+ 16,9	- 4,8	- 4,7	- 3,9	- 10,7	- 6,4	+ 4,1	+ 11,8	+ 7,6	- 6,3	- 25,6	- 15,7	- 11,8	- 6,7
Nichtdauerhafte	+ 0,2	+ 2,6	+ 9,0	- 0,0	+ 2,1	- 0,3	+ 0,8	- 1,0	- 3,5	- 1,5	+ 1,0	- 2,2	- 2,2	+ 4,5	- 6,2	+ 4,0	+ 4,3	+ 3,4
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,1	+ 8,3	+ 4,5	+ 3,6	+ 3,6	+ 0,6	- 1,0	+ 0,9	+ 5,3	+ 2,9	+ 4,8	+ 0,1	+ 3,9	+ 7,1	+ 0,4	+ 7,0	+ 2,4	+ 5,9
Beschäftigte	+ 0,0	- 2,1	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,0	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,0	- 1,3	+ 1,2	- 1,4	- 1,5	- 2,3	- 2,2	- 2,2	.
Geleistete Stunden	+ 0,8	- 2,2	+ 0,2	- 2,0	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,3	- 0,0	- 4,1	- 2,1	+ 1,7	- 9,2	+ 1,4	+ 0,1	- 4,8	- 1,2	- 0,8
Produktion je Beschäftigung	+ 0,7	+ 9,5	+ 8,9	+ 7,6	+ 9,8	- 0,8	- 1,7	- 1,6	- 4,2	- 2,4	+ 3,5	+ 0,7	+ 5,4	+ 4,4	+ 0,9	+ 4,9	+ 0,4	.
Produktion je geleistete Stunde	+ 0,1	+ 9,6	+ 8,5	+ 8,1	+ 10,1	- 0,3	- 0,8	- 0,5	+ 0,8	+ 4,4	+ 2,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,2	+ 3,9	+ 1,1	.
Auftragsgänge	+ 3,1	+ 9,2	+ 1,6	+ 4,9	+ 13,9	+ 2,2	- 0,6	- 1,8	+ 3,3	+ 3,3	- 3,0	+ 8,2	+ 5,7	- 4,7	- 10,9	+ 5,8	+ 0,6	.
Inland	+ 5,7	+ 4,3	- 5,7	+ 2,0	+ 9,8	+ 2,7	- 3,8	- 14,3	+ 1,8	+ 1,8	- 6,9	+ 7,0	- 9,5	- 2,4	- 6,0	+ 1,0	- 12,8	.
Ausland	+ 1,5	+ 12,2	+ 5,9	+ 6,4	+ 16,0	+ 2,0	+ 0,9	+ 4,9	- 3,6	- 1,2	+ 5,7	+ 3,8	+ 9,5	- 4,2	- 15,8	+ 7,8	+ 7,3	.
Auftragsbestand	- 3,7	+ 14,4	+ 3,8	+ 1,1	+ 11,2	+ 8,7	+ 8,9	+ 9,5	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,6	+ 3,2	+ 5,9	+ 4,8	+ 1,5	+ 0,2	+ 2,3	+ 8,0
Inland	- 2,0	+ 8,5	- 6,4	+ 7,8	+ 11,3	+ 4,7	+ 10,7	+ 5,4	- 10,9	- 15,4	- 18,2	- 17,8	- 18,9	- 21,3	- 21,0	- 19,4	- 10,7	.
Ausland	- 4,6	+ 17,5	+ 9,0	- 1,8	+ 11,2	+ 10,6	+ 8,1	+ 11,4	+ 12,2	+ 11,8	+ 15,3	+ 13,0	+ 17,1	+ 7,4	+ 9,8	+ 11,7	+ 15,9	.

## Bauwirtschaft

	2002																		
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002			2002	2002	2002	2002						
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	
						III. Qu.	Veränderung	Veränderung	Veränderung	Veränderung	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	
Produktionswert nominell	.	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,3	+ 3,6	- 2,9	- 5,5	- 3,5	- 6,4	+ 6,4	+ 0,6	- 2,1	+ 20,8	- 2,5	+ 3,8	+ 2,5	- 3,8	+ 2,8	- 1,2
Hochbau	.	+ 1,0	+ 3,1	+ 0,1	+ 4,4	- 4,0	- 7,6	- 6,3	- 1,5	+ 5,7	+ 1,0	- 5,2	+ 22,4	- 1,5	- 0,9	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,8
Wohnhaus- und Siedlungsbau	.	+ 0,9	- 6,6	- 8,5	- 1,0	- 9,7	- 11,0	- 12,4	- 7,8	+ 2,6	- 0,3	+ 1,1	+ 13,2	- 8,9	- 6,6	- 0,4	- 2,1	+ 5,7	+ 0,3
Tiefbau	.	+ 4,4	- 0,9	+ 3,1	+ 1,6	- 1,4	- 2,4	- 0,4	- 4,1	+ 5,5	+ 7,8	+ 4,0	+ 19,0	- 3,0	+ 10,4	+ 4,1	- 8,3	+ 6,5	- 0,5
Bauwesen insgesamt <sup>2)</sup>	.	+ 2,5	+ 7,9	+ 1,7	+ 4,2	- 2,7	- 3,2	- 1,1	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	+ 0,8	+ 13,3	- 3,6	+ 3,9	+ 0,8	- 4,0	+ 1,1	+ 1,6
Auftragsbestände	.	- 4,5	- 2,3	- 1,8	+ 0,6	+ 2,0	+ 3,2	+ 3,4	+ 0,7	- 3,2	+ 4,6	- 4,3	- 4,2	- 6,7	- 3,0	- 1,5	- 2,2	- 3,0	- 1,3
Preisindex Hochbau <sup>3)</sup>	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	.	.	.	.	.	.	.	.
Wohnhaus- und Siedlungsbau <sup>3)</sup>	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	.	.	.	.	.	.	.	.
Preisindex Tiefbau <sup>3)</sup>	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,2	- 1,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,4	.	.	.	.	.	.	.	.

1) Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. - 2) Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. - 3) Bis 1996: Basis 1986, ab 1997: Basis 1996.

## Binnenhandel

	2002																		
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002			2002	2002	2002	2002						
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	
						III. Qu.	Veränderung	Veränderung	Veränderung	Veränderung	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	III. Qu. gegen das Vorjahr in %	
Nettoumsätze	.	.	.	.	+ 2,7	- 2,8	- 2,7	- 3,3	- 0,3	+ 0,0	+ 3,0	+ 2,6	- 4,5	+ 2,1	+ 4,7	- 1,9	+ 6,1	+ 4,2	- 1,5
Real	.	.	.	.	+ 4,6	- 4,0	- 3,0	- 4,7	- 6,6	+ 0,6	+ 2,1	+ 5,2	- 3,5	+ 4,2	+ 7,4	- 0,6	+ 9,0	+ 4,8	- 0,6
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	.	.	.	.	+ 1,8	- 0,8	- 1,7	- 1,6	- 1,8	+ 0,6	+ 1,3	- 1,1	- 0,2	- 0,2	+ 2,7	+ 0,4	+ 0,7	+ 3,8	+ 0,6
ohne Kfz, ohne Tankstellen	.	.	.	.	- 2,1	- 2,1	- 3,7	- 0,9	- 1,6	- 4,9	- 6,0	- 1,8	- 13,9	- 1,8	- 0,9	- 10,0	+ 4,2	+ 2,8	- 8,6
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	.	.	.	.	+ 5,7	- 2,0	- 0,8	- 3,0	- 5,3	- 0,5	- 0,6	+ 2,2	- 4,7	+ 1,0	+ 4,1	- 2,1	+ 6,0	+ 4,6	- 0,8
Nominell	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	.	.	.	.	+ 8,9	- 3,4	- 0,7	- 4,6	- 8,7	- 0,1	+ 0,9	+ 4,3	+ 4,9	+ 2,3	+ 6,1	- 1,7	+ 8,6	+ 5,0	- 0,1
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	.	.	.	.	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,1	- 0,9	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,3	- 0,5	- 0,7	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 3,6	+ 0,7
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	.	.	.	.	+ 0,2	- 1,0	- 2,2	+ 0,1	- 1,0	- 4,0	- 4,6	- 0,3	- 12,4	- 0,6	+ 0,7	- 8,4	+ 6,1	+ 4,8	- 6,3
Beschäftigte <sup>1)</sup>	.	.	.	.	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,9	- 1,1	- 1,0	- 1,1
Insgesamt	.	.	.	.	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	- 0,2	- 0,5	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 1,2	- 1,0	- 1,1
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	.	.	.	.	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,8	- 0,0	- 0,6	- 1,1	- 0,6	- 0,7	- 0,9	- 1,1	- 1,2	- 1,1	- 1,2
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	.	.	.	.	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	- 0,5	- 0,7	- 0,8
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

Aufgrund der Umstellung von der Betriebsstatistik 1968 auf ÖNACE 1995 liegen Daten in der ÖNACE-Gliederung erst ab 1998 vor. - 1) Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder.







Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer

## Mittelfristig gedämpftes Wachstum

### Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006

**Ausgelöst durch Konjunkturimpulse aus Nordamerika dürfte in Europa im Laufe des Jahres 2003 ein Konjunkturaufschwung einsetzen, der seinen Höhepunkt 2005 erreichen wird. Die Erholung bleibt aber sowohl im Durchschnitt der EU-Länder als auch in Österreich gedämpft, das durchschnittliche Wachstum des realen BIP beträgt nur etwa 2% pro Jahr. Die Ausweitung von Konsum- und Baunachfrage bleibt merklich hinter jener des Exports und der Ausrüstungsinvestitionen zurück. Die Beschäftigung steigt vor allem in den Jahren 2004 bis 2006 merklich, die Arbeitslosigkeit geht hingegen nur unzureichend zurück. Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Sektors sinkt tendenziell. Wesentliche Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik bestehen in der Gestaltung der Budgetstruktur, der Innovations- und Bildungspolitik.**

Begutachtung: Helmut Kramer, Ewald Walterskirchen • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: [Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at](mailto:Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at), [Markus.Marterbauer@wifo.ac.at](mailto:Markus.Marterbauer@wifo.ac.at)

Aufgrund der Korrekturen in der Konjunkturbeurteilung seit dem Sommer 2002 aktualisiert das WIFO seine mittelfristige Wirtschaftsprognose bis 2006. Diese Vorausschau baut auf der im Dezember vorgestellten kurzfristigen Prognose auf und bietet der Wirtschaftspolitik eine Basis für eine Analyse der Herausforderungen und Spielräume.

Das WIFO erwartet für die nächsten Jahre eine eher schleppende Konjunkturerholung in Europa und speziell auch in Österreich. Nach zwei Jahren ungünstiger Wirtschaftsentwicklung 2001 und 2002 wird auch für das Jahr 2003 ein unterdurchschnittliches Wachstum der österreichischen Wirtschaft prognostiziert.

Impulse kann der Konjunkturaufschwung primär von der Weltwirtschaft erhalten. In den USA kam ein Aufschwung in Gang, im Zuge dessen sich das Wirtschaftswachstum bis zum Jahr 2005 auf 3½% beschleunigen sollte. Erheblichen Risiken ergeben sich allerdings aus der weiteren Entwicklung der Aktien- und Immobilienmärkte sowie einem möglichen Krieg im Irak und dessen Effekten auf die Rohstoffpreise. In Südostasien scheint die Produktion auf den hohen Wachstumspfad der Jahre vor der Wirtschaftskrise zurückgekehrt zu sein. Davon profitiert auch Japan.

Für Europa wird ein deutliches Zurückbleiben gegenüber dem Konjunkturaufschwung in Nordamerika erwartet; neben einer weniger expansiven Zinspolitik bremst vor allem die Fiskalpolitik die Konjunktur. Bis 2006 dürften zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts Maßnahmen der Budgetkonsolidierung im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Bemühungen vor allem der großen EU-Länder stehen. Dies dämpft – auf kurze Sicht – die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die Wirtschaft der EU wird deshalb im Zeitraum 2001 bis 2006 um nur 2,1% pro Jahr wachsen, deutlich langsamer als in der Periode zuvor (1996/2001 +2,7%) und in den USA (2001/2006 +2,9%).

Die österreichische Wirtschaft könnte von einer allmählichen Erholung der Nachfrage der wichtigsten Handelspartner besonders begünstigt sein. Die heimischen Exportunternehmen verfügen aufgrund einer mäßigen Entwicklung der Lohnstückkosten über eine hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Die erwartete Ausweitung des Warenexports zieht auch eine Erholung der Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und immaterielle Wirtschaftsgüter nach sich – ein Bereich, in dem die Ausgaben

### Internationale Rahmenbedingungen

2001 und vor allem 2002 markant eingebrochen sind. Schwächer entwickelt sich im Aufschwung die Inlandsnachfrage. Die Zunahme des privaten Konsums wird durch den Anstieg der Sparquote auf das mittelfristige Niveau gedämpft. Die Bauwirtschaft profitiert von einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen im Tiefbau. Die Nachfrage nach Wohnungen beginnt sich zwar zu erholen, dies geht aber nur langsam vor sich.

Übersicht 1: Hauptergebnisse

	Ø 1996/ 2001	Ø 2001/ 2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt								
Real	+2,5	+1,9	+0,7	+0,9	+1,7	+2,3	+2,5	+2,3
Nominell	+3,5	+3,2	+2,3	+1,9	+3,0	+3,7	+4,0	+3,6
Verbraucherpreise <sup>1)</sup>	+1,6	+1,5	+2,7	+1,8	+1,5	+1,4	+1,5	+1,5
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten <sup>2)</sup>	+1,8	+2,4	+1,4	+2,2	+2,2	+2,4	+2,8	+2,4
Unselbständig Beschäftigte <sup>3)</sup>	+0,8	+0,3	+0,4	-0,5	+0,1	+0,5	+0,7	+0,5
In %								
Arbeitslosenquote								
In % der Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	4,0	4,0	3,6	4,1	4,2	4,0	3,8	3,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	6,6	6,6	6,1	6,8	7,0	6,7	6,4	6,3
In % des BIP								
Außenbeitrag	-0,7	1,0	-0,0	1,3	1,1	1,0	0,8	0,8
Finanzierungssaldo des Staates								
Laut Maastricht-Definition	-1,6	-1,2	0,2	-1,5	-1,5	-1,2	-0,9	-0,8
In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	6,8	5,8	4,6	5,0	5,4	5,7	6,3	6,7

<sup>1)</sup> Konsumdeflator. – <sup>2)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – <sup>3)</sup> Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdiener. – <sup>4)</sup> Laut Eurostat. – <sup>5)</sup> Laut Arbeitsmarktservice.

Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 1996/ 2001	Ø 2001/ 2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt, real								
USA	+3,4	+2,9	+0,3	+2,3	+2,6	+3,0	+3,5	+3,0
EU	+2,7	+2,1	+1,6	+1,0	+1,8	+2,5	+2,7	+2,5
Deutschland	+1,8	+1,7	+0,6	+0,3	+1,3	+2,3	+2,5	+2,0
Ost-Mitteleuropa	+3,6	+3,2	+2,3	+1,5	+2,8	+3,5	+4,0	+4,0
Dollar je ECU bzw. Euro								
Wechselkurs	1,028	0,988	0,896	0,94	1,00	1,00	1,00	1,00
In %								
Zinssätze								
Sekundärmarktrendite	5,1	4,8	5,1	5,0	4,5	4,7	5,0	5,0
Dreimonatssatz (EURIBOR)	3,7	2,9	4,3	3,3	2,7	2,7	2,8	2,8

Der Konjunkturmehrpunkt dürfte mit einem realen Wirtschaftswachstum von etwa 2½% im Jahr 2005 erreicht werden. Danach könnte ausgehend von Export und Ausüstungsinvestitionen eine Abschwächung einsetzen. Hingegen wirken die Komponenten der Inlandsnachfrage gegen Ende der Prognoseperiode stabilisierend. Die österreichische Wirtschaft dürfte im Durchschnitt der Periode 2001 bis 2006 mit einer realen Zunahme des BIP von knapp 2% pro Jahr nur geringfügig langsamer wachsen als die der EU-Länder, allerdings merklich schwächer als in der Periode 1996 bis 2001 (+2½%).

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 1996/ 2001	Ø 2001/ 2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Jährliche Veränderung in %								
Konsumausgaben								
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3
Staat	+ 0,8	+ 0,7	- 0,5	+ 1,0	± 0,0	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,3	+ 1,7	- 2,2	- 4,6	+ 2,9	+ 3,5	+ 4,2	+ 2,7
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	+ 5,2	+ 2,2	- 2,9	- 10,0	+ 5,0	+ 6,0	+ 6,8	+ 4,2
Bauten	+ 0,2	+ 1,3	- 1,5	± 0,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,5
Inländische Verwendung	+ 2,0	+ 1,7	- 0,1	- 0,3	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,1
Exporte	+ 9,9	+ 5,5	+ 7,4	+ 1,3	+ 4,7	+ 7,0	+ 7,5	+ 7,1
Importe	+ 8,8	+ 5,2	+ 5,9	- 1,1	+ 5,1	+ 7,4	+ 7,7	+ 7,0
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,5	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,3

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - 2) Einschließlich sonstiger Anlagen.

Übersicht 4: Preise

	Ø 1996/ 2001	Ø 2001/ 2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Jährliche Veränderung in %								
Implizite Preisindizes								
Privater Konsum	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
Exporte	+ 0,5	+ 1,1	- 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,3
Importe	+ 1,0	+ 1,2	- 0,2	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3

Trotz der Konjunkturerholung ist etwa auf dem Arbeitsmarkt, in den öffentlichen Haushalten oder in der Innovationspolitik eine Reihe von Strukturproblemen zu erkennen. Der Wirtschaftsaufschwung bewirkt zwar eine Belebung des Beschäftigungswachstums, die Arbeitslosigkeit bleibt aber auch zu Ende des Prognosehorizonts hoch. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erhöht sich durchschnittlich um 0,3% (+9.000 Personen) pro Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen wird bis zum Jahr 2006 nur auf 216.000 zurückgehen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,3% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 3,7% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

In der Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes steht eine Trendwende bevor: Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nimmt ab 2004 nicht weiter zu, nachdem die demographische Entwicklung die Lage auf dem Arbeitsmarkt im vergangenen Jahrzehnt belastete. Allerdings bestehen weiterhin erhebliche Arbeitsmarktreserven im

**Arbeitslosigkeit geht  
nur langsam zurück**

Bereich der Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Arbeitskräften sowie vor allem der Arbeitslosen.

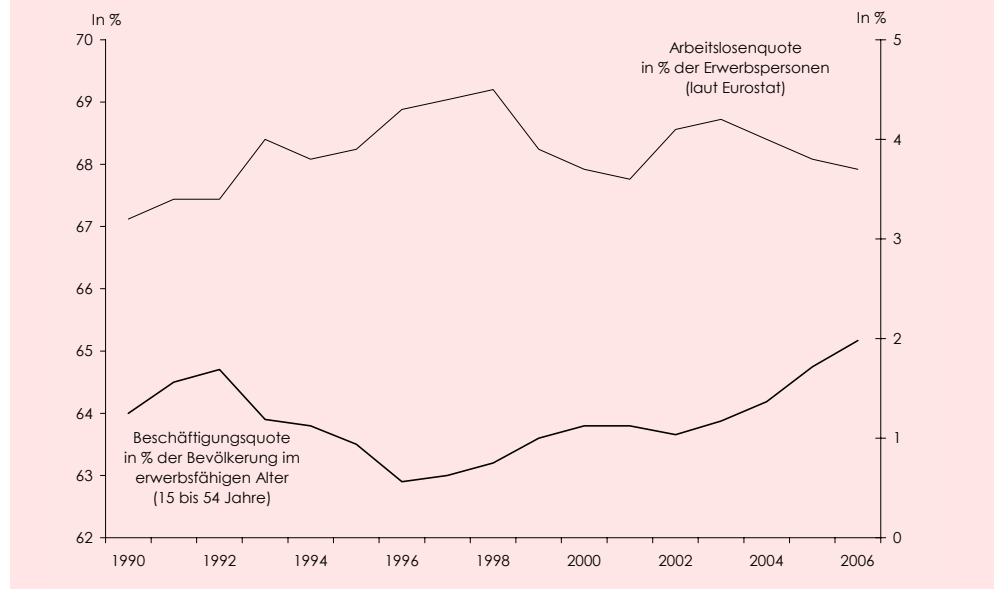
Zuletzt wurde ein wesentlicher Teil des Anstiegs der Arbeitskräftenachfrage durch zusätzliche temporär beschäftigte ausländische Arbeitskräfte (Saisoniers) befriedigt. Aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen und vor allem auch in Hinblick auf die Finanzlage der Sozialversicherungsträger wäre eine bessere Ausschöpfung der im Inland verfügbaren Arbeitskräftereserven wünschenswert. Das bringt u. a. eine bedeutende Herausforderung für die Bildungspolitik mit sich. Vor diesem Hintergrund erscheint besonders problematisch, dass die öffentlichen Ausgaben für Altersteilzeit gegenüber den Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose stark an Bedeutung gewinnen.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 1996/ 2001	Ø 2001/ 2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Jährliche Veränderung in %							
Unselbständig Beschäftigte	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4
Summe Wirtschaftsklassen <sup>1)</sup>	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	- 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5
Arbeitslose	- 2,4	+ 1,2	+ 4,9	+ 13,7	+ 2,6	- 3,4	- 4,6	- 1,3
Arbeitslosenquote								
In % der Erwerbspersonen <sup>2)</sup>	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>3)</sup>	+ 6,6	+ 6,6	+ 6,1	+ 6,8	+ 7,0	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,3
Arbeitsproduktivität <sup>4)</sup>	+ 1,2	+ 1,5	- 0,1	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7
Lohn- und Gehaltssumme <sup>5)</sup>	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,0
Je Beschäftigten <sup>6)</sup>	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,4
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7

1) Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienster. – 2) Laut Eurostat. – 3) Laut Arbeitsmarktservice. – 4) BIP real je unselbständig Beschäftigte (Beschäftigungsverhältnisse laut VGR). – 5) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 6) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR.

Abbildung 2: Entwicklung des Arbeitsmarktes



## Strukturprobleme im Staatshaushalt

Die Modellprognose des WIFO lässt auf Basis der in der Vergangenheit beobachteten Wechselwirkungen zwischen Staatshaushalt und Gesamtwirtschaft eine Verbesserung des gesamtstaatlichen Defizits erkennen. Dieses verringert sich tendenziell auf 0,8% des BIP im Jahr 2006. Die Nachhaltigkeit der bisherigen Konsolidierungsfortschritte muss mittelfristig noch besser abgesichert werden. Dies mahnen insbesondere die

Verpflichtungen aus dem Stabilitätspakt ein. Sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite des Staatshaushalts ist eine Reihe von Strukturproblemen zu erkennen, die ohne weitere Reformmaßnahmen die Situation des Staatshaushalts wieder verschlechtern und die auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen könnten.

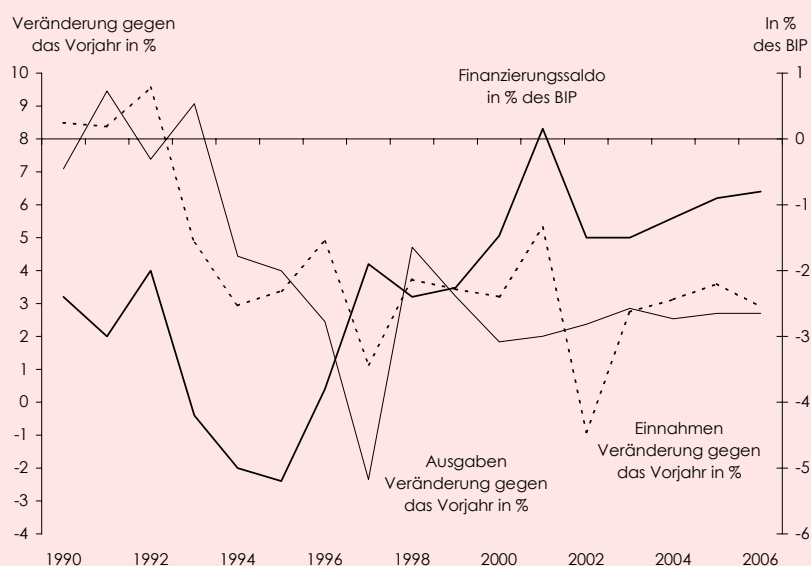
Eine wesentliche Herausforderung bedeutet die vor dem Hintergrund zu niedriger Erwerbsbeteiligung ungünstige Struktur des Abgabenaufkommens, welche von hohen Sozialversicherungsbeiträgen geprägt ist. Zu dieser Thematik zählt auch der relativ hohe Anteil von lohnsummenabhängigen Abgaben. Eine grundlegende Reform des Steuersystems könnte innerhalb der Prognoseperiode schrittweise vorangetrieben werden. Dafür spricht, dass sie die gesamtwirtschaftliche Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit verbessern könnte und dass sie Budgetspielraum schaffen sollte für automatische Konjunkturstabilisierung und für die Aufgaben, die nach der demographischen Trendwende im zweiten Jahrzehnt des Jahrhunderts bevorstehen.

#### Übersicht 6: Staat

	Ø 1996/ 2001	Ø 2001/ 2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Jährliche Veränderung in %								
Laufende Einnahmen	+3,4	+2,3	+5,3	-0,9	+2,7	+3,1	+3,6	+2,9
Laufende Ausgaben	+1,9	+2,6	+2,0	+2,4	+2,9	+2,5	+2,7	+2,7
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+3,5	+3,2	+2,3	+1,9	+3,0	+3,7	+4,0	+3,6
In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates Laut Maastricht-Definition	-1,6	-1,2	0,2	-1,5	-1,5	-1,2	-0,9	-0,8

Der Anstieg des Außenbeitrags zeigt einerseits die große Abhängigkeit von der Wirtschaftsentwicklung der Handelspartner und andererseits die gute preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exportwirtschaft. Diese ist allerdings eher auf eine sehr maßvolle Lohnentwicklung als auf eine rasche gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung zurückzuführen. Der schwache Produktivitätsfortschritt weist auch auf den Nachholbedarf Österreichs in Bezug auf eine erfolgreiche Innovationsstrategie hin. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung und vor allem jene für Informations- und Kommunikationstechnologien bleiben hinter jenen der europäischen Volkswirtschaften mit der größten Wachstumsdynamik zurück.

Abbildung 3: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo (laut Maastricht-Definition) des Staates



In den Prognosezeitraum fällt auch die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedsländer. Kurzfristig können davon nur geringe Wachstumseffekte für Österreich erwartet werden. Ein mittelfristiger ökonomischer Erfolg der Erweiterung, der sich in einem raschen Aufholprozess der neuen EU-Länder abbilden würde, bedeutet aber für Österreich ebenfalls ein erhebliches Potential an Steigerung der Exporte und damit des Wirtschaftswachstums. Allerdings sind auch Risiken eines Misslingens der Erweiterung gegeben. Diese könnten etwa mit einer zu frühen Teilnahme der neuen EU-Länder an der Währungsunion schlagend werden.

*Slow Growth in the Medium Run. Forecast for the Austrian Economy up to 2006 – Summary*

For the coming years, WIFO envisages the recovery in Europe, and specifically in Austria, to be rather sluggish in nature. It will be primarily the global economy which can be expected to deliver the requisite momentum for an upswing, which, however, is subject to considerable risks. Both in the EU average and in Austria, the recovery will stay within modest bounds; on average, real GDP will grow by just 2 percent p.a. over 2001–2006 (as against some 2.5 percent in 1996–2001). In Austria, demand in the consumer goods and construction sectors will not keep pace with demand in the export and plant and equipment sectors. Employment will rise perceptively, especially in 2004–2006. Unemployment, on the other hand, will decline at an inadequate rate, so that by 2006 the jobless rate could stand at 6.3 percent of the dependently employed or 3.7 percent of the economically active population as defined by Eurostat. The public financing deficit is set to fall to some 0.8 percent of GDP by 2006, helped by the economic recovery. Designing a proper budgetary structure as well as innovation and education policies will constitute major challenges for economic policy.

Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz

## Investitionsklima auch 2003 getrübt

### Ergebnisse des WIFO-Investitionstests von Ende 2002

**Die Unternehmen der Sachgütererzeugung und die Versorgungsbetriebe wollen 2003 insgesamt mehr investieren als im Vorjahr. Diese Entwicklung beruht jedoch maßgeblich auf der außerordentlichen Ausweitung der Investitionen in der Kfz-Branche. Lässt man diese Großprojekte außer Acht, so bleibt das Investitionsklima in der Sachgütererzeugung auch 2003 verhalten. In der Bauwirtschaft werden die Investitionen 2003 weiter zurückgehen. Die Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (einschließlich der in der Umfrage nicht erfassten Bereiche) werden laut WIFO-Prognose 2003 real um 2,9% zunehmen (2002: -4,6%).**

Begutachtung: Markus Marterbauer, Michael Pfaffermayr • Wissenschaftliche Assistenz: Elisabeth Lebar • E-Mail-Adressen:

[Margarete.Czerny@wifo.ac.at](mailto:Margarete.Czerny@wifo.ac.at), [Martin.Falk@wifo.ac.at](mailto:Martin.Falk@wifo.ac.at), [Gerhard.Schwarz@wifo.ac.at](mailto:Gerhard.Schwarz@wifo.ac.at), [Elisabeth.Lebar@wifo.ac.at](mailto:Elisabeth.Lebar@wifo.ac.at) • Der WIFO-Investitionstest wird seit 1996 im Rahmen des harmonisierten Programms in Zusammenarbeit mit der EU (DG-ECFIN) durchgeführt und von dieser auch finanziell unterstützt. Ein detaillierter Tabellensatz findet sich im Anhang.

Der WIFO-Investitionstest von Ende 2002 lässt für 2003 eine Zunahme der Investitionen der Sachgütererzeugung und der erfassten Versorgungsbetriebe<sup>1)</sup> erwarten. Hingegen plant die Bauwirtschaft für heuer eine weitere Einschränkung ihrer Investitionen. Für Österreichs Gesamtwirtschaft geht das WIFO in seiner jüngsten Prognose vom Dezember 2002 von einer Ausweitung der Bruttoanlageinvestitionen um real 2,9% im Jahr 2003 aus, nachdem diese im Vorjahr um 4,6% gesunken sind. Nachholbedarf besteht – nach einem starken Rückgang von 10% im Vorjahr – insbesondere im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen (2003 real +5,0%; *Walterskirchen, 2003*).

#### Der WIFO-Investitionstest

Von Mitte Oktober bis Mitte Dezember 2002 befragte das WIFO österreichische Unternehmen zu Investitionsabsichten, Umsatzerwartungen und Konjunktorentwicklung. Rund 1.000 Betriebe aus den Bereichen Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft, Elektrizitätsversorgung, Verkehrs- und Versorgungsbetriebe sowie Sondergesellschaften beteiligten sich an der Erhebung.

Der Investitionstest wird seit 1963 durchgeführt und ist seit 1996 Teil des Gemeinsamen Harmonisierten Programms für Konjunkturumfragen in der Europäischen Union. Dieses Programm wird von der Europäischen Kommission (DG-ECFIN) auch finanziell unterstützt.

Die Unternehmen der Sachgütererzeugung planen, ihre Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr um nominell 5,7% (real 4,5%) auszuweiten. Diese Entwicklung ist jedoch fast vollständig auf einen Sonderfaktor zurückzuführen: Die Kfz-Branche sieht 2003 eine Verdoppelung der Investitionen gegenüber dem Vorjahr vor. Zieht man in der Hochrechnung nur die Sachgütererzeugung ohne Kraftfahrzeugbranche in Betracht, so werden die Investitionen 2003 sogar leicht zurückgehen (nominell -1,8%). Der jüngste Konjunkturabschwung trifft die Industrie besonders schwer, eine Erholung der Investitionstätigkeit auf breiter Basis ist noch nicht in Sicht. Ein Anstieg der Nachfrage dürfte aufgrund der nach wie vor unterdurchschnittlichen

**Schlechtes  
Investitionsklima in der  
Sachgütererzeugung**

<sup>1)</sup> Elektrizitätsversorgung, Verkehrs- und Versorgungsbetriebe und Sondergesellschaften.

Die Investitionspläne für 2003 ergeben einen Anstieg um 5,7% (nominell) gegenüber dem Vorjahr. Maßgebend ist dafür die außerordentliche Steigerung in der Kfz-Branche. Ohne diesen Effekt wäre mit einem Rückgang um 1,8% zu rechnen. Bereits 2002 blieben die Investitionen der Sachgütererzeuger aufgrund der schwachen Konjunktur um 9,6% unter dem Vorjahresniveau.

Kapazitätsauslastung der Sachgütererzeuger (Falk – Schwarz, 2003) zunächst mit den vorhandenen Kapazitäten zu bewältigen sein.

Bereits 2002 kürzten die Unternehmen der Sachgütererzeugung ihre Bruttoanlageinvestitionen außerordentlich stark. Die jüngste Hochschätzung ergibt einen nominalen Rückgang gegenüber 2001 um 9,6% auf 6,6 Mrd. € in 2002. Für heuer sind Ausgaben von 7,0 Mrd. € vorgesehen, spürbar weniger als 2001.

### Der Zusammenhang zwischen Investitionsentwicklung und Wirtschaftswachstum

Aus empirischen Untersuchungen ist bekannt, dass Investitionen in Sachkapital sich langfristig positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Gemeinsam mit den Faktoren Humankapital, technischer Fortschritt<sup>1)</sup> und Ausgangsniveau des BIP pro Kopf erklären sie 70% bis 80% der Unterschiede zwischen dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in verschiedenen Ländern (siehe hierzu die vielbeachtete Studie von Mankiw – Romer – Weil, 1992). Eine Erhöhung der Investitionsquote<sup>2)</sup> um 1 Prozentpunkt steigert langfristig das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt der Industrieländer um 2,5% (Sachverständigenrat, 2002).

<sup>1)</sup> Dabei besteht eine enge Beziehung zwischen Investitionen in Sachkapital und technischem Fortschritt. Häufig ist die Durchsetzung des technischen Fortschritts mit neuen Investitionen (Maschinen, Computer) verbunden. – <sup>2)</sup> Investitionen privater Unternehmen bezogen auf das BIP.

### Übersicht 1: Investitionen der Sachgütererzeugung

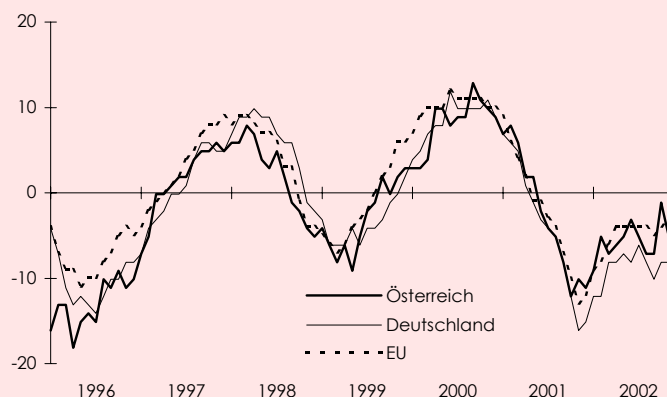
ÖNACE

		1999	2000	2001	2002	2003
Nominell	Mio. €	6.503	7.204	7.330	6.627	7.004
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	+ 15,7	+ 10,8	+ 1,7	- 9,6	+ 5,7
Real, zu Preisen von 1995	Mio. €	6.381	7.022	7.062	6.348	6.632
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	+ 14,9	+ 10,0	+ 0,6	- 10,1	+ 4,5

Hochschätzung.

### Abbildung 1: Vertrauensindikator der Industrie im europäischen Vergleich

Salden aus positiven und negativen Einschätzungen in % aller Meldungen, saisonbereinigt, mittelwertbereinigt



Q: Europäische Kommission (DG-ECFIN).

In den Sektoren<sup>2)</sup> Bergbau, Vorprodukte, Kraftfahrzeuge und langlebige Konsumgüter sollen heuer die Investitionen zum Teil massiv ausgeweitet werden. Allerdings ist

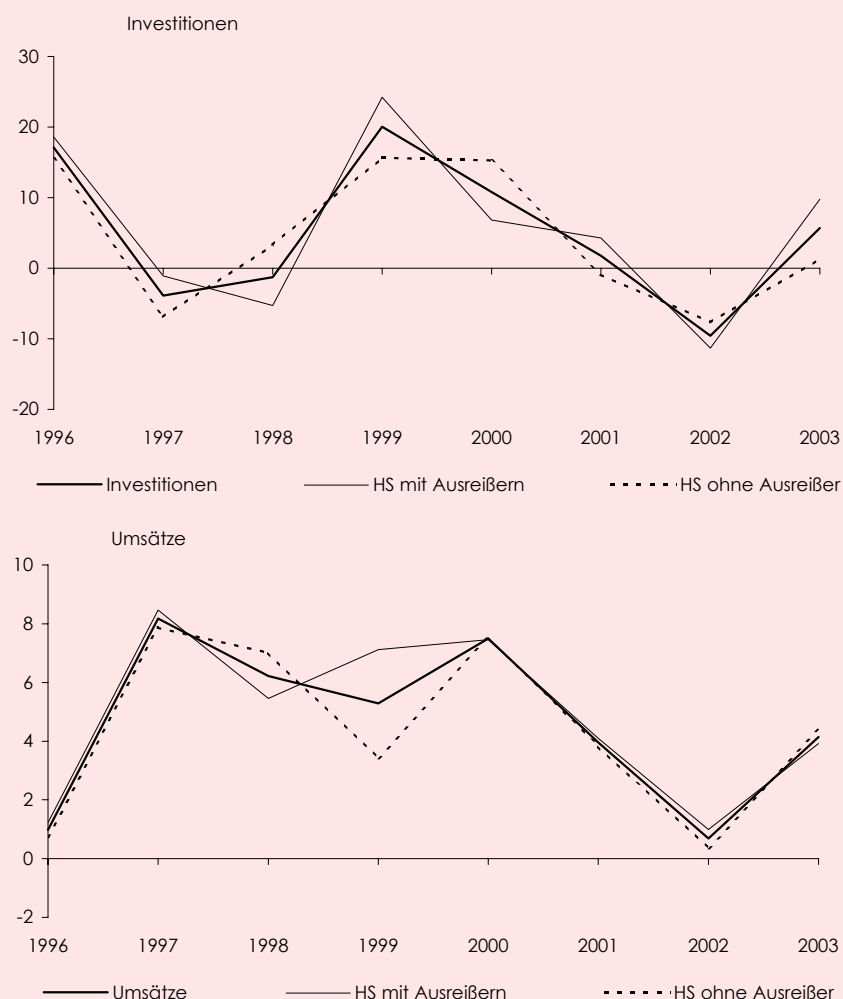
<sup>2)</sup> In den Übersichten als "ÖNACE-Obergruppen" bezeichnet.

dies in der Herstellung von Vorprodukten und Kraftfahrzeugen im Wesentlichen auf einige Großprojekte zurückzuführen. In der Erzeugung von Investitionsgütern werden die Investitionen auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres verharren. Die Hersteller von Nahrungsmitteln und kurzlebigen Konsumgütern nehmen ihre Investitionspläne deutlich zurück.

Die Entwicklung der Investitionstätigkeit in den einzelnen Sektoren hängt stark von der Realisierung geplanter Großprojekte ab. Obwohl in einigen Bundesländern mit einer Ausweitung der Investitionen zu rechnen ist, bleibt das Investitionsklima in allen Bundesländern schlecht.

Abbildung 2: Entwicklung der Umsätze und Investitionen

Sachgütererzeugung insgesamt, nominell, Veränderung gegen das Vorjahr in %



HS ... Hochschätzung.

In Oberösterreich, Kärnten und der Steiermark sehen die Investitionspläne der Sachgütererzeugung für 2003 eine beträchtliche Ausweitung gegenüber dem Vorjahr vor. Dies liegt daran, dass in diesen Bundesländern Branchen, die für heuer Großprojekte planen, stark vertreten sind. Leichte Zuwächse erscheinen in Niederösterreich und Salzburg möglich. In Wien, dem Burgenland, Tirol und Vorarlberg ist mit einer Stagnation oder einem Rückgang zu rechnen.

Das Investitionsklima bleibt jedoch aufgrund der mäßigen Konjunktur insgesamt ungünstig. Lässt man die geplanten Großprojekte außer Acht<sup>3)</sup>, so zeigen die Angaben im WIFO-Investitionstest in allen Bundesländern eine merkliche Einschränkung gegenüber dem Vorjahr.

<sup>3)</sup> Also ohne die im Kasten "Das Hochschätzungsverfahren für die Sachgütererzeugung" für Szenario 2 beschriebene nachträgliche Hinzurechnung von Ausreißern.

### Investitionsquote bleibt unterdurchschnittlich

Die Investitionsquote liegt mit 5,9% im Jahr 2003 neuerlich unter dem längerfristigen Durchschnitt; ohne die umfangreichen Vorhaben der Kfz-Branche beträgt sie nur 5,5%. Die Investitionsstruktur verlagert sich weiter zugunsten der Ausgaben für Maschinen.

Die Investitionsquote (Investitionen in Prozent des Umsatzes) wird in der Sachgütererzeugung heuer mit 5,9% auf dem Niveau des Vorjahres verharren und bleibt somit unterdurchschnittlich. Ohne die Kfz-Branche sinkt sie sogar auf 5,5%. Im Durchschnitt 1995 bis 2003 betrug sie 6,2%. Generell sind die Investitionen sehr ungleich über die Unternehmen verteilt: Die Hälfte der Unternehmen investierte im Vorjahr 3,2% des Umsatzes oder weniger.

Bereits im Vorjahr war eine Verschiebung der Investitionsstruktur zugunsten von Maschinen und Anlagen zu beobachten. Deren Anteil an den gesamten Investitionen erhöht sich heuer weiter auf 73% (+8 Prozentpunkte gegenüber 2002), während die Ausgaben für Elektrotechnik und Elektronik sowie für Bauten an Gewicht verlieren. Der Anteil der Anschaffungen mit einem überwiegenden Gehalt an elektrischen und elektronischen Komponenten bleibt 2003 mit 11% um 2 Prozentpunkte, jener der Bauinvestitionen mit 10% um 5 Prozentpunkte unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Der Anteil der Investitionen mit Umweltschutzcharakter liegt unverändert bei 2%.

### Übersicht 2: Bruttoanlageinvestitionen bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt

	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Anteile in %																					
Belgien	20,2	19,0	17,5	17,2	17,6	17,5	17,9	19,7	21,4	22,5	21,0	20,7	20,0	19,5	19,9	19,9	20,4	20,6	20,9	21,2	20,8	19,7
Dänemark	16,8	17,5	17,9	18,9	20,7	22,5	22,0	20,5	20,5	19,9	19,1	17,9	17,1	17,3	18,6	18,6	19,6	20,6	20,3	21,6	21,0	21,2
Deutschland <sup>1)</sup>	24,1	22,7	22,8	22,3	21,8	21,6	21,6	21,8	22,5	23,3	23,8	24,0	23,0	23,1	22,4	21,8	21,4	21,4	21,5	21,6	20,1	18,8
Griechenland	26,1	23,6	25,3	20,5	22,0	22,8	21,6	21,5	22,6	23,1	22,6	21,3	20,3	18,6	18,6	19,5	19,8	21,1	21,7	22,6	22,8	23,0
Spanien	22,7	22,5	21,9	20,1	20,6	21,2	22,4	24,2	25,6	25,9	25,1	23,1	21,3	21,1	22,0	21,6	21,9	22,9	24,1	25,3	25,4	25,4
Frankreich	23,1	22,5	21,2	20,4	20,3	20,4	21,0	21,9	22,5	22,6	22,0	20,9	19,4	19,1	18,8	18,5	18,0	18,4	19,2	20,1	20,2	20,0
Irland	29,2	26,1	22,8	21,1	18,7	18,1	16,9	16,2	17,4	19,1	17,4	17,2	15,8	16,8	17,5	19,1	20,7	22,2	23,7	24,1	23,3	22,8
Italien	25,2	23,8	22,6	22,3	21,8	20,9	20,9	21,3	21,3	21,5	21,0	20,5	18,4	18,0	18,3	18,3	18,3	18,5	19,1	19,8	19,8	19,3
Niederlande	20,8	19,8	19,8	20,2	20,8	21,6	22,0	22,6	22,8	22,5	21,9	21,6	20,6	20,3	20,3	21,1	21,5	21,5	22,5	22,5	21,9	20,9
Österreich	25,3	22,8	22,1	21,6	22,3	22,0	22,5	23,3	23,4	23,7	24,2	23,7	23,2	23,5	23,3	23,3	23,5	23,6	23,5	23,9	23,2	22,4
Portugal	32,4	32,6	30,6	24,7	22,9	23,2	25,7	27,4	26,6	26,2	24,9	23,7	22,2	22,3	22,8	23,3	25,6	26,9	27,4	28,6	27,5	25,8
Finnland	26,5	26,7	26,9	25,3	25,4	25,0	25,6	26,9	29,5	28,6	24,4	19,9	16,4	15,5	16,3	17,0	18,0	18,7	18,9	19,1	19,8	19,4
Schweden	19,6	19,5	19,7	19,9	20,6	19,9	20,7	21,6	23,6	23,0	20,6	18,0	15,3	15,1	15,5	15,7	15,2	16,0	17,0	17,3	17,5	17,0
Großbritannien	17,1	17,1	17,0	18,1	18,1	18,0	18,8	20,5	21,7	20,5	17,9	16,5	15,7	15,9	16,3	16,5	16,5	17,6	17,0	16,7	16,5	15,6
EU 15	22,4	21,7	21,1	20,8	20,7	20,7	21,1	21,9	22,7	22,7	21,9	21,2	19,9	19,8	19,8	19,6	19,4	19,9	20,2	20,6	20,1	19,4
Japan	30,7	29,6	28,1	27,9	27,7	27,5	28,6	30,0	31,0	32,2	31,8	30,5	29,2	28,2	27,8	28,5	28,1	26,9	26,2	26,3	25,7	24,1
USA <sup>2)</sup>	19,9	18,8	18,6	19,5	19,5	19,3	18,6	18,3	18,0	17,3	16,1	16,2	16,7	17,2	17,7	18,2	18,7	19,4	19,9	20,1	19,2	18,2

Q: OECD Main Economic Indicators. – 1) Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland. – 2) Ohne Investitionen des Staates.

### Übersicht 3: Investitionskennzahlen der Sachgütererzeugung: Investitionsintensität, Investitionsquote

Nach ÖNACE-Obergruppen

	Investitionsintensität						Investitionsquote					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Investitionen je Beschäftigte in €						Investitionen in % des Umsatzes					
Sachgütererzeugung insgesamt	9.657	11.650	12.858	13.021	12.008	12.690	5,6	6,4	6,6	6,5	5,8	5,9
Bergbau	22.299	35.246	38.740	16.453	27.974	45.031	4,9	6,7	4,7	2,4	3,8	6,4
Vorprodukte	11.547	13.862	13.276	13.466	12.470	13.379	6,9	7,9	7,1	6,9	6,4	6,6
Kraftfahrzeuge	12.261	15.371	16.559	15.236	19.171	38.886	4,2	5,1	5,5	4,6	6,1	11,4
Investitionsgüter	6.910	7.890	11.270	13.263	8.643	8.631	4,0	4,5	5,9	6,9	4,2	3,9
Dauerhafte Konsumgüter	6.008	5.159	6.733	6.943	4.760	5.742	4,9	4,2	5,1	5,0	3,6	4,4
Nahrungs- und Genussmittel	10.608	11.701	16.405	16.457	15.929	14.314	5,3	5,3	7,2	7,0	6,2	5,4
Nichtdauerhafte Konsumgüter	6.401	10.185	10.599	9.064	12.330	5.913	5,2	7,2	7,5	5,9	8,0	3,9

## Übersicht 4: Investitionsmotive in der Sachgütererzeugung

Nach ÖNACE-Obergruppen

	2002				2003			
	Ersatz alter Anlagen	Kapazitätsausweitung	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke	Ersatz alter Anlagen	Kapazitätsausweitung	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke
	Anteile an der Zahl der Beschäftigten in %							
Sachgütererzeugung insgesamt	36,4	20,7	28,9	14,0	34,2	22,2	30,3	13,3
Bergbau	50,0	0,0	16,7	33,3	33,3	16,7	16,7	33,3
Vorprodukte	34,8	21,1	28,5	15,6	32,7	22,3	30,1	14,9
Kraftfahrzeuge	33,3	31,1	24,4	11,1	34,3	34,3	22,8	8,6
Investitionsgüter	35,5	21,5	31,3	11,7	30,9	25,5	34,5	9,1
Dauerhafte Konsumgüter	50,8	11,5	27,9	9,8	49,1	12,7	27,3	10,9
Nahrungs- und Genussmittel	36,4	20,2	28,9	14,5	33,5	20,9	30,4	15,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter	40,2	19,5	30,2	10,1	42,8	18,6	28,6	10,0

## Übersicht 5: Struktur der Investitionen der Sachgütererzeugung

Nach ÖNACE-Obergruppen

	2001				2002				2003			
	Elektrotechnik und Elektronik		Umweltschutz	Bauten	Elektrotechnik und Elektronik		Umweltschutz	Bauten	Elektrotechnik und Elektronik		Umweltschutz	Bauten
	Produktion	Büro	Anteile in %		Produktion	Büro	Anteile in %		Produktion	Büro	Anteile in %	
Sachgütererzeugung insgesamt	16,42	3,81	2,12	14,63	13,43	3,63	2,14	15,38	10,96	3,75	2,08	10,45
Bergbau	0,01	0,65	0,00	39,26	0,03	0,36	0,00	0,00	0,01	1,20	0,00	0,00
Vorprodukte	7,95	2,13	3,05	15,47	7,01	2,26	2,89	18,19	8,74	2,50	3,26	11,65
Kraftfahrzeuge	1,76	2,56	1,85	10,85	1,33	2,23	1,32	5,80	0,46	1,36	0,45	7,22
Investitionsgüter	36,09	7,41	0,47	14,07	22,42	6,98	1,54	18,08	18,31	8,39	1,26	12,55
Dauerhafte Konsumgüter	2,92	5,99	1,01	23,93	9,79	9,45	0,99	11,95	5,98	6,68	0,94	8,33
Nahrungs- und Genussmittel	15,76	4,76	2,86	10,72	12,11	4,96	1,88	13,46	14,22	5,12	1,46	10,88
Nichtdauerhafte Konsumgüter	29,89	1,97	0,70	14,11	43,71	3,34	1,07	10,92	42,75	5,36	0,69	6,60

Differenz auf 100% entfällt auf sonstige Ausrüstungsinvestitionen (wie Maschinen, Fahrzeuge usw.).

Nachdem die Umsätze der Sachgütererzeuger im Vorjahr gegenüber 2001 stagnierten, erwarten die Unternehmen 2003 eine mäßige Ausweitung um 4,2%. Dieser Wert entspricht etwa dem Durchschnitt der letzten Jahre – in Zeiten guter Konjunktur betragen die jährlichen nominellen Umsatzsteigerungen 7% bis 8%.

Die Hersteller von Vorprodukten, Kraftfahrzeugen und Investitionsgütern gehen heuer von einer Zunahme der Umsätze aus. Auch die Erzeuger von Nahrungsmitteln rechnen mit Zuwächsen, wenngleich in geringerem Ausmaß als im letzten Jahr. Die Hersteller langlebiger Konsumgüter erwarten eine Stagnation. In den Bereichen Bergbau und kurzlebige Konsumgüter dürften die Umsätze unter dem Vorjahresergebnis bleiben.

Anders als für die Branchenobergruppen ergibt die Schätzung ein regional recht homogenes Bild: In allen Bundesländern sehen die Unternehmen eine Umsatzsteigerung um etwa 4% vor.

**Mäßige  
Umsatzsteigerungen**

### *Das Hochschätzungsverfahren für die Sachgütererzeugung*

Das vom WIFO im Bereich der Sachgütererzeugung angewandte Hochschätzungsverfahren (Quotientenverfahren) geht davon aus, dass das hochzuschätzende Merkmal (Investitionen, Umsätze) mit einem anderen, bekannten Merkmal (Beschäftigung in einer Branche) hoch korreliert ist. Für jede Branche<sup>1)</sup> werden aus der Stichprobe die durchschnittlichen Pro-Kopf-Investitionen und Pro-Kopf-Umsätze ermittelt. Diese werden mit der Zahl der Beschäftigten in der jeweiligen Branche multipliziert. Die Hochschätzungen auf Branchenebene werden zu Ergebnissen für die Obergruppen und die Sachgütererzeugung insgesamt aufsummiert.

Während für die Hochschätzung nach Fachverbänden nur ein Szenario errechnet wird, stützen sich die veröffentlichten Zahlen für Umsätze und Investitionen nach ÖNACE auf zwei Szenarien: Szenario 1 basiert auf allen erhobenen Datensätzen, während im zweiten Szenario "Ausreißer" nicht direkt in die Hochschätzung eingehen, sondern nach der Hochschätzung den Summen zugeschlagen werden<sup>2)</sup>.

Szenario 1 unterstellt, dass die vom Investitionstest erfassten Ausreißer repräsentativ für die Grundgesamtheit sind. Hingegen geht das Szenario 2 davon aus, dass der Investitionstest alle in Österreich realisierten Großprojekte erfasst. Beide Annahmen sind für sich genommen wenig plausibel. Die in den Übersichten ausgewiesenen Absolutbeträge und Veränderungsdaten basieren auf dem arithmetischen Mittel der beiden Szenarien. Dies unterstreicht auch, dass der WIFO-Investitionstest – wie alle statistischen Daten – kein exaktes Abbild der Wirklichkeit vermitteln kann, sondern eine Indikatorfunktion erfüllt.

Während die Behandlung von Ausreißern für Umsätze und Investitionen voneinander unabhängig erfolgt, wird sie innerhalb der Investitionsstruktur "Top-down" vorgenommen, d. h. Ausreißer in den gesamten Investitionen werden auch in den Subkategorien (wie etwa Bau- oder Umweltinvestitionen) als Ausreißer behandelt. Nochmals sei darauf hingewiesen, dass dieses neue Hochschätzungsverfahren vorerst nur für die Sachgütererzeugung nach ÖNACE angewandt wird und sich auf Umsätze und Investitionen beschränkt.

<sup>1)</sup> In der Regel ÖNACE-Zweisteller bzw. Fachverbände. – <sup>2)</sup> Umsätze bzw. Investitionsaufwendungen, die sich vom Branchendurchschnitt sowohl absolut als auch je Beschäftigte um mehr als das Doppelte der Standardabweichung unterscheiden.

### *Die Ermittlung der Bundesländerergebnisse für die Sachgütererzeugung*

Der Umfang des WIFO-Investitionstests erlaubt keine Hochschätzung von Ergebnissen auf Branchen- und Bundesländerebene. Daher werden die Informationen für die einzelnen Bundesländer aus der Hochschätzung für Österreich hergeleitet. Konkret werden die Hochschätzungen auf Branchenebene<sup>1)</sup> anhand der Beschäftigtenzahlen auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt. Aus der unterschiedlichen Branchenstruktur der Bundesländer ergeben sich die Unterschiede zwischen den Veränderungsdaten in den Bundesländern.

Das Verfahren konstruiert implizit für jede Branche ein österreichisches Durchschnittsunternehmen, welches dann auf die einzelnen Bundesländer projiziert wird. Regionale Unterschiede innerhalb einer Branche zwischen zwei Bundesländern werden dabei nur abgebildet, wenn sie sich in einer Veränderung der zur Berechnung verwendeten Beschäftigtenzahlen niederschlagen.

Die Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer sind nur als grobe Annäherung zu interpretieren.

<sup>1)</sup> Im Regelfall also ÖNACE-Zweisteller.

### Übersicht 6: Entwicklung der Investitionen und des Umsatzes der Sachgütererzeugung

Nach ÖNACE-Obergruppen

	5. Plan 2000 gegenüber 5. Plan 1999	Hochgeschätzte Investitionen		1. Plan 2003 gegenüber 3. Plan 2002
		4. Plan 2001 gegenüber 5. Plan 2000	3. Plan 2002 gegenüber 4. Plan 2001	
Veränderung in %				
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 10,8	+ 1,7	- 9,6	+ 5,7
Bergbau	+ 4,7	- 60,8	+ 68,9	+ 61,0
Vorprodukte	- 3,2	+ 2,0	- 7,7	+ 7,3
Kraftfahrzeuge	+ 11,6	- 3,9	+ 24,7	+102,8
Investitionsgüter	+ 45,4	+ 20,4	- 37,3	- 0,1
Dauerhafte Konsumgüter	+ 29,1	+ 0,6	- 35,4	+ 20,6
Nahrungs- und Genussmittel	+ 39,3	- 0,0	- 2,4	- 10,1
Nichtdauerhafte Konsumgüter	- 0,2	- 16,4	+ 26,8	- 52,0
Veränderung in %				
	5. Plan 2000 gegenüber 5. Plan 1999	Hochgeschätzte Umsätze		1. Plan 2003 gegenüber 3. Plan 2002
		4. Plan 2001 gegenüber 5. Plan 2000	3. Plan 2002 gegenüber 4. Plan 2001	
Veränderung in %				
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 7,5	+ 4,0	+ 0,7	+ 4,1
Bergbau	+ 49,0	- 23,2	+ 7,6	- 5,1
Vorprodukte	+ 8,0	+ 4,7	- 0,5	+ 3,9
Kraftfahrzeuge	+ 3,7	+ 12,8	- 5,7	+ 9,4
Investitionsgüter	+ 11,1	+ 4,0	+ 3,7	+ 7,7
Dauerhafte Konsumgüter	+ 6,6	+ 2,3	- 10,0	- 0,5
Nahrungs- und Genussmittel	+ 2,9	+ 3,5	+ 9,5	+ 3,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter	- 4,6	+ 5,4	- 6,1	- 2,3

### Übersicht 7: Investitionen und Umsätze in den Bundesländern

Nach ÖNACE, Sachgütererzeugung insgesamt

	5. Plan 2000 gegenüber 5. Plan 1999	Investitionen		1. Plan 2003 gegenüber 3. Plan 2002
		4. Plan 2001 gegenüber 5. Plan 2000	3. Plan 2002 gegenüber 4. Plan 2001	
Veränderung in %				
Österreich	+ 10,8	+ 1,7	- 9,6	+ 5,7
Wien	+ 14,8	- 2,0	- 20,1	- 0,9
Niederösterreich	+ 6,7	- 4,1	- 6,1	+ 2,3
Burgenland	+ 13,6	- 0,1	- 3,5	- 12,5
Steiermark	+ 7,2	+ 5,5	- 8,4	+ 16,8
Kärnten	+ 15,9	+ 4,2	- 15,2	+ 6,2
Oberösterreich	+ 10,1	+ 5,4	- 7,1	+ 10,4
Salzburg	+ 11,5	- 0,2	- 12,0	+ 1,5
Tirol	+ 12,1	+ 3,5	- 2,5	- 2,5
Vorarlberg	+ 19,3	+ 4,8	- 4,6	- 0,2
Veränderung in %				
	5. Plan 2000 gegenüber 5. Plan 1999	Umsätze		1. Plan 2003 gegenüber 3. Plan 2002
		4. Plan 2001 gegenüber 5. Plan 2000	3. Plan 2002 gegenüber 4. Plan 2001	
Veränderung in %				
Österreich	+ 7,5	+ 4,0	+ 0,7	+ 4,1
Wien	+ 6,1	- 0,8	- 5,5	+ 4,0
Niederösterreich	+ 8,7	+ 1,2	+ 3,8	+ 3,5
Burgenland	+ 4,9	+ 4,7	+ 6,6	+ 3,1
Steiermark	+ 7,0	+ 6,4	- 0,9	+ 4,8
Kärnten	+ 7,2	+ 5,9	+ 0,6	+ 4,8
Oberösterreich	+ 8,0	+ 5,9	+ 1,8	+ 4,5
Salzburg	+ 6,8	+ 3,3	+ 1,3	+ 4,3
Tirol	+ 9,9	+ 6,9	+ 4,5	+ 3,5
Vorarlberg	+ 6,2	+ 6,5	+ 1,7	+ 3,7

Veränderungsrate aus der Stichprobe (Schätzung ohne Hochrechnung).

Übersicht 8: Umfang der Erhebung in der Sachgütererzeugung

Nach ÖNACE-Obergruppen

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte 2002		Repräsentationsgrad In %
		Gemeldet	Insgesamt	
Sachgütererzeugung insgesamt	788	228.172	551.905	41,3
Bergbau	4	3.285	4.056	81,0
Vorprodukte	426	110.398	255.705	43,2
Kraftfahrzeuge	21	18.598	25.131	74,0
Investitionsgüter	127	57.778	120.065	48,1
Dauerhafte Konsumgüter	36	7.925	30.390	26,1
Nahrungs- und Genussmittel	73	13.247	62.203	21,3
Nichtdauerhafte Konsumgüter	101	16.941	54.355	31,2

**Bauwirtschaft investiert 2003 weniger als im Vorjahr**

Die Bauunternehmen werden 2003 nur zögerlich investieren. Die hochgeschätzten Pläne lassen – unter Einbeziehung einer sehr schwachen Konjunkturkomponente – Bruttoanlageinvestitionen von 580 Mio. € erwarten. Gegenüber einem bereits niedrigen Ausgangsniveau (vorläufiges Ergebnis 2002) ergibt sich damit ein Rückgang um 5%. Besonders vorsichtig formulierten die Hochbauanbieter ihre Ansätze. Die Unternehmen des Tiefbaus erwarten hingegen dank der verstärkten Infrastrukturaufträge eine etwas bessere Entwicklung.

Übersicht 9: Bruttoanlageinvestitionen der Bauwirtschaft

		2001	2002	2003
Nominell	Mio. €	700,0	612,0	580,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	- 19,2	- 12,6	- 5,2

Schätzung aus Unternehmerangaben unter Berücksichtigung des Revisionsverhaltens.

Die Bauwirtschaft investiert heuer vor allem in Maschinen und Geräte. Die erwartete leichte Belebung der Baunachfrage wird jedoch nicht ausreichen, um die Unternehmer zu einer Ausweitung ihres Maschinenparks zu bewegen: 65% der Unternehmen investieren in Ersatzbeschaffungen, 30% um zu rationalisieren und nur 5% zur Ausweitung ihrer Kapazitäten.

Die Investitionen der Bauwirtschaft werden 2003 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 5% zurückgehen. Im Vordergrund stehen die Investitionsmotive "Rationalisierung" und "Ersatzbeschaffungen". Die Bauproduktion sollte 2003 – getragen vom Tiefbau – leicht zunehmen (+1,2%).

Übersicht 10: Investitionspläne und ihre Revisionen

Bauwirtschaft

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Mio. €					
Herbst 1997	280					
Frühjahr 1998	342					
Herbst 1998	231	212				
Frühjahr 1999	439	407				
Herbst 1999		352	292			
Frühjahr 2000	461	566	415			
Herbst 2000			401	429		
Frühjahr 2001		701	607	421		
Herbst 2001				316	313	
Frühjahr 2002			866	504	421	
Herbst 2002					287	244

Neuberechnung einschließlich nachträglich eintreffender Meldungen.

Im Laufe des Jahres 2003 wird sich die Baunachfrage mit der Belebung der allgemeinen Konjunktur etwas bessern, die Bauproduktion kann leicht gesteigert werden (+1,2%). Die Erholung wird allerdings nur zögerlich in Gang kommen und vorwiegend vom Tiefbau getragen sein. Das "Konjunkturpaket" für die Bauwirtschaft wird heuer stärkere Auswirkungen zeigen, nachdem seine Impulse im Jahr 2002 nur langsam zu wirken begannen. Die Verlängerung der erhöhten vorzeitigen Abschreibung (10%

statt 7%) bis 2003 könnte die Nachfrage nach Industrie- und Gewerbebauten etwas stärken.

Der Wohnungsneubau ist auf ein sehr niedriges Niveau gesunken, nachhaltige Belegungstendenzen sind nicht zu erkennen. Die Bereitschaft, mehr in den privaten Wohnbau zu investieren, hängt auch vom Vertrauen der Konsumenten und von der Situation der Gesamtwirtschaft ab; vor dem Hintergrund der neuerlich verzögerten Konjunkturerholung verhalten sich die Investoren weiter zurückhaltend. Die forcierten Maßnahmen im Bereich der Wohnbauförderung zur thermisch-energetischen Sanierung, die im "Konjunkturpaket" als Impuls für die Bauwirtschaft angeregt wurden, schlagen sich in den Produktionszahlen noch nicht merklich nieder. Einige Bundesländer – vor allem Niederösterreich – haben die Ökologisierung ihrer Wohnbauförderung vorangetrieben, die Impulsprogramme laufen allmählich an.

### Übersicht 11: Kapazitätsauslastung

#### Bauwirtschaft

	Hochbau	Tiefbau	Insgesamt
	Durchschnittliche Kapazitätsauslastung im November in %		
1990	77	77	77
1991	76	77	76
1992	76	79	77
1993	77	78	77
1994	78	79	79
1995	80	78	80
1996	77	75	77
1997	77	79	77
1998	78	80	78
1999	79	84	79
2000	79	85	80
2001	80	82	80
2002	76	79	77

### Übersicht 12: Beurteilung der Investitionsziele

#### Bauwirtschaft

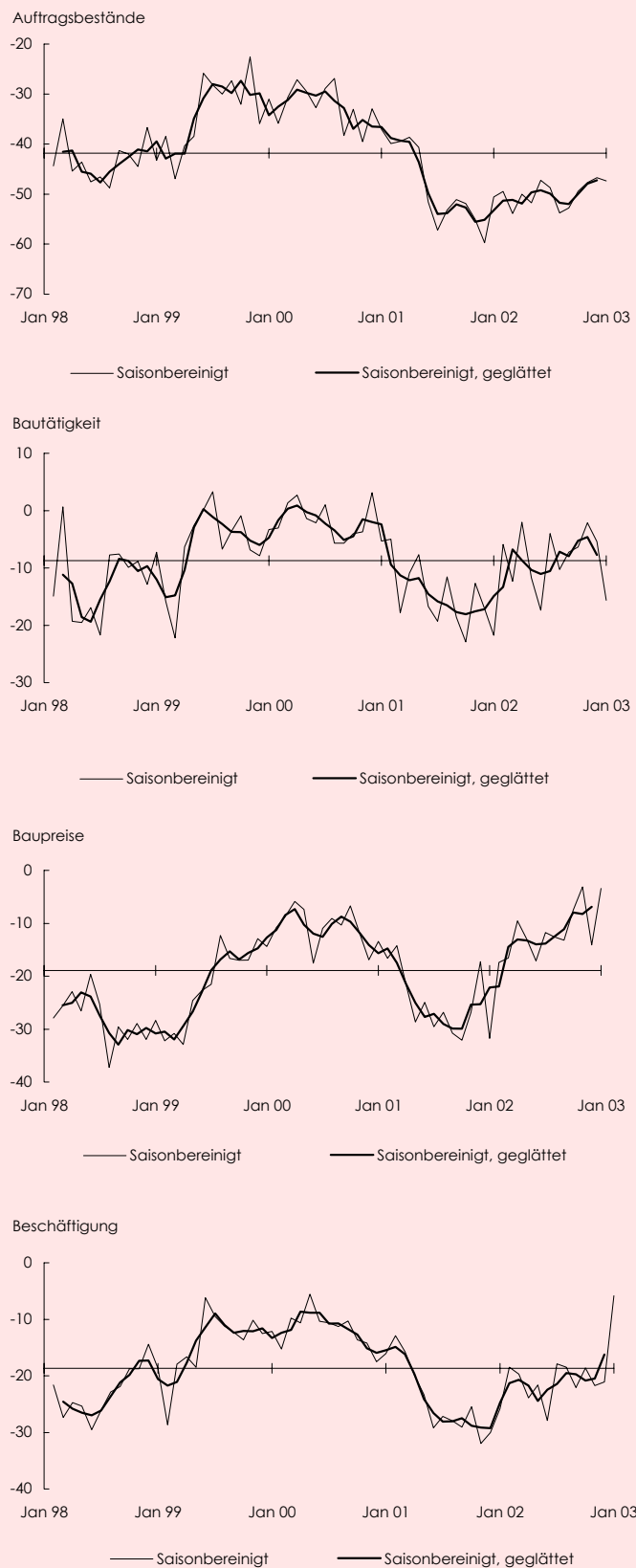
	Kapazitätserweiterung	Rationalisierung	Ersatzbeschaffung
	Anteile an der Zahl der Meldungen insgesamt in %		
1990	20	24	56
1991	21	19	60
1992	16	18	66
1993	8	27	65
1994	20	18	62
1995	5	23	72
1996	7	23	70
1997	3	26	71
1998	5	25	70
1999	6	21	73
2000	5	26	69
2001	5	28	67
2002	5	30	65

Die nun vorliegenden dritten Planangaben im Rahmen des WIFO-Investitionstests für 2002 zeigen, dass die Bauwirtschaft ihre Maschinen- und Geräteinvestitionen 2002 stärker kürzte als geplant und auch stärker als in den Jahren davor. Aufgrund der sehr schwachen Baukonjunktur und unter Einbeziehung der letzten Planrevision vom Herbst ist mit einem Volumen der Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2002 von 612 Mio. € zu rechnen. Der nominelle Rückgang um 10% ist etwas größer, als in der Frühjahrserhebung angenommen wurde. Die Investitionsbereitschaft der Bauindustrie, die von den Infrastrukturaufträgen der öffentlichen Hand profitiert, ist größer als die der Klein- und Mittelbetriebe. Die Tiefbauunternehmen weiteten ihre Maschinen- und Geräteinvestitionen 2002 stärker aus, während die Hochbauanbieter ihre Pläne deutlich nach unten revidierten.

**2002 stärkere  
Investitionskürzungen als  
in den Jahren davor**

Abbildung 3: Konjunkturschätzung in der Bauwirtschaft

Salden aus positiven und negativen Einschätzungen in % aller Meldungen, mittelwertbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest in Kooperation mit der Europäischen Kommission (DG-ECFIN).

Insgesamt stagnierten die realen Investitionen in Bauten 2002 auf dem Niveau von 2001. Die Bauwirtschaft war besonders in der ersten Jahreshälfte 2002 vom Konjunkturunbruch stärker betroffen als die Sachgüterproduktion. In der zweiten Jahreshälfte stabilisierte sich die Entwicklung vor allem dank der verstärkten Auftragsvergaben im Tiefbau. Nach der Flutkatastrophe vom August 2002 wurden Maßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden (insbesondere im Infrastrukturbereich) getroffen; dadurch verbesserte sich die Bauproduktion etwas. Die Investitionen in Straßen- und Bahnbauten stiegen, während im Wohnungsneubau die Talsohle erreicht sein dürfte. Im Baunebengewerbe ergaben sich hingegen weitere Einbußen.

Im Jahre 2002 waren um 6.800 Bauarbeiter weniger beschäftigt als im Jahr zuvor. Mit 240.000 Beschäftigten wurde in der Bauwirtschaft ein neuerlicher Tiefstand erreicht. Die Folge war eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit – im Jahresdurchschnitt wurde ein neuer Höchstwert von 43.000 Arbeitslosen erreicht. Dies geht vor allem auf die sehr schwache Auslastung der im Wohnbau tätigen Betriebe zurück. Die ungünstige Baukonjunktur spiegelt sich auch in den jüngsten Angaben zur Kapazitätsauslastung: Nach 80% im Jahr 2001 waren die Anlagen 2002 zu nur 77% ausgelastet. Auch hier war die Entwicklung im Hochbau ungünstiger als im Tiefbau.

Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen wollen 2003 um 18,9% mehr investieren als im Vorjahr. Dieser erste deutliche Anstieg seit 1997 deutet auf ein Ende der massiven Strukturanpassungen im Zuge der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes seit 2000 hin. Nach den jüngsten Plänen wird der Verbundkonzern um 4,9% mehr investieren, die Landesgesellschaften sehen eine Ausweitung um 21,9% vor.

Im Jahr 2002 investierten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen nach vorläufigen Ergebnissen insgesamt 548 Mio. € (627 Mio. €, –12,7% gegenüber 2001). Der Rückgang konzentrierte sich auf die Landesgesellschaften (–22,7%).

Für 2003 planen die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe eine deutliche Zunahme ihrer Investitionen um 31,1%. Damit dürfte das Niveau von 2000 wieder überschritten werden. Im Vorjahr verringerte dieser Bereich seine Investitionen gegenüber 2001 um 6,0% auf 562 Mio. €.

2002 investierten die Bauunternehmen nominell um 10% weniger als im Jahr davor. Die Baukonjunktur stabilisierte sich in der zweiten Jahreshälfte, vor allem dank verstärkter Auftragsvergaben im Tiefbau.

### Expansive Investitionspläne in der Elektrizitäts- wirtschaft und im Verkehrs- und Versorgungsbereich

#### Übersicht 13: Investitionen

##### Elektrizitätswirtschaft

	2000	2001	2002	2003	2001 – 2002 – 2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	Mio. €						
Erfasste Elektrizitätswirtschaft	729	627	548	651	– 13,9	– 12,7	+ 18,9
Verstaatlichte Elektrizitätswirtschaft	687	606	525	623	– 11,8	– 13,3	+ 18,6
Verbundkonzern	76	63	87	92	– 16,8	+ 38,4	+ 4,9
Landesgesellschaften	526	457	353	431	– 13,0	– 22,7	+ 21,9
Landeshauptstädtische EVU	85	85	84	101	+ 0,0	– 1,0	+ 19,4

#### Übersicht 14: Investitionen der städtischen Verkehrs- und Versorgungsbetriebe

	2000	2001	2002	2003	2001 – 2002 – 2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	Mio. €						
Erfasste Stadtwerke	605	598	562	736	– 1,1	– 6,0	+ 31,1
Gaswerke	153	149	115	140	– 2,6	– 23,2	+ 22,3
Wasserwerke	67	52	44	48	– 21,8	– 16,7	+ 10,6
Verkehrsbetriebe <sup>1)</sup>	288	281	288	435	– 2,5	+ 2,6	+ 51,0
Fernheizwerke	97	116	115	113	+ 19,5	– 0,2	– 2,0

<sup>1)</sup> Einschließlich der Aufwendungen für den Bau der U-Bahn in Wien.

## Literaturhinweise

- Falk, M., Schwarz, G., Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests, WIFO, Wien, Jänner 2003, <http://itkt.wifo.ac.at/>.
- Mankiw, N., Romer, D., Weil, D., "A Contribution to the Empirics of Economic Growth", Quarterly Journal of Economics, 1992, 107, S. 407-437.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2002/03: Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Wiesbaden, 2002, S. 316-336.
- Walterskirchen, E., "Schleppende Erholung im Jahr 2003. Prognose für 2003 und 2004", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(1), S. 3-13.

### *Investment Recovery Remains Uncertain Results of the WIFO Autumn 2002 Investment Survey – Summary*

According to the investment survey conducted in October-December 2002, fixed capital investment in manufacturing decreased by 9.6 percent in 2002 over the previous year and is expected to grow by 5.7 percent in 2003 (both in current prices). Expressed in constant prices the expected increase in investment is about 4.5 percent.

The investment recovery in manufacturing is subject to many risks and uncertainties. The expected increase, for instance, is nearly entirely attributable to the substantial jump in investment in the motor vehicles industry and – to a lesser extent – in the intermediate industry. It is unclear to what extent such plans will actually be implemented. The enterprises in the remaining industries are still extremely cautious about their plans for the current year 2003. Excluding the results for the motor vehicle industry, investment is expected to decrease by 1.8 percent in 2003. The share of investment in non-electronic machinery and equipment increased, while the share of both building investment and electronic equipment fell.

In the construction sector, investment spending fell sharply in 2002, with no sign of recovery in 2003. Here enterprises plan to reduce their investment by 5 percent in 2003 (in nominal terms).

Suppliers of electricity, gas, water and public transport announce a significant increase in investment spending for 2003. After five years of reductions in capital outlays, the survey results point to growth rates of 18.9 percent for electricity and 31.1 percent for gas, water and public transport.

# Anhang: Ergebnisse des WIFO-Investitionstests von Ende 2002

## Übersicht 1: Entwicklung der Investitionen und Umsätze

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Mio. €								
<i>Investitionen</i>									
Industrie nach Fachverbänden	3.890	4.693	4.433	4.103	5.097	5.327	5.471	4.896	6.031
Sachgütererzeugung nach ÖNACE	4.876	5.710	5.488	5.417	6.503	7.204	7.330	6.627	7.004
Real zu Preisen von 1995	4.876	5.698	5.461	5.353	6.381	7.022	7.062	6.348	6.632
Bauhauptgewerbe	302	393	432	461	701	866	700	612	580
Elektrizitätswirtschaft insgesamt	1.003	926	1.065	979	846	729	627	548	651
Verkehrs- und Versorgungsbetriebe	719	697	683	661	655	604	598	562	736
<i>Umsätze</i>									
Industrie nach Fachverbänden	69.366	66.857	70.747	74.758	78.530	84.781	86.759	87.421	91.075
Sachgütererzeugung nach ÖNACE	82.926	83.744	90.588	96.221	101.305	108.892	113.206	113.982	118.705
	Veränderung gegen das Vorjahr in %								
<i>Investitionen</i>									
Industrie nach Fachverbänden	+ 24,2	+ 20,7	- 5,5	- 7,5	+ 24,2	+ 4,5	+ 2,7	- 10,5	+ 23,2
Sachgütererzeugung nach ÖNACE	+ 6,1	+ 17,1	- 3,9	- 1,3	+ 20,0	+ 10,8	+ 1,7	- 9,6	+ 5,7
Real zu Preisen von 1995	+ 4,8	+ 16,9	- 4,2	- 2,0	+ 19,2	+ 10,0	+ 0,6	- 10,1	+ 4,5
Bauhauptgewerbe und Bauindustrie	+ 52,1	+ 30,0	+ 10,0	+ 6,7	+ 52,1	+ 23,6	- 19,2	- 12,6	- 5,2
Elektrizitätswirtschaft insgesamt	- 13,5	- 7,7	+ 15,0	- 8,1	- 13,5	- 13,9	- 13,9	- 12,7	+ 18,9
Verkehrs- und Versorgungsbetriebe	- 1,0	- 3,0	- 2,0	- 3,2	- 1,0	- 7,7	- 1,1	- 6,0	+ 31,1
<i>Umsätze</i>									
Industrie nach Fachverbänden	+ 5,0	- 3,6	+ 5,8	+ 5,7	+ 5,0	+ 8,0	+ 2,3	+ 0,8	+ 4,2
Sachgütererzeugung nach ÖNACE	+ 4,2	+ 1,0	+ 8,2	+ 6,2	+ 5,3	+ 7,5	+ 4,0	+ 0,7	+ 4,1

## Übersicht 2: Umfang der Erhebung

### Industrie nach Fachverbänden

	Gemeldet	Beschäftigte 2002 Insgesamt	Repräsentationsgrad In %
Industrie insgesamt	225.917	397.191	56,9
Bergwerke	1.139	2.720	41,9
Eisenhütten	13.070	13.477	97,0
NE-Metallindustrie	3.663	5.591	65,5
Stein- und keramische Industrie	8.721	19.028	45,8
Glasindustrie	7.370	10.582	69,6
Chemische Industrie, Erdölindustrie	27.391	45.351	60,4
Papierherstellende Industrie	5.897	9.064	65,1
Papierverarbeitende Industrie	4.692	8.644	54,3
Sägeindustrie	2.219	4.642	47,8
Holzverarbeitende Industrie	8.910	24.965	35,7
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	13.647	30.056	45,4
Lederherstellende Industrie	1.863	2.034	91,6
Lederverarbeitende Industrie	1.957	3.471	56,4
Textilindustrie	7.494	15.493	48,4
Bekleidungsindustrie	1.653	6.840	24,2
Gießereindustrie	3.842	8.324	46,2
Maschinen- und Stahlbauindustrie	33.020	60.867	54,2
Fahrzeugindustrie	16.198	27.872	58,1
Eisen- und Metallwarenindustrie	22.389	42.215	53,0
Elektroindustrie	40.782	55.955	72,9

Übersicht 3: Investitionsentwicklung

Industrie nach Fachverbänden

	1999 5. Plan	2000 5. Plan	2001 4. Plan	2002 3. Plan	2003 1. Plan	5. Plan 1999 gegen- über 5. Plan 1998	5. Plan 2000 gegen- über 5. Plan 1999	4. Plan 2001 gegen- über 5. Plan 2000	3. Plan 2002 gegen- über 4. Plan 2001	1. Plan 2003 gegen- über 3. Plan 2002
	Mio. € (hochgeschätzt)					Veränderung in %				
Industrie insgesamt	5.097	5.327	5.471	4.896	6.031	+ 24,2	+ 4,5	+ 2,7	- 10,5	+ 23,2
Basissektor	936	852	843	888	1.050	+ 6,2	- 9,0	- 1,1	+ 5,4	+ 18,3
Chemie	764	716	641	727	916	+ 45,7	- 6,4	- 10,4	+ 13,4	+ 25,9
Technische Verarbeitung	1.809	2.264	2.601	2.081	2.895	+ 17,7	+ 25,1	+ 14,9	- 20,0	+ 39,1
Bauzulieferung	1.001	745	635	492	482	+ 90,5	- 25,6	- 14,7	- 22,6	- 1,9
Traditionelle Konsumgüter	586	751	750	708	688	- 7,6	+ 28,2	- 0,1	- 5,7	- 2,8
Bergwerke	71	47	31	27	34	+ 62,4	- 34,2	- 33,0	- 13,6	+ 24,4
Erdölindustrie	238	251	105	165	254	+ 66,7	+ 5,5	- 58,2	+ 56,7	+ 54,3
Eisenhütten	266	209	256	247	288	- 10,2	- 21,6	+ 22,7	- 3,7	+ 16,6
NE-Metallindustrie	118	90	90	99	85	+ 89,2	- 23,3	- 0,9	+ 10,3	- 13,8
Stein- und keramische Industrie	215	170	142	138	208	- 5,0	- 20,9	- 16,6	- 2,9	+ 50,7
Glasindustrie	79	138	170	207	104	+ 3,9	+ 74,7	+ 23,5	+ 21,3	- 49,7
Chemische Industrie	764	716	641	727	916	+ 45,7	- 6,4	- 10,4	+ 13,4	+ 25,9
Papierherzeugende Industrie	176	183	281	232	298	- 33,5	+ 3,5	+ 53,8	- 17,4	+ 28,5
Papierverarbeitende Industrie	69	96	90	93	95	+ 2,8	+ 37,8	- 5,3	+ 2,6	+ 2,7
Sägeindustrie	488	235	115	47	40	+638,1	- 51,9	- 51,1	- 59,4	- 13,1
Holzverarbeitende Industrie	219	202	208	100	130	+ 39,6	- 7,7	+ 3,0	- 51,8	+ 29,6
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	389	519	530	492	473	+ 12,3	+ 33,3	+ 2,1	- 7,2	- 3,7
Lederherzeugende Industrie	8	10	14	13	6	- 59,2	+ 23,6	+ 41,8	- 4,4	- 55,9
Lederverarbeitende Industrie	8	9	9	11	6	+103,5	+ 3,5	- 1,7	+ 26,4	- 49,2
Textilindustrie	98	93	87	79	90	- 9,6	- 5,5	- 6,0	- 9,4	+ 14,2
Bekleidungsindustrie	12	25	20	20	18	- 85,8	+100,9	- 18,6	- 2,0	- 11,0
Gießereindustrie	66	72	80	119	92	- 5,8	+ 9,0	+ 10,2	+ 49,5	- 23,0
Maschinen- und Stahlbauindustrie	384	522	620	799	1.090	- 3,1	+ 35,9	+ 18,8	+ 28,9	+ 36,4
Fahrzeugindustrie	373	373	321	355	863	+ 36,9	- 0,2	- 14,0	+ 10,7	+143,2
Eisen- und Metallwarenindustrie	409	457	567	478	525	+ 3,9	+ 11,5	+ 24,3	- 15,8	+ 9,8
Elektroindustrie	642	913	1.093	449	417	+ 35,3	+ 42,1	+ 19,8	- 58,9	- 7,1

Übersicht 4: Revisionen der Investitionspläne 2002 und 2003

Industrie nach Fachverbänden

	1. Plan	2002 2. Plan	3. Plan	2003 1. Plan	2. Plan 2002 gegenüber 1. Plan 2002	3. Plan 2002 gegenüber 2. Plan 2002	3. Plan 2002 gegenüber 1. Plan 2002	3. Plan 2002 gegenüber 4. Plan 2001	1. Plan 2003 gegenüber 3. Plan 2002
	Mio. € (hochgeschätzt)				Veränderung in %				
Industrie insgesamt	5.268	4.846	4.896	6.031	- 8,0	+ 1,0	- 7,1	- 10,5	+ 23,2
Basissektor	824	778	888	1.050	- 5,5	+ 14,1	+ 7,8	+ 5,4	+ 18,3
Chemie	773	721	727	916	- 6,7	+ 0,8	- 5,9	+ 13,4	+ 25,9
Technische Verarbeitung	2.432	2.090	2.081	2.895	- 14,1	- 0,4	- 14,4	- 20,0	+ 39,1
Bauzulieferung	515	556	492	482	+ 7,9	- 11,5	- 4,5	- 22,6	- 1,9
Traditionelle Konsumgüter	725	701	708	688	- 3,4	+ 1,0	- 2,4	- 5,7	- 2,8
Bergwerke	35	30	27	34	- 16,2	- 8,1	- 23,0	- 13,6	+ 24,4
Erdölindustrie	208	112	165	254	- 46,1	+ 47,0	- 20,8	+ 56,7	+ 54,3
Eisenhütten	187	222	247	288	+ 18,8	+ 11,2	+ 32,1	- 3,7	+ 16,6
NE-Metallindustrie	75	98	99	85	+ 29,8	+ 1,1	+ 31,2	+ 10,3	- 13,8
Stein- und keramische Industrie	149	155	138	208	+ 4,5	- 11,3	- 7,3	- 2,9	+ 50,7
Glasindustrie	183	187	207	104	+ 2,0	+ 10,5	+ 12,7	+ 21,3	- 49,7
Chemische Industrie	773	721	727	916	- 6,7	+ 0,8	- 5,9	+ 13,4	+ 25,9
Papierherzeugende Industrie	225	229	232	298	+ 1,6	+ 1,3	+ 2,9	- 17,4	+ 28,5
Papierverarbeitende Industrie	71	62	93	95	- 13,1	+ 50,9	+ 31,2	+ 2,6	+ 2,7
Sägeindustrie	41	62	47	40	+ 53,2	- 25,4	+ 14,2	- 59,4	- 13,1
Holzverarbeitende Industrie	142	151	100	130	+ 6,3	- 33,4	- 29,2	- 51,8	+ 29,6
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	510	495	492	473	- 3,0	- 0,7	- 3,7	- 7,2	- 3,7
Lederherzeugende Industrie	4	14	13	6	+256,7	- 4,7	+239,8	- 4,4	- 55,9
Lederverarbeitende Industrie	8	9	11	6	+ 3,1	+ 27,0	+ 31,0	+ 26,4	- 49,2
Textilindustrie	100	97	79	90	- 2,8	- 18,6	- 20,9	- 9,4	+ 14,2
Bekleidungsindustrie	32	24	20	18	- 22,7	- 18,5	- 36,9	- 2,0	- 11,0
Gießereindustrie	93	88	119	92	- 5,3	+ 34,8	+ 27,6	+ 49,5	- 23,0
Maschinen- und Stahlbauindustrie	950	721	799	1.090	- 24,1	+ 10,8	- 15,9	+ 28,9	+ 36,4
Fahrzeugindustrie	371	363	355	863	- 2,2	- 2,1	- 4,2	+ 10,7	+143,2
Eisen- und Metallwarenindustrie	520	492	478	525	- 5,3	- 2,9	- 8,0	- 15,8	+ 9,8
Elektroindustrie	592	514	449	417	- 13,1	- 12,7	- 24,2	- 58,9	- 7,1

## Übersicht 5: Entwicklung des Umsatzes

## Industrie nach Fachverbänden

	1999 5. Plan	2000 5. Plan	2001 4. Plan	2002 3. Plan	2003 1. Plan	5. Plan 1999 gegen- über 5. Plan 1998	5. Plan 2000 gegen- über 5. Plan 1999	4. Plan 2001 gegen- über 5. Plan 2000	3. Plan 2002 gegen- über 4. Plan 2001	1. Plan 2003 gegen- über 3. Plan 2002
	Mio. € (hochgeschätzt)					Veränderung in %				
Industrie insgesamt	78.530	84.781	86.759	87.421	91.075	+ 5,0	+ 8,0	+ 2,3	+ 0,8	+ 4,2
Basissektor	12.418	15.642	15.058	14.250	14.358	+ 3,1	+ 26,0	- 3,7	- 5,4	+ 0,8
Chemie	9.247	9.554	9.765	9.602	9.955	+ 13,4	+ 3,3	+ 2,2	- 1,7	+ 3,7
Technische Verarbeitung	35.862	38.142	40.185	41.297	44.247	+ 3,5	+ 6,4	+ 5,4	+ 2,8	+ 7,1
Bauzulieferung	8.270	8.734	8.458	8.443	8.579	+ 5,0	+ 5,6	- 3,2	- 0,2	+ 1,6
Traditionelle Konsumgüter	12.733	12.708	13.293	13.829	13.936	+ 5,8	- 0,2	+ 4,6	+ 4,0	+ 0,8
Bergwerke	481	563	453	484	511	+ 7,4	+ 17,0	- 19,6	+ 6,8	+ 5,7
Erdölindustrie	3.325	5.200	3.987	3.903	3.665	+ 15,7	+ 56,4	- 23,3	- 2,1	- 6,1
Eisenhütten	2.788	2.882	2.892	3.129	3.100	- 1,9	+ 3,4	+ 0,3	+ 8,2	- 0,9
NE-Metallindustrie	1.756	2.417	3.004	2.088	2.142	- 8,3	+ 37,7	+ 24,3	- 30,5	+ 2,6
Stein- und keramische Industrie	2.868	2.826	2.693	3.027	3.082	+ 0,1	- 1,4	- 4,7	+ 12,4	+ 1,8
Glasindustrie	808	951	1.052	1.152	1.133	+ 6,6	+ 17,7	+ 10,6	+ 9,5	- 1,7
Chemische Industrie	9.247	9.554	9.765	9.602	9.955	+ 13,4	+ 3,3	+ 2,2	- 1,7	+ 3,7
Papierherstellende Industrie	3.207	3.653	3.747	3.519	3.744	+ 2,2	+ 13,9	+ 2,6	- 6,1	+ 6,4
Papierverarbeitende Industrie	1.480	1.528	1.628	1.855	1.869	+ 21,5	+ 3,2	+ 6,6	+ 13,9	+ 0,7
Sägeindustrie	1.403	1.683	1.349	1.056	1.122	+ 1,2	+ 19,9	- 19,8	- 21,8	+ 6,3
Holzverarbeitende Industrie	3.192	3.274	3.364	3.209	3.243	+ 11,4	+ 2,6	+ 2,7	- 4,6	+ 1,1
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	7.272	7.686	7.941	8.479	8.644	+ 12,3	+ 5,7	+ 3,3	+ 6,8	+ 2,0
Lederherstellende Industrie	302	354	449	482	481	- 4,3	+ 17,1	+ 26,9	+ 7,3	- 0,2
Lederverarbeitende Industrie	452	440	474	445	365	+ 5,0	- 2,6	+ 7,8	- 6,1	- 17,9
Textilindustrie	2.471	2.000	2.091	1.890	1.882	- 10,5	- 19,0	+ 4,6	- 9,6	- 0,5
Bekleidungsindustrie	756	700	709	678	694	- 10,1	- 7,4	+ 1,2	- 4,4	+ 2,5
Gießereindustrie	862	926	974	1.127	1.195	+ 4,9	+ 7,5	+ 5,2	+ 15,7	+ 6,0
Maschinen- und Stahlbauindustrie	11.995	13.027	13.334	15.218	16.420	- 3,2	+ 8,6	+ 2,4	+ 14,1	+ 7,9
Fahrzeugindustrie	6.191	6.092	7.189	7.187	8.070	+ 8,9	- 1,6	+ 18,0	- 0,0	+ 12,3
Eisen- und Metallwarenindustrie	6.225	6.463	6.891	6.817	7.121	- 1,8	+ 3,8	+ 6,6	- 1,1	+ 4,5
Elektroindustrie	11.451	12.560	12.771	12.074	12.637	+ 11,9	+ 9,7	+ 1,7	- 5,5	+ 4,7

## Übersicht 6: Investitionskennzahlen: Investitionsintensität, Investitionsquote

## Industrie nach Fachverbänden

	1999	Investitionsintensität Investitionen je Beschäftigte in €				1999	Investitionsquote Investitionen in % des Umsatzes			
	1999	2000	2001	2002	2003	1999	2000	2001	2002	2003
Industrie insgesamt	12.635	13.188	13.627	12.326	15.185	6,5	6,3	6,3	5,6	6,6
Basissektor	22.449	20.400	20.849	21.017	24.854	7,5	5,5	5,6	6,2	7,3
Chemie	17.433	16.672	15.150	17.202	21.659	8,3	7,5	6,6	7,6	9,2
Technische Verarbeitung	9.477	11.803	13.504	11.134	15.488	5,0	5,9	6,5	5,0	6,5
Bauzulieferung	17.597	12.649	10.946	8.302	8.145	12,1	8,5	7,5	5,8	5,6
Traditionelle Konsumgüter	8.366	10.950	11.026	10.637	10.344	4,6	5,9	5,6	5,1	4,9
Bergwerke	21.070	14.618	12.394	9.988	12.423	14,8	8,3	6,9	5,6	6,6
Erdölindustrie	65.939	71.283	31.568	53.361	82.337	7,2	4,8	2,6	4,2	6,9
Eisenhütten	19.386	15.434	21.258	18.327	21.372	9,6	7,3	8,9	7,9	9,3
NE-Metallindustrie	26.190	18.027	15.218	17.659	15.215	6,7	3,7	3,0	4,7	4,0
Stein- und keramische Industrie	12.291	9.863	8.365	7.247	10.918	7,5	6,0	5,3	4,6	6,7
Glasindustrie	10.151	16.252	18.102	19.536	9.826	9,8	14,5	16,2	18,0	9,2
Chemische Industrie	17.433	16.672	15.150	17.202	21.659	8,3	7,5	6,6	7,6	9,2
Papierherstellende Industrie	19.193	20.167	30.988	25.581	32.879	5,5	5,0	7,5	6,6	8,0
Papierverarbeitende Industrie	7.731	11.056	10.283	10.743	11.028	4,7	6,3	5,6	5,0	5,1
Sägeindustrie	77.085	31.894	19.752	10.036	8.724	34,8	13,9	8,5	4,4	3,6
Holzverarbeitende Industrie	8.665	7.840	8.057	4.021	5.212	6,9	6,2	6,2	3,1	4,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	13.155	17.367	17.838	16.355	15.749	5,4	6,8	6,7	5,8	5,5
Lederherstellende Industrie	4.703	5.430	7.283	6.573	2.899	2,6	2,8	3,1	2,8	1,2
Lederverarbeitende Industrie	2.172	2.414	2.439	3.125	1.588	1,9	2,0	1,8	2,4	1,5
Textilindustrie	5.499	5.466	5.254	5.114	5.840	4,0	4,7	4,2	4,2	4,8
Bekleidungsindustrie	1.553	3.274	2.708	2.905	2.585	1,6	3,6	2,9	2,9	2,6
Gießereindustrie	9.098	9.708	10.536	14.280	10.999	7,7	7,8	8,2	10,6	7,7
Maschinen- und Stahlbauindustrie	6.276	8.592	10.016	13.134	17.915	3,2	4,0	4,7	5,3	6,6
Fahrzeugindustrie	15.434	15.153	12.288	12.735	30.967	6,0	6,1	4,5	4,9	10,7
Eisen- und Metallwarenindustrie	8.899	9.749	12.597	11.321	12.426	6,6	7,1	8,2	7,0	7,4
Elektroindustrie	10.796	15.309	18.349	8.020	7.447	5,6	7,3	8,6	3,7	3,3

Übersicht 7: Struktur der Investitionen

Industrie nach Fachverbänden

	2002			2003			Bauten	Bauten
	Elektrotechnik und Elektronik		Umwelt-schutz	Elektrotechnik und Elektronik		Umwelt-schutz		
	Produktion	Büro	Produktion	Büro				
Anteile in %								
Industrie insgesamt	10,17	3,07	2,28	14,09	8,18	2,69	1,87	9,25
Basissektor	2,95	0,78	3,33	9,44	4,26	0,56	2,30	6,17
Chemie	6,67	1,69	3,28	8,56	8,52	1,69	4,41	5,71
Technische Verarbeitung	15,64	4,49	1,20	15,64	9,40	3,72	0,69	11,43
Bauzulieferung	5,32	3,19	3,13	28,07	4,80	3,54	3,79	12,58
Traditionelle Konsumgüter	13,74	4,33	2,04	13,91	14,64	4,32	1,14	10,01
Bergwerke	4,76	4,23	2,79	13,23	5,81	5,95	9,90	5,51
Erdölindustrie	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Eisenhütten	0,55	0,37	4,92	6,35	0,49	0,16	2,74	10,01
NE-Metallindustrie	1,74	0,21	2,54	11,22	1,11	0,12	1,52	2,42
Stein- und keramische Industrie	9,97	3,12	7,43	19,48	6,55	2,02	5,65	13,02
Glasindustrie	1,25	1,37	1,63	39,55	2,15	2,26	3,86	14,46
Chemische Industrie	6,67	1,69	3,28	8,56	8,52	1,69	4,41	5,71
Papiererzeugende Industrie	10,81	1,60	5,13	24,57	19,93	1,29	3,50	10,55
Papierverarbeitende Industrie	9,18	1,83	1,47	10,69	7,95	1,16	0,32	6,86
Sägeindustrie	10,67	2,01	4,00	14,50	7,06	3,61	3,14	6,00
Holzverarbeitende Industrie	10,25	11,34	1,05	5,35	5,21	7,80	1,01	11,36
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	15,53	4,78	1,65	14,28	16,96	4,74	1,19	11,22
Ledererzeugende Industrie	6,84	0,82	13,07	27,76	0,50	0,12	2,49	2,49
Lederverarbeitende Industrie	6,76	4,92	0,00	48,00	29,35	14,07	0,00	0,00
Textilindustrie	6,64	5,10	2,13	6,91	4,51	4,04	1,79	9,01
Bekleidungsindustrie	62,65	11,82	0,00	7,91	66,73	14,37	0,00	2,75
Gießereindustrie	1,20	2,48	1,89	5,11	1,25	2,55	6,74	6,21
Maschinen- und Stahlbauindustrie	3,72	3,43	1,52	21,62	2,40	3,19	0,82	18,64
Fahrzeugindustrie	1,61	3,82	1,78	6,08	0,38	1,88	0,55	0,58
Eisen- und Metallwarenindustrie	9,32	2,64	0,92	26,49	10,18	2,89	0,80	21,92
Elektroindustrie	47,82	8,03	0,54	4,66	46,17	10,11	0,60	7,66

Übersicht 8: Investitionsmotive

Industrie nach Fachverbänden

	2002				2003			
	Ersatz alter Anlagen	Kapazitäts-ausweitung	Rationali-sierung	Andere Investitions-zwecke	Ersatz alter Anlagen	Kapazitäts-ausweitung	Rationali-sierung	Andere Investitions-zwecke
	Anteile an der Zahl der Meldungen in %							
Industrie insgesamt	36,6	20,7	28,6	14,1	34,3	22,0	30,3	13,4
Basissektor	28,3	23,0	25,7	23,0	26,6	24,5	27,2	21,7
Chemie	30,5	22,8	28,6	18,1	28,6	25,5	29,6	16,3
Technische Verarbeitung	34,7	23,0	30,7	11,6	31,0	25,4	33,6	10,0
Bauzulieferung	45,3	15,1	27,1	12,5	44,4	14,2	28,9	12,5
Traditionelle Konsumgüter	40,4	18,6	27,7	13,3	39,5	19,0	27,9	13,6
Bergwerke	38,4	15,4	23,1	23,1	25,0	12,5	37,5	25,0
Erdölindustrie	50,0	0,0	0,0	50,0	33,3	33,3	0,0	33,4
Eisenhütten	25,0	21,4	28,6	25,0	26,3	21,1	26,3	26,3
NE-Metallindustrie	30,5	25,0	27,8	16,7	33,3	27,8	27,8	11,1
Stein- und keramische Industrie	44,6	13,9	26,7	14,8	43,9	13,4	25,6	17,1
Glasindustrie	34,8	26,1	17,4	21,7	31,8	18,2	31,8	18,2
Chemische Industrie	30,5	22,8	28,6	18,1	28,6	25,5	29,6	16,3
Papiererzeugende Industrie	32,1	25,0	14,3	28,6	29,2	20,8	20,8	29,2
Papierverarbeitende Industrie	46,4	17,9	25,0	10,7	39,5	26,3	23,7	10,5
Sägeindustrie	39,1	17,4	31,9	11,6	37,7	18,9	32,1	11,3
Holzverarbeitende Industrie	55,9	11,7	26,5	5,9	54,3	11,4	27,1	7,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	36,5	20,2	28,7	14,6	33,6	21,1	29,8	15,5
Ledererzeugende Industrie	22,2	11,1	33,3	33,4	28,6	0,0	28,6	42,8
Lederverarbeitende Industrie	35,7	14,3	28,6	21,4	40,0	10,0	30,0	20,0
Textilindustrie	41,4	20,0	24,3	14,3	47,2	17,0	24,5	11,3
Bekleidungsindustrie	55,9	11,8	32,3	0,0	64,0	8,0	28,0	0,0
Gießereindustrie	22,2	24,4	31,2	22,2	20,0	28,9	28,9	22,2
Maschinen- und Stahlbauindustrie	38,2	17,1	31,8	12,9	33,6	20,1	36,2	10,1
Fahrzeugindustrie	36,6	26,8	26,8	9,8	33,3	36,4	24,2	6,1
Eisen- und Metallwarenindustrie	32,2	26,0	29,8	12,0	29,8	25,4	32,6	12,2
Elektroindustrie	31,8	25,2	32,6	10,4	27,0	29,7	35,2	8,1

## Übersicht 9: Einflussfaktoren der Investitionen

Industrie, nach Fachverbandsobergruppen

	2002				2003			
	Welche Faktoren beeinflussen die Investitionen?							
	Positiv	Kein Einfluss	Behindernd	Keine Antwort	Positiv	Kein Einfluss	Behindernd	Keine Antwort
	Anteile an der Zahl der Meldungen in %							
<i>Industrie insgesamt</i>								
Nachfrage	46,9	18,0	13,5	21,6	45,2	13,5	11,0	30,3
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	32,5	26,5	17,8	23,2	28,2	22,6	17,4	31,8
Technische Faktoren	65,8	12,5	1,6	20,1	58,6	11,8	0,6	29,0
Andere Faktoren	10,9	20,0	3,1	66,0	10,4	18,5	2,3	68,8
<i>Basissektor</i>								
Nachfrage	59,7	21,0	3,2	16,1	59,7	14,5	4,8	21,0
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	35,5	30,7	17,7	16,1	37,1	27,4	16,1	19,4
Technische Faktoren	85,5	3,2	1,6	9,7	71,0	9,7	1,6	17,7
Andere Faktoren	19,4	27,4	0,0	53,2	16,1	27,4	1,6	54,9
<i>Chemie</i>								
Nachfrage	53,5	17,8	10,9	17,8	49,5	13,9	10,9	25,7
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	38,6	26,8	16,8	17,8	34,7	22,8	15,8	26,7
Technische Faktoren	59,4	18,8	0,0	21,8	55,5	18,8	0,0	25,7
Andere Faktoren	13,9	21,8	4,0	60,4	15,8	14,9	3,0	66,3
<i>Technische Verarbeitung</i>								
Nachfrage	50,5	16,4	14,5	18,6	46,9	11,7	11,6	29,8
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	31,6	28,0	19,3	21,1	28,0	20,0	19,3	32,7
Technische Faktoren	66,6	13,8	1,8	17,8	59,6	9,8	1,1	29,5
Andere Faktoren	9,5	21,4	3,6	65,5	8,7	20,4	2,5	68,4
<i>Bauzulieferung</i>								
Nachfrage	32,7	21,1	19,7	26,5	38,8	15,6	16,3	29,3
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	32,6	24,5	17,7	25,2	28,6	23,1	17,0	31,3
Technische Faktoren	64,6	10,9	1,4	23,1	63,2	10,9	0,0	25,9
Andere Faktoren	8,2	14,3	4,7	72,8	10,9	13,6	3,4	72,1
<i>Traditionelle Konsumgüter</i>								
Nachfrage	44,9	17,3	11,9	25,9	40,5	14,1	8,1	37,3
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	29,2	24,3	16,2	30,3	21,6	24,3	16,2	37,9
Technische Faktoren	62,7	11,3	2,2	23,8	50,8	12,4	0,6	36,2
Andere Faktoren	10,8	18,9	1,6	68,7	7,5	18,4	1,1	73,0

Übersicht 10: Kapazitätserweiterung und Kapazitätsauslastung, Tendenz des Beschäftigtenstandes, Energieverbrauch

Industrie nach Fachverbänden

	1999 2000 2001 2002 2003 <sup>1)</sup>					2001 2002		2003			2002			2003		
	Durchschnittliche Kapazitätsveränderung (bezogen auf den gesamten Industriezweig)					Durchschnittliche Kapazitätsauslastung im November		Beschäftigtenstand			Energieverbrauch					
	In %					In %		Steigend	Gleichbleibend	Sinkend	Steigend	Gleichbleibend	Sinkend	Steigend	Gleichbleibend	Sinkend
	Anteile an der Zahl der Meldungen in %															
Industrie insgesamt	+ 2,1	+ 3,4	+ 3,0	+ 1,9	+ 2,1	84	83	13,9	61,8	24,3	20,2	68,6	11,2	19,9	70,2	9,9
Basissektor	+ 3,8	+ 2,6	+ 5,5	+ 3,4	+ 5,3	90	89	20,0	50,0	30,0	18,3	70,0	11,7	33,9	61,0	5,1
Chemie	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,4	+ 0,6	83	83	17,9	63,2	18,9	19,2	74,7	6,1	20,2	69,7	10,1
Technische Verarbeitung	+ 2,6	+ 5,1	+ 4,0	+ 2,2	+ 3,8	85	84	20,9	57,0	22,1	25,1	64,3	10,6	24,6	68,4	7,0
Bauzulieferung	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8	83	82	2,9	68,3	28,8	13,0	77,6	9,4	13,1	76,7	10,2
Traditionelle Konsumgüter	+ 0,6	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,1	- 0,2	80	79	8,1	67,2	24,7	19,8	63,9	16,3	13,3	71,1	15,6
Bergwerke	+ 2,4	+ 1,1	+ 16,5	+ 6,7	+ 6,2	82	85	0,0	50,0	50,0	16,7	66,7	16,6	50,0	50,0	0,0
Erdölindustrie	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,5	90	90	0,0	0,0	100,0	0,0	100,0	0,0	0,0	100,0	0,0
Eisenhütten	+ 1,7	+ 1,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,6	95	93	10,0	50,0	40,0	20,0	70,0	10,0	22,2	55,6	22,2
NE-Metallindustrie	+ 4,1	+ 4,9	+ 4,6	+ 4,6	+ 6,4	91	91	33,3	40,0	26,7	26,7	60,0	13,3	53,3	40,0	6,7
Stein- und keramische Industrie	- 0,5	+ 1,7	- 2,0	- 0,9	+ 0,3	80	80	2,2	64,5	33,3	8,9	73,3	17,8	13,3	73,4	13,3
Glasindustrie	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,1	+ 5,1	+ 4,4	85	87	12,5	75,0	12,5	33,3	66,7	0,0	22,2	66,7	11,1
Chemische Industrie	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,4	+ 0,6	83	83	17,9	63,2	18,9	19,2	74,7	6,1	20,2	69,7	10,1
Papiererzeugende Industrie	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,3	96	95	9,1	90,9	0,0	27,3	54,5	18,2	27,3	72,7	0,0
Papierverarbeitende Industrie	+ 2,4	+ 6,5	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,1	87	88	10,7	67,9	21,4	24,1	65,5	10,4	10,3	86,2	3,5
Sägeindustrie	+ 2,5	+ 2,9	+ 1,0	+ 0,5	- 0,6	81	82	2,7	78,4	18,9	16,2	78,4	5,4	16,7	75,0	8,3
Holzverarbeitende Industrie	+ 3,0	+ 0,7	+ 2,3	+ 0,9	+ 2,2	87	85	2,1	63,8	34,1	11,1	82,2	6,7	8,9	84,4	6,7
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	+ 3,1	+ 3,1	+ 4,2	+ 3,1	+ 1,3	76	77	8,6	72,8	18,6	26,9	64,2	8,9	21,4	65,7	12,9
Ledererzeugende Industrie	+ 7,6	+ 7,0	+ 12,0	+ 0,0	- 0,8	79	73	0,0	83,3	16,7	16,7	50,0	33,3	0,0	83,3	16,7
Lederverarbeitende Industrie	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 6,1	- 11,3	95	90	0,0	57,1	42,9	0,0	57,1	42,9	0,0	33,3	66,7
Textilindustrie	- 1,6	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	+ 0,7	77	75	10,2	59,0	30,8	18,0	64,1	17,9	12,8	69,2	18,0
Bekleidungsindustrie	- 3,8	+ 3,5	- 1,9	- 4,0	- 2,8	81	76	4,2	62,5	33,3	4,2	66,7	29,1	0,0	78,3	21,7
Gießereindustrie	+ 6,2	+ 2,3	+ 6,4	+ 0,9	+ 6,4	86	83	31,3	37,5	31,2	6,3	87,5	6,2	25,0	75,0	0,0
Maschinen- und Stahlbauindustrie	- 0,5	+ 2,9	+ 2,4	- 0,3	+ 4,1	86	85	21,2	54,1	24,7	20,0	68,2	11,8	20,9	66,3	12,8
Fahrzeugindustrie	+ 2,1	+ 3,6	+ 6,3	+ 4,5	+ 3,6	79	78	26,3	52,6	21,1	16,7	72,2	11,1	15,8	73,7	10,5
Eisen- und Metallwarenindustrie	+ 3,3	+ 5,7	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,5	85	85	18,5	64,1	17,4	28,3	63,0	8,7	33,7	64,0	2,3
Elektroindustrie	+ 5,3	+ 8,3	+ 6,3	+ 3,6	+ 5,6	86	83	24,1	51,7	24,2	30,4	57,1	12,5	20,7	74,1	5,2

1) Prognose.

Übersicht 11: Verwendete Sektorgliederung nach ÖNACE

Sachgütererzeugung insgesamt

Bergbau

- 10 Kohlenbergbau, Torfgewinnung
- 11 Erdöl-, Erdgasbergbau und damit verbundene Dienstleistungen
- 12 Bergbau auf Uran- und Thoriumerze
- 23 Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen

Vorprodukte

- 13 Erzbergbau
- 14 Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau
- 20 Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Möbel)
- 21 Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe
- 24 Chemikalien und chemische Erzeugnisse
- 25 Gummi- und Kunststoffwaren
- 26 Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden
- 27 Metallerzeugung und -bearbeitung
- 28 Metallerzeugnisse
- 31 Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.
- 37 Rückgewinnung

Kraftfahrzeuge

- 34 Kraftwagen und Kraftwagenteile

Investitionsgüter

- 29 Maschinenbau
- 30 Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und Einrichtungen
- 32 Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik
- 33 Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik
- 35 Sonstiger Fahrzeugbau

Dauerhafte Konsumgüter

- 36 Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse

Nahrungs- und Genussmittel

- 15, 16 Nahrungs- und Genussmittel, Getränke, Tabakverarbeitung

Nichtdauerhafte Konsumgüter

- 17 Textilien und Textilwaren (ohne Bekleidung)
- 18 Bekleidung
- 19 Ledererzeugung und -verarbeitung
- 22 Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern

**Übersicht 12: Entwicklung der Investitionen**

Nach ÖNACE-Obergruppen

	1999	2000	2001	2002	2003	5. Plan 2000 gegenüber 5. Plan 1999	4. Plan 2001 gegenüber 5. Plan 2000	3. Plan 2002 gegenüber 4. Plan 2001	1. Plan 2003 gegenüber 3. Plan 2002
	Mio. €					Veränderung in %			
Sachgütererzeugung insgesamt	6.503	7.204	7.330	6.627	7.004	+ 10,8	+ 1,7	- 9,6	+ 5,7
Bergbau	164	171	67	113	183	+ 4,7	- 60,8	+ 68,9	+ 61,0
Vorprodukte	3.498	3.386	3.454	3.189	3.421	- 3,2	+ 2,0	- 7,7	+ 7,3
Kraftfahrzeuge	360	402	386	482	977	+ 11,6	- 3,9	+ 24,7	+102,8
Investitionsgüter	945	1.374	1.654	1.038	1.036	+ 45,4	+ 20,4	- 37,3	- 0,1
Dauerhafte Konsumgüter	172	223	224	145	175	+ 29,1	+ 0,6	- 35,4	+ 20,6
Nahrungs- und Genussmittel	729	1.016	1.016	991	890	+ 39,3	- 0,0	- 2,4	- 10,1
Nichtdauerhafte Konsumgüter	634	632	529	670	321	- 0,2	- 16,4	+ 26,8	- 52,0

**Übersicht 13: Entwicklung der Umsätze**

Nach ÖNACE-Obergruppen

	1999	2000	2001	2002	2003	5. Plan 2000 gegenüber 5. Plan 1999	4. Plan 2001 gegenüber 5. Plan 2000	3. Plan 2002 gegenüber 4. Plan 2001	1. Plan 2003 gegenüber 3. Plan 2002
	Mio. €					Veränderung in %			
Sachgütererzeugung insgesamt	101.305	108.892	113.206	113.982	118.705	+ 7,5	+ 4,0	+ 0,7	+ 4,1
Bergbau	2.441	3.636	2.793	3.007	2.855	+ 49,0	- 23,2	+ 7,6	- 5,1
Vorprodukte	44.239	47.790	50.033	49.773	51.724	+ 8,0	+ 4,7	- 0,5	+ 3,9
Kraftfahrzeuge	7.109	7.373	8.319	7.846	8.584	+ 3,7	+ 12,8	- 5,7	+ 9,4
Investitionsgüter	20.842	23.165	24.086	24.987	26.902	+ 11,1	+ 4,0	+ 3,7	+ 7,7
Dauerhafte Konsumgüter	4.103	4.372	4.471	4.025	4.003	+ 6,6	+ 2,3	- 10,0	- 0,5
Nahrungs- und Genussmittel	13.720	14.112	14.603	15.990	16.473	+ 2,9	+ 3,5	+ 9,5	+ 3,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter	8.851	8.444	8.901	8.354	8.164	- 4,6	+ 5,4	- 6,1	- 2,3

**Übersicht 14: Investitionskennzahlen: Investitionsintensität, Investitionsquote**

Nach ÖNACE-Obergruppen

	1999	Investitionsintensität				2003	1999	Investitionsquote			
		2000	2001	2002	2003			2000	2001	2002	2003
		Investitionen je Beschäftigte in €					Investitionen in % des Umsatzes				
Sachgütererzeugung insgesamt	11.650	12.858	13.021	12.008	12.690	6,4	6,6	6,5	5,8	5,9	
Bergbau	35.246	38.740	16.453	27.974	45.031	6,7	4,7	2,4	3,8	6,4	
Vorprodukte	13.862	13.276	13.466	12.470	13.379	7,9	7,1	6,9	6,4	6,6	
Kraftfahrzeuge	15.371	16.559	15.236	19.171	38.886	5,1	5,5	4,6	6,1	11,4	
Investitionsgüter	7.890	11.270	13.263	8.643	8.631	4,5	5,9	6,9	4,2	3,9	
Dauerhafte Konsumgüter	5.159	6.733	6.943	4.760	5.742	4,2	5,1	5,0	3,6	4,4	
Nahrungs- und Genussmittel	11.701	16.405	16.457	15.929	14.314	5,3	7,2	7,0	6,2	5,4	
Nichtdauerhafte Konsumgüter	10.185	10.599	9.064	12.330	5.913	7,2	7,5	5,9	8,0	3,9	

**Übersicht 15: Struktur der Investitionen**

Nach ÖNACE-Obergruppen

	2002				2003			
	Elektrotechnik und Elektronik		Umwelt- schutz	Bauten	Elektrotechnik und Elektronik		Umwelt- schutz	Bauten
	Produktion	Büro		Produktion	Büro			
	Anteile in %							
Sachgütererzeugung insgesamt	13,43	3,63	2,14	15,38	10,96	3,75	2,08	10,45
Bergbau	0,03	0,36	0,00	0,00	0,01	1,20	0,00	0,00
Vorprodukte	7,01	2,26	2,89	18,19	8,74	2,50	3,26	11,65
Kraftfahrzeuge	1,33	2,23	1,32	5,80	0,46	1,36	0,45	7,22
Investitionsgüter	22,42	6,98	1,54	18,08	18,31	8,39	1,26	12,55
Dauerhafte Konsumgüter	9,79	9,45	0,99	11,95	5,98	6,68	0,94	8,33
Nahrungs- und Genussmittel	12,11	4,96	1,88	13,46	14,22	5,12	1,46	10,88
Nichtdauerhafte Konsumgüter	43,71	3,34	1,07	10,92	42,75	5,36	0,69	6,60

Übersicht 16: Investitionsmotive

Nach ÖNACE-Obergruppen

	2002				2003			
	Ersatz alter Anlagen	Kapazitätsausweitung	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke	Ersatz alter Anlagen	Kapazitätsausweitung	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke
	Anteile an der Zahl der Meldungen in %							
Sachgütererzeugung insgesamt	36,4	20,7	28,9	14,0	34,2	22,2	30,3	13,3
Bergbau	50,0	0,0	16,7	33,3	33,3	16,7	16,7	33,3
Vorprodukte	34,8	21,1	28,5	15,6	32,7	22,3	30,1	14,9
Kraftfahrzeuge	33,3	31,1	24,4	11,1	34,3	34,3	22,8	8,6
Investitionsgüter	35,5	21,5	31,3	11,7	30,9	25,5	34,5	9,1
Dauerhafte Konsumgüter	50,8	11,5	27,9	9,8	49,1	12,7	27,3	10,9
Nahrungs- und Genussmittel	36,4	20,2	28,9	14,5	33,5	20,9	30,4	15,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter	40,2	19,5	30,2	10,1	42,8	18,6	28,6	10,0

Übersicht 17: Einflussfaktoren der Investitionen

Nach ÖNACE-Obergruppen

	2002				2003			
	Positiv	Kein Einfluss	Behindernd	Keine Antwort	Positiv	Kein Einfluss	Behindernd	Keine Antwort
	Welche Faktoren beeinflussen die Investitionen? Anteile an der Zahl der Meldungen in %							
Sachgütererzeugung insgesamt								
Nachfrage	47,0	17,9	13,8	21,3	45,3	13,6	11,3	29,8
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	32,4	26,1	18,1	23,4	28,2	22,6	17,7	31,5
Technische Faktoren	66,1	12,5	1,5	19,9	58,4	12,1	0,6	28,9
Andere Faktoren	10,9	19,9	3,1	66,1	10,0	18,5	2,3	69,2
Bergbau								
Nachfrage	0,0	25,0	0,0	75,0	0,0	25,0	0,0	75,0
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	0,0	25,0	0,0	75,0	0,0	25,0	0,0	75,0
Technische Faktoren	0,0	50,0	0,0	50,0	50,0	0,0	0,0	50,0
Andere Faktoren	25,0	0,0	0,0	75,0	25,0	0,0	0,0	75,0
Vorprodukte								
Nachfrage	49,1	17,4	13,6	19,9	48,6	12,2	11,0	28,2
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	32,9	27,7	18,8	20,6	30,0	22,8	16,7	30,5
Technische Faktoren	67,8	10,8	1,9	19,5	60,3	10,3	1,2	28,2
Andere Faktoren	10,3	19,5	3,3	66,9	9,8	17,6	2,6	70,0
Kraftfahrzeuge								
Nachfrage	47,6	9,5	19,1	23,8	33,3	14,3	14,3	38,1
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	14,3	19,0	23,8	42,9	14,3	9,5	28,6	47,6
Technische Faktoren	38,1	23,8	0,0	38,1	28,6	23,8	0,0	47,6
Andere Faktoren	4,8	28,6	9,5	57,1	4,8	23,8	9,5	61,9
Investitionsgüter								
Nachfrage	52,0	17,3	14,2	16,5	48,8	11,8	13,4	26,0
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	39,4	29,1	15,0	16,5	32,3	23,6	16,5	27,6
Technische Faktoren	68,5	15,7	1,6	14,2	63,8	11,8	0,0	24,4
Andere Faktoren	11,8	21,3	3,1	63,8	11,8	20,5	1,6	66,1
Dauerhafte Konsumgüter								
Nachfrage	27,7	27,8	13,9	30,6	33,3	27,8	11,1	27,8
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	33,3	22,2	19,5	25,0	30,6	25,0	22,2	22,2
Technische Faktoren	75,0	8,3	0,0	16,7	75,0	13,9	0,0	11,1
Andere Faktoren	8,3	19,4	2,8	69,5	13,9	13,9	2,8	69,4
Nahrungs- und Genussmittel								
Nachfrage	50,7	19,2	6,8	23,3	48,0	17,8	4,1	30,1
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	28,8	26,0	11,0	34,2	24,7	27,4	13,7	34,2
Technische Faktoren	67,1	8,2	1,4	23,3	61,6	11,0	0,0	27,4
Andere Faktoren	10,9	17,8	1,4	69,9	10,9	17,8	1,4	69,9
Nichtdauerhafte Konsumgüter								
Nachfrage	37,6	17,8	18,8	25,8	33,7	12,9	14,8	38,6
Finanzengpass bzw. Gewinnlage	28,7	18,8	23,8	28,7	20,8	18,8	23,8	36,6
Technische Faktoren	58,4	17,8	1,0	22,8	41,6	17,8	0,0	40,6
Andere Faktoren	13,8	20,8	2,0	63,4	6,9	21,8	1,0	70,3

**Übersicht 18: Kapazitätserweiterung und Kapazitätsauslastung, Tendenz des Beschäftigtenstandes, Energieverbrauch**

Nach ÖNACE-Obergruppen

	1999 2000 2001 2002 <sup>1)</sup> 2003 <sup>1)</sup>					2001 2002		2003			2002			2003		
	Durchschnittliche Kapazitätsveränderung (bezogen auf den gesamten Industriezweig)					Durchschnittliche Kapazitäts- auslastung im November		Beschäftigtenstand			Energieverbrauch			Gleich- bleibend-		
	In %					In %		Steigend	Gleich- bleibend	Sinkend	Steigend	Gleich- bleibend	Sinkend	Steigend	Gleich- bleibend-	Sinkend
	Anteile an der Zahl der Meldungen in %															
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,1	84	83	14,1	61,4	24,5	20,5	68,6	10,9	20,4	69,9	9,7
Bergbau	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,7	88	88	0,0	0,0	100,0	0,0	100,0	0,0	0,0	100,0	0,0
Vorprodukte	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,4	85	85	13,4	63,0	23,6	21,7	69,4	8,9	23,5	69,1	7,4
Kraftfahrzeuge	+ 3,9	+ 4,4	+ 6,1	+ 2,9	+ 3,2	81	80	33,3	50,0	16,7	17,6	76,5	5,9	11,1	77,8	11,1
Investitionsgüter	+ 1,5	+ 6,9	+ 3,9	+ 1,7	+ 4,3	85	85	23,9	58,1	18,0	22,4	66,4	11,2	20,0	69,6	10,4
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,5	- 1,1	+ 0,0	86	80	2,8	58,3	38,9	2,9	77,1	20,0	8,6	80,0	11,4
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,1	+ 2,9	+ 4,5	+ 3,1	+ 0,8	76	77	8,7	72,5	18,8	25,8	65,1	9,1	20,3	66,7	13,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter	- 0,3	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,4	- 0,6	82	79	10,1	56,6	33,3	17,2	64,6	18,2	14,4	70,1	15,5

<sup>1)</sup> Prognose.

**Übersicht 19: Investitionen und Umsätze in den Bundesländern**

Nach ÖNACE, Sachgütererzeugung insgesamt

	Investitionen				Umsätze			
	5. Plan 2000 gegenüber 5. Plan 1999	4. Plan 2001 gegenüber 5. Plan 2000	3. Plan 2002 gegenüber 4. Plan 2001	1. Plan 2003 gegenüber 3. Plan 2002	5. Plan 2000 gegenüber 5. Plan 1999	4. Plan 2001 gegenüber 5. Plan 2000	3. Plan 2002 gegenüber 4. Plan 2001	1. Plan 2003 gegenüber 3. Plan 2002
	Veränderung in %							
Österreich	+ 10,8	+ 1,7	- 9,6	+ 5,7	+ 7,5	+ 4,0	+ 0,7	+ 4,1
Wien	+ 14,8	- 2,0	- 20,1	- 0,9	+ 6,1	- 0,8	- 5,5	+ 4,0
Niederösterreich	+ 6,7	- 4,1	- 6,1	+ 2,3	+ 8,7	+ 1,2	+ 3,8	+ 3,5
Burgenland	+ 13,6	- 0,1	- 3,5	- 12,5	+ 4,9	+ 4,7	+ 6,6	+ 3,1
Steiermark	+ 7,2	+ 5,5	- 8,4	+ 16,8	+ 7,0	+ 6,4	- 0,9	+ 4,8
Kärnten	+ 15,9	+ 4,2	- 15,2	+ 6,2	+ 7,2	+ 5,9	+ 0,6	+ 4,8
Oberösterreich	+ 10,1	+ 5,4	- 7,1	+ 10,4	+ 8,0	+ 5,9	+ 1,8	+ 4,5
Salzburg	+ 11,5	- 0,2	- 12,0	+ 1,5	+ 6,8	+ 3,3	+ 1,3	+ 4,3
Tirol	+ 12,1	+ 3,5	- 2,5	- 2,5	+ 9,9	+ 6,9	+ 4,5	+ 3,5
Vorarlberg	+ 19,3	+ 4,8	- 4,6	- 0,2	+ 6,2	+ 6,5	+ 1,7	+ 3,7

Änderungsrate aus der Stichprobe (Schätzung ohne Hochrechnung).

## VORTRÄGE • LECTURES

- |         |   |
|---------|---|
| 86/2001 | <b>Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft 2000/01 und aktuelle agrarpolitische Fragen</b><br><i>Matthias Schneider</i> |
| 87/2001 | <b>Reorganisation von Staatsaufgaben am Beispiel der Infrastrukturegulierung</b><br><i>Norbert Knoll</i>                  |
| 88/2001 | <b>Österreichs Wirtschaft – Betrachtungen zur Jahreswende 2001/02</b><br><i>Helmut Kramer</i>                             |
| 89/2002 | <b>Österreichs Wirtschaft – Betrachtungen zur Jahreswende 2002/03</b><br><i>Helmut Kramer</i>                             |

Kostenloser Download: [http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search?p\\_typeid=1&p\\_language=1&p\\_type=0](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search?p_typeid=1&p_language=1&p_type=0)

Franz R. Hahn

## Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung ("Basel II") aus makroökonomischer Sicht

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und die EU-Kommission haben weitgehend übereinstimmende Vorschläge zur Reform der Eigenkapitalvorschriften für Banken vorgelegt ("Basel II"). Der neue Rahmen der Eigenkapitalregulierung besteht aus risikosensitiven Mindestkapitalanforderungen ("Säule 1"), einem aufsichtlichen Überprüfungsverfahren ("Säule 2") und erweiterten Offenlegungspflichten ("Säule 3"). Ziel der Reform ist eine Stärkung der Finanzmarktstabilität durch eine höhere Übereinstimmung zwischen bankwirtschaftlichen Risiken, insbesondere Kreditrisiken, und aufsichtsrechtlichem Eigenkapitalerfordernis für Banken. Makroökonomische Aspekte der Bankenregulierung blieben in beiden Vorschlägen vorerst nahezu unberücksichtigt. Stabilität und Effizienz des Bankensystems wurden überwiegend aus dem Blickwinkel der bankwirtschaftlichen bzw. mikroökonomischen Problemsicht betrachtet. Die Konsequenzen, die daraus für Gesamtwirtschaft und Finanzsystem erwachsen können, lösten im Rahmen des Konsultationsverfahrens eine intensive Debatte in Wissenschaft und Politik aus, die noch nicht abgeschlossen ist. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die wesentlichen makroökonomischen Implikationen des neuen Regelwerkes.

Begutachtung: Helmut Kramer • Wissenschaftliche Assistenz: Christa Magerl • E-Mail-Adresse: [Franz.Hahn@wifo.ac.at](mailto:Franz.Hahn@wifo.ac.at).

Nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1973 hatte die zunehmende Liberalisierung des Finanzsystems und des internationalen Kapitalverkehrs eine erhöhte Krisenanfälligkeit des Bankensystems zur Folge. Verstärkter Konkurrenzdruck und neue Ertragsmöglichkeiten durch Finanzinnovationen verleiteten vor allem international tätige Banken zu einer oftmals übermäßig riskanten Geschäftstätigkeit. Die spektakulären Bankenzusammenbrüche in den siebziger und achtziger Jahren waren nahezu ausnahmslos auf zu hohe Risikobereitschaft bzw. zu geringe Eigenmittelausstattung der Banken zurückzuführen. Die unzureichende Solvabilität im Bankensektor wurde zunehmend zu einer ersten Gefahr für die Stabilität des internationalen Finanzsystems (Abbildung 1). Der Ruf nach einer Neuordnung der Bankenaufsicht und einer umfassenden internationalen Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden im Interesse der Stärkung des internationalen Finanzgefüges wurde unüberhörbar.

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht erwies sich als geeignete internationale Einrichtung für die Bewältigung dieser Herausforderung. Seit 1975 ist dieses Gremium die führende internationale Instanz für bankenaufsichtsrechtliche Fragen. Der Ausschuss setzt sich aus Vertretern der Zentralbanken und Aufsichtsbehörden aus 13 Industrieländern<sup>1)</sup> zusammen (die Oesterreichische Nationalbank hat Beobachterstatus). Er tritt in der Regel bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel zusammen, wo sich auch sein ständiges Sekretariat befindet. Im Gegensatz zu EU-Richtlinien, die in den EU-Ländern in nationales Recht übergeführt werden müssen, ist eine im Rahmen des Basler Ausschusses erzielte Übereinkunft eine freie Vereinbarung zwischen den beteiligten Bankenaufsichtsbehörden (Übersicht 1).

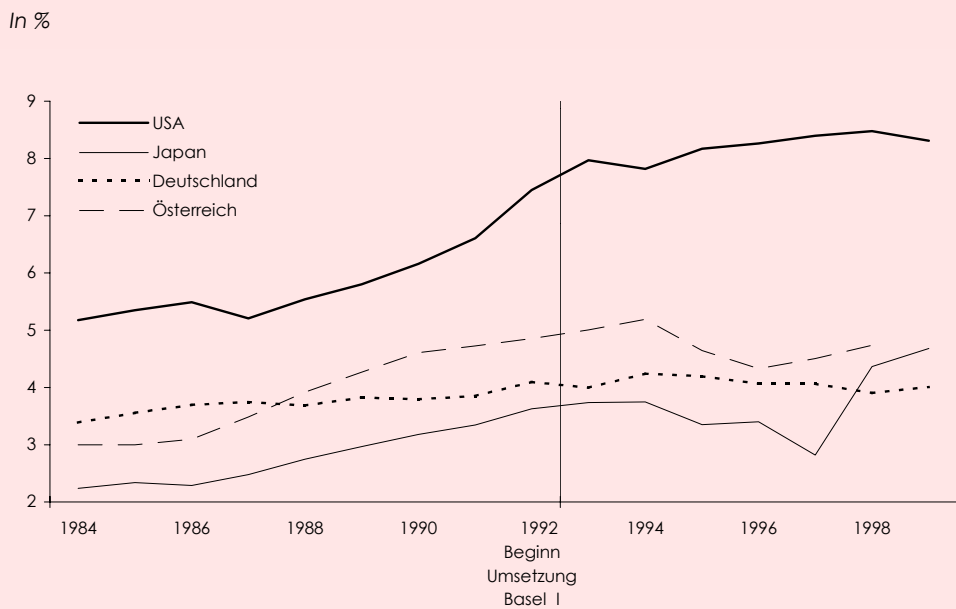
**Finanzmarktstabilität  
durch Eigenkapitalrichtlinien**

<sup>1)</sup> Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweden, Spanien, Luxemburg, Japan, Kanada, Schweiz und die USA.

Die derzeit gültigen EU-Eigenkapitalvorschriften für Banken stimmen weitgehend mit der Basler Eigenkapitalvereinbarung aus dem Jahr 1988 (einschließlich der nachfolgenden Anpassungen) überein. Dieser hohe Grad an Übereinstimmung ist im Interesse einer weitreichenden internationalen Harmonisierung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen.

Die erste Basler Eigenkapitalvereinbarung ("Basel I"), durch die kreditrisikoorientierte Mindestkapitalanforderungen für international tätige Banken verbindlich festgelegt wurden, gilt als Meilenstein der modernen Bankenregulierung. Ziel dieses Regelwerkes war, exzessives Risikoverhalten von Banken durch aufsichtsrechtliche Mindestkapitalanforderungen zu begrenzen bzw. zu erschweren. Die Stabilität des internationalen Finanzsystems sollte durch hinreichend kapitalisierte und risikobewusst agierende Banken gestärkt werden.

Abbildung 1: Eigenkapital gemessen an der Bilanzsumme



Q: OECD.

Übersicht 1: Chronologie und Zeitplan der Basler Eigenkapitalvereinbarungen

1975	Gründung des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht
Juli 1988	Veröffentlichung der geltenden Eigenkapitalvereinbarung (Basler Akkord, "Basel I")
Ende 1992	Umsetzung von "Basel I"
Jänner 1996	Basler Marktrisikopapier
Juni 1999	Erstes Konsultationspapier zur Neufassung der Eigenkapitalvereinbarung ("Basel II")
Jänner 2001	Zweites Konsultationspapier zu "Basel II"
Mai 2003	Drittes Konsultationspapier
Ende 2003	Veröffentlichung der neuen Eigenkapitalvereinbarung
Ende 2006	Umsetzung

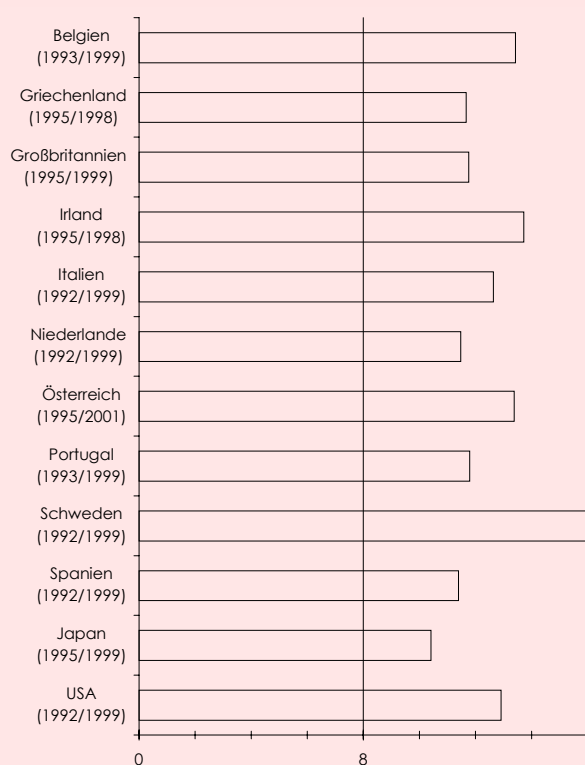
Die Basler Eigenkapitalregelung aus dem Jahr 1988, wonach Banken Eigenkapital im Ausmaß von mindestens 8% ihrer risikogewichteten Aktiva halten müssen, wurde rasch zum international anerkannten Richtwert. Die geltenden EU-Eigenkapitalrichtlinien stützen sich ebenfalls weitgehend auf die Basler Eigenmittelempfehlung. Basel I bildet mittlerweile die Grundlage für die aufsichtsrechtliche Regelung des Mindestkapitals für Banken in mehr als 100 Ländern. In Österreich sind die Grundsätze von Basel I seit 1994 durch entsprechende Berücksichtigung im Bankwesengesetz in Kraft. Die breite internationale Orientierung an den Eigenmittelbestimmungen von Basel I brachte in den neunziger Jahren eine deutliche Verbesserung der risikogewichteten Eigenmittelausstattung im Bankensystem (Jackson et al., 1999). Im internationalen Vergleich liegt die risikogewichtete Eigenkapitalausstattung der österreichischen Banken im oberen Drittel (Abbildung 2).

Die undifferenzierte und grobe Erfassung der Kreditrisiken und die rasante Entwicklung auf dem Gebiet der Finanzinnovationen haben jedoch die Wirksamkeit von Basel I zunehmend gemindert. Die Stabilität des internationalen Bankensystems wurde, wie die Finanzkrisen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre gezeigt haben, durch die einfache Basler Eigenmittelregel nur unzureichend gestärkt. Vereinzelt wurde sogar die Schwere der jüngsten Finanzkrisen mit den Basler Eigenmittelanforderungen

in einen ursächlichen Zusammenhang gebracht (z. B. Russland- und Ostasienkrise). Die Banken können in vielen Geschäftsbereichen wegen der groben Risikodifferenzierung ihre Gewinne durch Übernahme höherer Risiken steigern, ohne ihr Eigenkapital erhöhen zu müssen (Eigenkapitalarbitrage). Dieser aufsichtsrechtliche Spielraum wird vor allem im Bereich der Kredite an private Unternehmen überdurchschnittlich genutzt. Diese Kredite sind von den Banken – unabhängig vom tatsächlichen wirtschaftlichen Risiko, das von Unternehmen zu Unternehmen sehr unterschiedlich sein kann – einheitlich zu 8% mit Eigenkapital zu unterlegen, d. h. das Risikogewicht für Kredite an den privaten Unternehmenssektor beträgt 100%<sup>2)</sup>. Empfindlich ausgehöhlt wurde die Basler Eigenkapitalregel auch durch die starke Zunahme von Bankgeschäften, deren Risiken unzureichend oder überhaupt nicht von den bestehenden aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften erfasst werden. Banken mit geringen Kreditrisiken können wiederum durch Verbriefung von Forderungsrechten ihr aufsichtsrechtliches Eigenkapitalerfordernis verringern. Diese Vorgangsweise ist häufig mit einer Qualitätsminderung des in der Bankbilanz verbleibenden Portfolios verbunden.

Abbildung 2: Eigenkapitalquoten nach Basel I

In % der risikogewichteten Aktiva



Q: OECD.

Die neuen Eigenkapitalvorschläge ("Basel II") sollen diese und andere Schwächen der bestehenden Eigenmittelregel beseitigen und vor allem durch moderne und verbesserte Methoden der Risikobewertung zur einer Verringerung der Diskrepanz zwischen dem aufsichtsrechtlich geforderten und dem bankwirtschaftlich notwendigen Eigenkapital beitragen. Gemeinsam mit einem leistungsfähigeren aufsichtlichen Überwachungsprozess und erhöhter Marktdisziplin soll die Stabilität des Finanzsystems gewährleistet und die Gefahr systemischer Risiken deutlich verringert werden.

<sup>2)</sup> Beispiel: Ein aushaftender Kredit von 100 € ist bei einem Risikogewicht von 100% mit 8 € an Eigenkapital zu unterlegen.

## Basel II – Die drei Säulen im Überblick

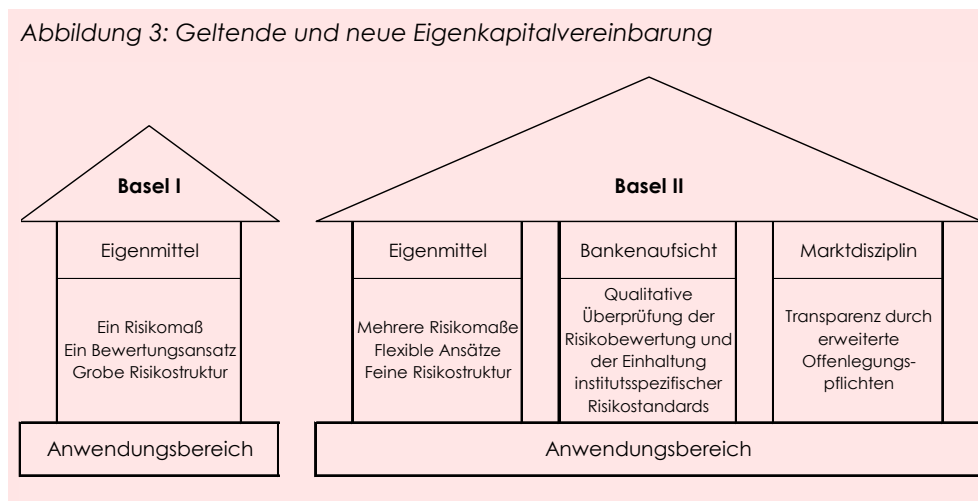
Basel II besteht aus drei einander verstärkenden Säulen<sup>3)</sup>:

In der ersten Säule werden die Mindesteigenkapitalerfordernisse festgelegt. An den geltenden Eigenkapitaldefinitionen und an der Mindesteigenkapitalquote von 8% der risikogewichteten Aktiva wird jedoch weiter festgehalten. Im Zentrum steht die methodische Verbesserung der Kreditrisikomessung.

In der zweiten Säule werden die Grundsätze des aufsichtsrechtlichen Kontroll- und Überwachungsprozesses bestimmt. Die Aufsichtsbehörden sollen mit mehr qualitativen Überwachungs-, Kontroll- und Interventionskompetenzen nach angelsächsischem Vorbild ausgestattet werden.

In der dritten Säule werden strikere Offenlegungspflichten für Banken verbindlich vorgeschrieben (Abbildung 3).

Abbildung 3: Geltende und neue Eigenkapitalvereinbarung



Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung wird voraussichtlich 2007 in Kraft treten. Ab diesem Zeitpunkt wird Basel II mit hoher Wahrscheinlichkeit durch eine Richtlinie auch zur neuen obligatorischen Kapitaladäquanzvorschrift für Banken in den EU-Ländern<sup>4)</sup>.

## Mindestkapitalanforderung

Für die Beurteilung des Kreditrisikos (Ausfallrisiko, Bonitätsrisiko) sind grundsätzlich zwei Verfahren vorgesehen: eine Standardmethode und ein auf internen Ratings basierender Ansatz (IRB-Ansatz). Basel II sieht auch eine Bewertung des operationellen Risikos (rechtliche Risiken, Gewährleistungsrisiken usw.) vor, das Verfahren für die Bewertung von Marktrisiken (Zinsänderungsrisiko, Aktienrisiko, Währungsrisiko, Optionsrisiko) bleibt unverändert (zu den Begriffen siehe Kasten "Glossar").

Der Standardansatz entspricht im Wesentlichen der geltenden Regel, er weist jedoch eine stärkere Differenzierung der Risikogewichtung auf. Die Verfeinerung soll sich auf die Bewertung durch externe Rating-Agenturen stützen, die strengen Anforderungen der Aufsichtsbehörde genügen müssen (Übersicht 2). Kreditkunden, deren Risiko weder intern (im Sinn des IRB-Ansatzes) noch extern bewertet wird, werden im neuen Verfahren ähnlich behandelt wie bisher (das Risikogewicht für mittlere und große Unternehmen ohne Rating beträgt weiterhin 100%, jenes für kleine Unternehmen wird jedoch auf 75% gesenkt, falls der Kredit 1 Mio. € nicht überschreitet).

Die Grundlage für den IRB-Ansatz bilden bankeigene Steuerungs- und Risikomessmethoden zur Berechnung des ökonomischen Eigenkapitals. Im Sinne einer stärkeren Orientierung an "Best-Practice"-Verfahren soll damit der Weg, der mit der bankenaufsichtlichen Anerkennung von Marktrisikomodellen im Zusammenhang mit dem Handelsbuch begonnen wurde, fortgesetzt und für die bankenaufsichtliche Anerkennung von Kreditrisikomodellen geebnet werden (Übersicht 3).

<sup>3)</sup> Für die Klärung technischer Details durch Mitarbeiter der OeNB dankt der Autor Franz Partsch und Konrad Pesendorfer.

<sup>4)</sup> Die Vorschläge der EU-Kommission zur Neuordnung des Eigenkapitalregimes der Banken entsprechen in den wesentlichen Punkten dem neuen Basler Akkord.

**Übersicht 2: Bonitätsbeurteilungen und Risikogewichte im Standardansatz**

Ratings	Staaten	Banken		Unternehmen und Private	Verbriefung von Forderungen
		Option 1	Option 2 Risikogewicht in %		
AAA bis AA-	0	20	20	20	20
A+ bis A-	20	50	50	50	50
BBB+ bis BBB-	50	100	100	100	100
BB+ bis BB-	100		100		1.250
B+ bis B-	150	150	150	150	1.250
Unter B-	150	150	150	150	1.250
Ohne Rating	100	100	50	100	1.250

Notation laut Standard & Poor's; Option 1 ... Rating an Sitzland gebunden, Option 2 ... an externes Rating gebunden.

**Übersicht 3: Ansätze zur Risikomessung**

Messung des Kreditrisikos	Standardansatz (modifizierte Version des geltenden Ansatzes) Basisversion des IRB-Ansatzes (Ausfallwahrscheinlichkeit von Banken geschätzt, alle anderen Risikokomponenten von der Bankenaufsicht vorgegeben) Fortgeschrittene Version des IRB-Ansatzes (alle Risikokomponenten können bankintern geschätzt werden)
Messung des Marktrisikos (geltend)	Standardansatz Auf internen Modellen beruhender Ansatz
Messung des operationellen Risikos	Basisindikatoransatz Standardmethode Auf internen Messverfahren beruhender Ansatz

Die Festlegung von aufsichtlichen Mindestkriterien, die interne Rating-Modelle von Banken erfüllen müssen, ist ein wichtiger Zwischenschritt auf diesem Weg. Die neue Regelung lässt sowohl eine Basisversion als auch ein fortgeschrittenes Verfahren zu. Die fortgeschrittene Methode unterscheidet sich von der einfacheren dadurch, dass eine Bank für die Berechnung der Risikogewichte nahezu alle relevanten Risikokomponenten eines Kredites (mit Ausnahme der Restlaufzeit) bankintern bestimmen kann. Im Basisverfahren schätzt die Bank nur die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kredites, die restlichen Parameter werden von der Aufsichtsbehörde vorgegeben (Übersicht 4).

**Übersicht 4: Anforderungen des IRB-Ansatzes***Mindestanforderungen für Basisversion*

Angemessene Differenzierung zwischen Risiken und Bewertung von Risiken  
Vollständigkeit und Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Erfüllung aller Mindestanforderungen  
Angemessene Ausgestaltung der Rating-Systeme  
Kriterien zum Einsatz von Rating-Systemen  
Angemessenes Verständnis der Geschäftsleitung von Aufbau und Anwendung der Rating-Systeme  
Angemessene Erfahrung in der Anwendung interner Rating-Verfahren  
Konsistente Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeiten  
Ausreichende Validierung der internen Schätzungen  
Erfüllung zusätzlicher Mindestanforderungen bezüglich Anerkennung risikomindernder Sicherheiten  
Angemessene Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen für Beteiligungsbesitz  
Offenlegungsanforderungen

*Zusätzliche Anforderungen für fortgeschrittene Version*

Mindestanforderungen für eigene LGD-Schätzungen  
Mindestanforderungen für eigene EAD-Schätzungen  
Mindestanforderungen für die Einstufung von Garantiegebern und Kreditderivaten

Diese Methoden werden für Kredite an größere Unternehmen, Banken und Staaten angewandt; für Privatkunden und unter bestimmten Voraussetzungen auch für Kleinunternehmer und Freiberufler ist ein vereinfachtes Verfahren mit wesentlich niedrigeren Eigenmittelerfordernissen vorgesehen. Für Kredite an kleine Unternehmen, die in den Privatkundenbereich fallen, verringert sich das Eigenmittelerfordernis in den meisten Bonitätsbereichen um etwa 40% gegenüber dem IRB-Ansatz für größere Unternehmen (Partsch – Wlaschitz, 2003). Basel II sieht auch eine breite Anwen-

### Aufsichtliches Überprüfungsverfahren

derung von bankwirtschaftlichen Risikominderungsmöglichkeiten durch differenziertere Berücksichtigung der Bonität der Sicherheitsgeber und durch Ausweitung der anerkannten Sicherheiten vor.

Säule 2 bedeutet gegenüber der ersten Basler Eigenmittelvereinbarung eine wesentliche Neuerung: Sie ist nicht nur integraler Bestandteil des neuen Vertrags, sondern demonstriert auch die Bedeutung, welche die Bankaufsichtsbehörden (künftig) der qualitativen und kontinuierlichen Aufsicht beimessen. Dies ist insbesondere in Ländern mit vorwiegend quantitativer und regelgebundener Überwachung, wie z. B. Deutschland und Österreich, mit großen Herausforderungen für Personal und Ressourcen der Bankenaufsicht verbunden.

Im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungsverfahrens sollen Banken vor allem ermutigt werden, die Methoden ihres Risikomanagements und ihre internen risikorelevanten Strukturen (operationelles Risiko) laufend zu verbessern. Aus makroökonomischer Sicht besonders bedeutsam ist, dass das Überprüfungsverfahren die Banken dazu anhält, externe Faktoren – wie etwa den Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Lage auf die Risikosituation der Bank – in ausreichendem Maß in die Berechnung der Mindestkapitalausstattung einzubeziehen. Die Bankenaufsicht soll auch in die Lage versetzt werden, bei unzureichender Risikovorsorge oder mangelhaftem Risikomanagement eine verstärkte Überwachung der Bank oder eine höhere als die im neuen Basler Vertrag vorgesehene Eigenkapitalunterlegung pro Risikoeinheit fordern und durchsetzen zu können. Das aufsichtliche Überprüfungsverfahren sollte den Dialog zwischen Banken und Aufsicht nachhaltig intensivieren. Von der Dialog- und Kooperationsbereitschaft einer Bank wird es letztlich abhängen, ob die Aufsichtsinstanzen deren Fähigkeit zur effizienten Steuerung und Gestaltung von Risiken fair und zuverlässig bewerten können.

### Marktdisziplin

Die neue Regelung enthält umfassende Offenlegungsvorschriften und -empfehlungen, um den Marktteilnehmern besseren Einblick in das Risikoprofil und in die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung einer Bank zu ermöglichen. Transparenz wird als die wichtigste Voraussetzung für die Stärkung von Marktdisziplin angesehen. Dem liegt die Erwartung zugrunde, dass gut informierte Märkte effizientes Risikomanagement belohnen und risikoreiches Verhalten bestrafen. Inhaltlich beschränken sich die Transparenzvorgaben u. a. auf die bankspezifische Anwendung der Eigenkapitalvorschriften, auf die Eigenkapitalstruktur sowie auf Umfang und Struktur der eingegangenen Risiken.

### Makroökonomische Implikationen des neuen Basler Akkords

Die Diskussion über den neuen Basler Eigenmittelakkord in Wissenschaft und Politik entzündete sich primär an den empirischen und theoretischen Grundlagen seiner Fundierung. Während eine stärker risikosensitive Mindesteigenmittelausstattung von Banken als wichtiger Beitrag zur Stabilisierung des Finanzsystems unter Praktikern der Bankenaufsicht außer Streit steht, ist die wissenschaftliche Evidenz in diesem Zusammenhang nicht eindeutig. Kapitaladäquanzvorschriften können sehr wohl auch die Risikobereitschaft von Banken erhöhen, insbesondere wenn diese mittelfristig ihre Eigenmittelausstattung nur durch Gewinne und nicht durch Hereinnahme von neuem Kapital verbessern können. Diese Banken erhalten unter bestimmten, empirisch durchaus relevanten Rahmenbedingungen durch aufsichtliche Eigenkapitalregeln einen Anreiz zu überdurchschnittlichem Risikoverhalten, um "heute" ihre Gewinnmöglichkeiten zu erhöhen, damit sie "morgen" nicht durch eine zu geringe Eigenkapitaldecke in ihren Kredit- und Ertragsmöglichkeiten beschränkt werden (siehe dazu u. a. *Blum, 1999, bzw. Hahn, 2001B*).

Dieses Spannungsfeld zwischen statischer und dynamischer Betrachtung von finanziellen Risiken ist kennzeichnend für die differenzierte (und gelegentlich sehr kontroverse) Bewertung von Basel II aus der Perspektive der Wirtschaftspolitik, der Makroökonomie und der empirischen Wirtschaftsforschung (siehe dazu u. a. *European Central Bank, 2001A, 2001B, und Hahn, 2001A*). Der zentrale Einwand richtet sich gegen die zu einseitige Orientierung von Basel II an vorwiegend mikroökonomisch ausgerichteten, statischen Grundsätzen der Risikobewertung bzw. gegen die zu geringe Berücksichtigung von makroökonomischen und dynamischen Faktoren im methodi-

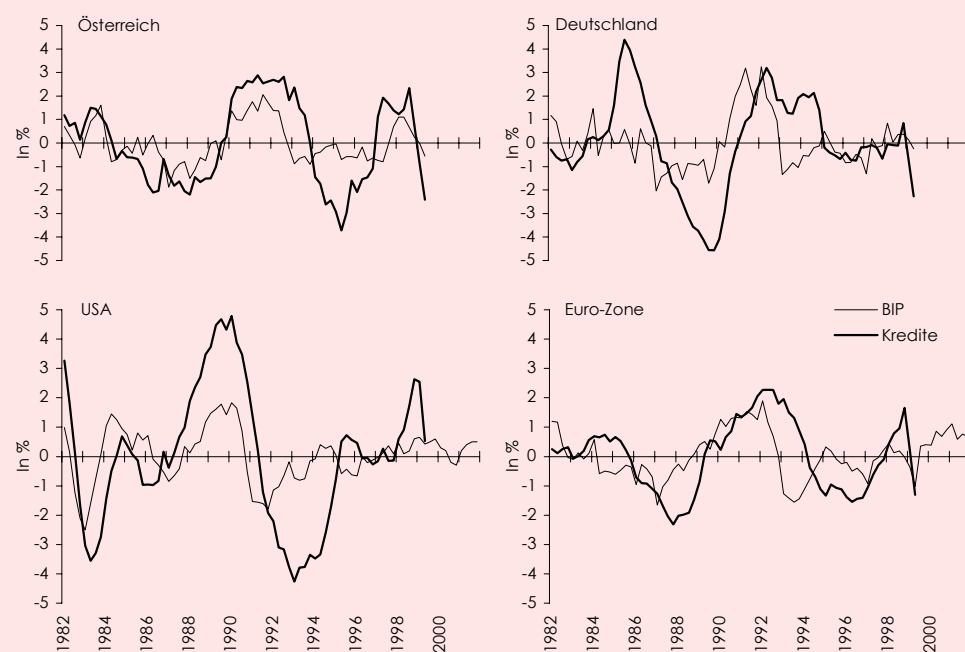
*Makroökonomisch können nach Bonität abgestufte Eigenkapitalkriterien für Banken tendenziell prozyklisch wirken und dadurch Finanzmarktstabilität und -effizienz gefährden.*

schen Risikobeurteilungsprozess. Dies würde zu hohe Anforderungen an das aufsichtliche Überwachungsverfahren bzw. an die Aufsichtsbehörden stellen, die letztlich aufgrund ihrer Verantwortung für die Stabilität des gesamten Finanzgefüges systematische Fehlentwicklungen in der Risikobewertung rechtzeitig durch geeignete Ermessensmaßnahmen korrigieren müssten. Damit liefe das gesamte Regelwerk Gefahr, sich gegen seine wichtigste Intention zu wenden und die Stabilität des Finanzsystems nicht zu festigen, sondern zu gefährden.

Die heftigste Debatte entzündete sich an der Befürchtung, dass die risikosensitivere Eigenmittelregelung von Basel II den Konjunkturzyklus stärker destabilisieren könnte als die bisherige Regelung. Die ohnehin ausgeprägte Prozyklik der Kreditgewährung durch Banken würde durch die bankinternen Risikobewertungsmodelle zusätzlich verschärft und nicht gedämpft (Abbildung 4). Dieser Einwand basiert auf der mittlerweile empirisch fundierten Erkenntnis, dass interne Ratings der Banken bzw. bankinterne Schätzungen des Ausfallrisikos übermäßig stark auf die jeweils aktuelle Situation der Kreditnehmer Bezug nehmen (European Central Bank, 2001B). Die Konjunktursensitivität des Ausfallrisikos wird nur sehr selten berücksichtigt (Abbildung 5). Mehrere empirische Studien erhärten auch die Vermutung, dass Banken ihre Risikobeurteilung nur für einen kurzen Zeitraum (ein Jahr und weniger) vornehmen (siehe dazu u. a. Hahn, 2001A). Die von den Banken verwendeten Risikominimierungspraktiken wirken ebenfalls durch die hohe Konjunkturabhängigkeit der Bewertung von Sicherheitspositionen tendenziell prozyklisch auf die Kreditvergabe.

Abbildung 4: Entwicklung des trendbereinigten BIP und der Kredite an den privaten Sektor

HP-Filter,  $\lambda = 1.600$



WIFO-Datenbank, Quartalsdaten.

Studien liefern andererseits empirische Evidenz dafür, dass Rating-Agenturen ihre Risikobewertungen länger unverändert lassen als Banken. Bankwirtschaftliche Risikobeurteilungen, die sich auf externe Einstufungen beziehen, dürften damit gegenüber Konjunkturschwankungen tendenziell etwas resistenter sein als bankinterne Ratings. Dies könnte Banken in Ländern mit hoher externer Rating-Dichte, wie z. B. in den USA, Kostenvorteile bei der Kapitalunterlegung verschaffen. Banken, deren Kreditportfolios traditionell nur wenige, extern bewertete Unternehmen aufweisen, könnte aus diesem strukturbedingten Unterschied des Kreditmarktes ein möglicherweise wettbewerbspolitisch bedenklicher Nachteil erwachsen. Banken in Österreich und Deutschland wären davon mit hoher Wahrscheinlichkeit stärker betroffen als

Banken in Skandinavien und Großbritannien. Allerdings haben empirische Studien auch ergeben, dass externe Ratings eine erhöhte Schwankungsanfälligkeit während Finanzkrisen aufweisen. Damit würden jene Banken, die sich in ihrer Risikobeurteilung auf externe Ratings beziehen, die in Finanzkrisen gesamtwirtschaftlich ohnehin labile Situation durch volatiles Verhalten noch verschärfen.

Möglichkeiten zur Verringerung der verschärften Prozyklik der Kreditentwicklung durch risikosensitive Eigenmittelregeln werden im Rahmen des laufenden Konsultationsprozesses intensiv diskutiert und wissenschaftlich überprüft.

Abbildung 5: Beispiele zur Eigenkapitalunterlegung im Zeitablauf



Q: European Central Bank (2001B).

Die wichtigste Ursache des stärkeren prozyklischen Verhaltens der im neuen Basler Akkord dargelegten Eigenkapitalanforderungen liegt in der Volatilität der Ausfallswahrscheinlichkeiten. Stellvertretend für die von den Banken derzeit verwendeten Messgrößen wurden hier die tatsächlichen Ausfallraten von Standard & Poor's auf zwei Beispiel-Portfolios angewandt. Das "S&P-Portfolio" beruht auf der gegenwärtigen Zusammensetzung der S&P-Datenbank für externes Rating. Das "US50-Portfolio" basiert auf den internen Ratings der 50 größten Banken der USA. Der Standardansatz sieht aufgrund der identischen Rating-Zusammensetzung eine im Zeitablauf konstante Eigenkapitalunterlegung von 8% vor. Die Volatilität in den Beispiel-Portfolios ergibt sich aufgrund des neuen Elementes der sich ändernden Ausfallraten: Die niedrigsten Eigenkapitalanforderungen in diesem Experiment liegen bei 40% der höchsten Quote; über die Zeit liefern die Beispiel-Portfolios ähnliche Ergebnisse.

Die Diskussion über die Prozyklizität der sensitiven Risikomessung wird dadurch erschwert, dass kein Konsens in Wissenschaft und Politik über die bestimmenden Wesensmerkmale von Konjunkturschwankungen besteht. Der Basler Ausschuss betrachtet Konjunkturschwankungen als Ergebnis eines Prozesses, der einem Random-Walk ähnelt und damit grundsätzlich zu wenig Regelmäßigkeit aufweist, um prognostizierbar zu sein. Die jeweils aktuelle Konjunkturlage enthält nach dieser Sicht die gesamte Information über die künftige Wirtschaftsentwicklung und rechtfertigt damit eine statische Risikobewertung.

Viele internationale Institutionen – wie z. B. die Europäische Zentralbank, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die OECD und der Internationale Währungsfonds –, aber auch empirische Forschungseinrichtungen wie u. a. das WIFO teilen die Skepsis des Basler Ausschusses bezüglich der Prognostizierbarkeit von Konjunkturschwankungen. Sie sehen aber in Konjunkturschwankungen einen grundsätzlich zyklischen Vorgang, der zwar häufig sehr unsystematisch, aber letztlich doch hinreichend regelmäßig verläuft, indem die Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr zum langfristigen Trend steigt, je größer die Abweichung der tatsächlichen Entwicklung vom Trend ist (siehe dazu u. a. Lowe, 2002). Diese Sichtweise impliziert, dass eine statische, kurzfristige Risikobewertung, wie sie etwa auch von den Banken bevorzugt wird, eine tendenzielle Unterbewertung von Kreditrisiken im Aufschwung (bzw. Unterbewertung im Abschwung) und damit eine gesamtwirtschaftlich unerwünschte Ausweitung (bzw. Kürzung) von Krediten zur Folge haben kann. Dies kräftigt den Aufschwung, kann jedoch auch den Abschwung verschärfen. Durch die übermäßige Kreditausweitung im Aufschwung steigt die Wahrscheinlichkeit eines entsprechend höheren Anteils an Problemkrediten in den Portfolios der Banken, der im Abschwung das Eigenkapital übermäßig belastet. Die Banken sind daher im Abschwung nicht nur durch die statische Risikobewertung bzw. die tendenzielle Überbewertung von Risiken, sondern häufig auch durch eine schmälere Eigenkapitaldecke in ihren Kreditmöglichkeiten beschränkt (siehe Abbildung 5). Dies wirkt sich erwartungsgemäß

stärker negativ in jenen Ländern aus, deren Unternehmen überdurchschnittlich durch Bankkredite finanziert werden (z. B. Deutschland, Österreich).

Der Basler Ausschuss hat sich im Zuge des Konsultationsverfahrens dieser Sichtweise etwas angenähert und wird voraussichtlich den Banken für die Schätzung von Ausfallswahrscheinlichkeiten eine vorsichtiger und stärker zukunftsorientierte bzw. makroökonomisch fundierte Vorgangsweise empfehlen. Ein wichtiger Beitrag zur Entschärfung der Prozyklik darf vor allem von der geplanten Abflachung der Risikogewichtskurven im IRB-Ansatz erwartet werden.

Eine wirksame Möglichkeit zur Verringerung der Prozyklizität besteht auch in der Bildung eines Eigenkapitalpuffers, also im Halten einer die Mindestanforderungen deutlich übersteigenden risikogewichteten Eigenkapitalquote. Viele Banken strebten bereits unmittelbar nach der Einführung von Basel I eine risikogewichtete Eigenmittelausstattung von weit über 8% an (Abbildung 2). In Österreich lag die durchschnittliche Eigenmittelausstattung der Banken 1995 bei 11,8% und stieg bis 2002 auf über 14%. Auch eine stärkere Anwendung von Elementen der dynamischen Risikovorsorge, die Wertberichtigungen nicht für bereits bestehende, sondern vor allem für zu erwartende Ausfälle vorsieht, wäre nach Ansicht einiger internationaler Institutionen (z. B. EZB, BIZ) ein geeignetes Instrument zur Minimierung der prozyklischen Tendenzen in den vom Basler Ausschuss vorgeschlagenen Risikomessmethoden. Beide Verfahren würden mit hoher Wahrscheinlichkeit die Kosten der Kapitalbeschaffung für Banken über den Konjunkturzyklus glätten und damit die Anreize zur exzessiven Kreditgewährung im Aufschwung und zur extremen Kreditzurückhaltung im Abschwung mildern.

Wenn im Bankensektor ein ausreichender Eigenkapitalpuffer besteht, wird auch die Wirksamkeit der Geldpolitik – vor allem im Abschwung – nicht durch bindende Mindesteigenkapitalerfordernisse gestört. Banken mit zu geringem Eigenkapital neigen nämlich in der Rezession dazu, die von den Notenbanken zur Verfügung gestellte zusätzliche Liquidität nicht zur Ausweitung des Kreditangebotes, sondern zur Verbesserung ihres Risikoprofils zu verwenden, und schmälern damit die Effektivität der geldpolitischen Transmission (siehe dazu *Baglioni, 2002, Tanaka, 2002*).

Nach jüngsten empirischen Untersuchungen haben jedoch die Eigenmittelerfordernisse nach Basel I in einigen Ländern das Trendwachstum des Kreditvolumens gedämpft (z. B. *Honda, 2002*, für Japan, *Hahn, 2002*, mit Hilfe eines Panel-ökonomischen Ansatzes für Österreich). Dies bestätigt den von *Diamond – Rajan (2000)* aufgezeigten Abtausch zwischen Liquidität und Stabilität durch das Halten von Eigenkapital durch Banken. Eigenkapital beschränkt tendenziell die Liquiditätsbereitstellung von Banken, da aus der Sicht des Bankmanagements Eigenkapital die bindende Budgetbeschränkung von täglich fälligen Einlagen aufweicht. Für Bankmanager eröffnet die Verpflichtung zum Halten von Eigenkapital "Rentenmöglichkeiten", die Effizienz und Umfang der Finanzintermediation schmälern. Davon könnten kleine und mittlere Unternehmen überdurchschnittlich betroffen sein. In einigen Bundesstaaten der USA erhielten etwa Anfang der neunziger Jahre durch die Einführung von Basel I kleine und mittlere Unternehmen nur unter erschwerten Umständen Zugang zu ausreichender Bankfinanzierung (siehe u. a. *Hancock – Wilcox, 1998*); vielen unterkapitalisierten, vor allem größeren Banken waren die Kosten der Eigenkapitalunterlegung für kleine und mittlere Kredite zu hoch.

Im Zusammenhang mit Basel II wurden in einigen EU-Staaten, darunter auch Österreich, ähnliche Befürchtungen geäußert. Der Basler Ausschuss nahm diese Bedenken zum Anlass, um die Eigenmittelunterlegung für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen zu überarbeiten und durch Erleichterungen zu entschärfen. Simulationen zeigen, dass Banken aus der Kreditgewährung an kleine und mittlere Unternehmen durch das nun erheblich niedrigere Eigenmittelerfordernis voraussichtlich geringere regulatorische Kosten erwachsen als aus Krediten an größere Unternehmen gleicher Bonität (*Partsch – Wlaschitz, 2003*).

Das höhere Eigenkapitalerfordernis gemäß Basel II kann die Bereitschaft einzelner Banken zur Kreditgewährung schmälern. Kleine und mittlere Unternehmen könnten davon stärker betroffen sein als größere. Erleichterungen für die Eigenkapitalunterlegung von Krediten an kleine und mittlere Unternehmen würden diesen gesamtwirtschaftlich unerwünschten Nebeneffekt mildern.

## Glossar

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote: erforderliches Verhältnis der anerkannten Kapitalpositionen zu den risikogewichteten Aktiva:

$$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Kreditrisiko} + \text{Marktrisiko} + \text{operationelles Risiko}} = \text{Eigenkapitalquote} (\geq 8\%)$$

EAD (exposure at default): erwartete Höhe von Forderungen an einen Schuldner zum Ausfallszeitpunkt

Externe Ratings: Bonitätsbeurteilung durch private oder staatliche Agenturen

Fortgeschrittener IRB-Ansatz: Banken mit ausreichend entwickeltem internem Risikomanagementsystem dürfen zusätzlich zu den Ausfallswahrscheinlichkeiten weitere intern geschätzte Risikofaktoren zur Berechnung der erforderlichen Kapitalunterlegung heranziehen (z. B. EAD oder LGD).

Interne Ratings: bankeigene Berechnungen des mit bestimmten Schuldnern verbundenen Kreditrisikos; beruhen in der Regel auf quantitativen Schätzungen der Ausfallswahrscheinlichkeit, aber auch qualitative Beurteilungen spielen eine Rolle

IRB-Ansatz (internal rating-based approach): Dieser auf internen Ratings beruhende Ansatz ist eine der beiden Hauptoptionen, mit denen Banken die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen berechnen können. Die Risikogewichte beruhen dabei auf bank-eigenen Ratings und bestimmten anderen quantitativen Elementen, welche die Bankenaufsicht anhand der vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht herausgegebenen allgemeinen Kriterien definiert.

IRB-Basisansatz: Schätzung der mit jedem Schuldner verbundenen Ausfallswahrscheinlichkeit in einem bankinternen Verfahren, Festlegung der weiteren Risikofaktoren durch die Bankenaufsicht

Kreditrisiko: Verlustrisiko aufgrund des Ausfalls eines Schuldners (weil dieser seiner Verpflichtung zur Bedienung der Schulden nicht nachkommen kann)

LGd, Verlust bei Ausfall (loss given default): Messgröße für den erwarteten durchschnittlichen Verlust einer Bank je Forderung bei Ausfall eines bestimmten Schuldners (in Prozent des aushaftenden Forderungsbetrags)

Marktrisiko: Verlustrisiko infolge ungünstiger Entwicklung der Marktpreise (aus Handelspositionen)

Minderung des Kreditrisikos: eine Reihe von Methoden, mit deren Hilfe eine Bank sich teilweise gegen den Ausfall eines Schuldners schützen kann (z. B. durch Hereinnahme von Garantien oder Sicherheiten oder durch den Erwerb von Sicherungsinstrumenten)

Operationelles Risiko: Verlustrisiko infolge von unzureichenden internen Kontrollsystemen, Fehlentscheidungen oder außergewöhnlichen externen Ereignissen

Risikogewichtung: Verfahren, bei dem jedem bilanziellen und außerbilanziellen Geschäft ein Gewicht zugeordnet wird, das das geschätzte Kreditrisiko wiedergibt

Säule 1: Regeln der Basler Eigenkapitalvereinbarung zur Festlegung der Mindestkapitalanforderungen (Eigenkapitalquote)

Säule 2: aufsichtliches Überprüfungsverfahren im Rahmen der Basler Eigenkapitalvereinbarung, in dem die Bankenaufsicht die Kapitalallokationsmethoden und die angemessene Eigenkapitalausstattung der Banken sowie die Einhaltung der maßgeblichen Anforderungen bewertet

Säule 3: Stärkung der Marktdisziplin durch erweiterte Offenlegungspflichten im Rahmen der Basler Eigenkapitalvereinbarung

Standardansatz: eine der beiden Hauptoptionen zur Berechnung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen durch die Banken; gegenüber der bisherigen (geltenden) Eigenkapitalvereinbarung veränderte Risikogewichtungskategorien, Risikogewichte der Schuldner von Banken beruhen auf externen Ratings, die gemäß den Kriterien des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht von den nationalen Aufsichtsinstanzen anerkannt wurden

Value-at-Risk-Modelle: statistische Modelle zur Berechnung der Wertminderung eines Vermögenstitels innerhalb einer bestimmten Zeitperiode, Anwendung im bankinternen Rating durch Basel II empfohlen; Value at Risk . . . Verlustbetrag  $y$ , der mit einer Wahrscheinlichkeit  $x$  (z. B. 99%) innerhalb des Zeitraumes  $z$  (z. B. 1 Jahr) nicht überschritten wird; mit der Wahrscheinlichkeit  $1-x$  (z. B. 1%) ist der Verlust gleich  $y$  oder größer

Verbriefung von Kreditforderungen: Bündelung von Kreditforderungen in Form von Wertpapieren zwecks Veräußerung an Dritte

Wirtschaftliches Kapitalziel: Eigenkapitalausstattung, die von den Banken zur Abdeckung künftiger Risiken als angemessen betrachtet wird; die erforderliche Höhe ergibt sich aus internen quantitativen und qualitativen Risikoberechnungen

Allerdings gilt das nur, wenn die kleinen und mittleren Banken, die zum Großteil die Finanzierung der Kleinunternehmen tragen, ihre Risikobewertungsverfahren mehrheitlich auf bankinterne Ratings umstellen. Viele kleine und mittlere Banken verfügen jedoch noch nicht über leistungsfähige interne Rating-Systeme, die den aufsichtlichen Kriterien entsprechen würden. Es wird u. a. auch von den Kosten der Einführung und Entwicklung von fortgeschrittenen IRB-Verfahren abhängen, ob kleine und mittlere Banken den Schritt vom Standardverfahren zum internen Rating wagen. Für welches Verfahren sich eine Bank entscheidet, wird aber auch von ihrem Risikoprofil bestimmt. Institute mit niedrigen Kreditrisiken werden mit größerer Wahrscheinlichkeit für den IRB-Ansatz optieren als solche mit traditionell hohen Risiken. Banken mit risikoreichem Portfolio haben nach dem Regelwerk von Basel II einen hohen Anreiz, das Standardverfahren zu wählen. Das kann strukturelle Verwerfungen im Bankensektor auslösen, die nicht nur die Stabilität des gesamten Finanzsektors gefährden, sondern auch die Konzentration erhöhen. Kleine und mittlere Banken tragen, falls sie den IRB-Ansatz nicht übernehmen oder wegen des wettbewerbintensiven Umfelds ihre Ratings verzögert anpassen, ein im Durchschnitt höheres Risiko eines unausgewogenen Kreditportfolios als größere Banken. Die finanzielle Lage vieler kleiner und mittlerer Institute könnte sich dadurch so weit verschlechtern, dass sich Übernahmen durch größere Banken auch aus aufsichtsrechtlichen Gründen als notwendig erweisen und damit ein Konzentrationsprozess im Bankensektor einsetzt, der in einigen Ländern wettbewerbpolitisch bedenkliche Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit des Kreditmarktes mit sich bringen kann.

Der Basler Ausschuss regte auch aus diesen Gründen die Errichtung von gemeinsamen Datenbanken an, die den kleinen und mittleren Banken die Entwicklung und Einführung von soliden internen Bewertungsverfahren erleichtern und die Investitionskosten begrenzen sollen. Damit kann jedoch ein grundsätzliches Problem von fortgeschrittenen Rating-Methoden verschärft werden, das u. a. unmittelbar mit dem statischen Basler Verständnis von Risiko und der Empfehlung zur forcierten Anwendung von "Value-at-Risk-Modellen" (siehe Kasten "Glossar") durch den Basler Ausschuss zusammenhängt: Der Basler Ausschuss geht – wie bereits angedeutet – davon aus, dass Risiken für Banken exogen sind. Das bedeutet etwa, dass die Risikobewertung eines Kreditnehmers durch eine Bank keinen Einfluss auf die Bewertung durch andere Institute hat. Diese Annahme ist empirisch und auch theoretisch nicht gerechtfertigt. Risiken werden von Banken häufig aus Wettbewerbsgründen, aber auch wegen der Verwendung ähnlicher Risikobewertungsverfahren ähnlich beurteilt. Sie sind damit grundsätzlich endogen.

Die Volatilität von Risiken wird gerade durch die Interaktion von überaus homogenen Marktteilnehmern verstärkt. Dies kann sich besonders negativ auf Finanzsystem und Gesamtwirtschaft in Krisenzeiten auswirken, wenn die formalen Voraussetzungen für die Anwendung von Value-at-Risk-basierenden Risikobewertungsverfahren nicht mehr erfüllt sind, Banken jedoch dennoch daran festhalten und kollektiv und simultan das Rating von mehreren Kreditnehmergruppen herabstufen. Damit verschlechtern sie nicht nur ihre eigene finanzielle Lage, sondern auch jene der betroffenen Kreditnehmer und können durch ihr gleichgerichtetes Verhalten die Krise nachhaltig verschärfen (siehe dazu u. a. Acharya, 2001, und Danielsson et al., 2001). Darüber hinaus erlauben die vom Basler Ausschuss empfohlenen Risikobewertungsverfahren keine hinreichende Abschätzung von Ereignissen, die durch eine niedrige Eintrittswahrscheinlichkeit, aber sehr hohe potenzielle Verluste gekennzeichnet sind; solche Ereignisse bilden eine besonders ernste Bedrohung für den Bankensektor (siehe dazu u. a. Boss, 2002, und Embrechts, 2000).

Die hier besprochenen makroökonomischen Implikationen des neuen Basler Vertrages umfassen einige maßgebliche Fehlentwicklungen, die seine Wirksamkeit schmälern können, jedoch nicht notwendigerweise müssen. Sie sind allesamt aus österreichischer Sicht bedeutsam, allerdings in unterschiedlichen Abstufungen. Die Tendenz zur Prozyklik im bankinternen Rating kann für eine Volkswirtschaft, deren Unternehmen in hohem Maß von der Verfügbarkeit von kostengünstigen Bankkrediten abhängig sind, zu einem erheblichen Wettbewerbsnachteil werden – insbesondere wenn zentrale Bereiche der Wirtschaft (wie etwa der Tourismussektor, die Bauwirt-

*Die Eigenkapitalerfordernisse im Rahmen von Basel II könnten zu einer Spaltung des Bankensektors in Institute mit risikoarmem und solche mit risikoreichem Portfolio führen. Wettbewerbspolitisch bedenkliche Konzentrationsprozesse und gesamtwirtschaftlich unerwünschte Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung könnten dadurch ausgelöst werden.*

*Die vom Basler Ausschuss geförderten Risikoverfahren können die Homogenität der Risikoprofile im Bankensektor bedeutend erhöhen und dadurch Finanzkrisen verschärfen.*

*Die österreichische Wirtschaft ist unterschiedlich stark von den Neuregelungen der Kreditwirtschaft durch Basel II betroffen. Die Prozyklik der sensitiveren Risikobewertung kann sich negativ auf die konjunktur reagiblen Bereiche der österreichischen Wirtschaft auswirken. Die Erleichterungen für die Kreditgewährung an kleine und mittlere Unternehmen entschärfen hingegen die befürchteten negativen Auswirkungen der neuen Eigenkapitalregeln auf die Finanzierungsbedingungen. Im österreichischen Bankensektor könnte Basel II die Strukturbereinigung in wettbewerbpolitisch unerwünschtem Ausmaß beschleunigen.*

schaft und die exportorientierte Sachgüterproduktion in Österreich) außerordentlich konjunkturrempfindlich sind. Die Erleichterung der Kapitalunterlegung für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen sollte jedoch die mittelbetriebliche Wirtschaft Österreichs begünstigen. Basel II könnte zugleich für den klein- und mittelbetrieblichen österreichischen Bankensektor den Beginn einer tiefgreifenden Neuordnung bedeuten, mit Konsequenzen für die Unternehmensfinanzierung und den Finanzplatz Österreich, die gegenwärtig nur schwer abzuschätzen sind.

## Umsetzung von Basel II erfordert kompetente und entschlossene Aufsichtsinstanzen

Einigen makroökonomisch motivierten Bedenken gegenüber der neuen Basler Eigenkapitalvereinbarung (Säule 1) trug der Basler Ausschuss bereits Rechnung. Mit Abschluss des dritten Konsultationspakets gegen Ende 2003 wird sich zeigen, ob der neue Akkord neben einer soliden mikroökonomischen auch eine tragfähige makroökonomische Fundierung aufweisen wird. Davon wird es abhängen, ob die zwei anderen Säulen der Basler Übereinkunft – aufsichtliches Überprüfungsverfahren (Säule 2) und Marktisziplin (Säule 3) – die überaus hohen Erwartungen, die in sie gesetzt werden, erfüllen können. Vor allem stellt der neue Basler Vertrag künftig außerordentlich hohe Anforderungen an die Personal- und Ressourcenausstattung von Aufsichtsbehörden: Die Aufsichtsinstanzen werden mit Befugnissen ausgestattet, die das derzeit geltende Maß an Überwachungskompetenz weit überschreitet. Bisher hat der Basler Ausschuss noch keine Anleitungen zu den konkreten Maßnahmen der Aufsichtsinstanzen veröffentlicht; nach Auffassung der Europäischen Zentralbank erfordert aber die wirksame Umsetzung von Säule 2 die Beseitigung jeglicher rechtlichen Beschränkung des Ermessensspielraums der Aufsichtsinstanzen. Damit würde den Aufsichtsorganen ein Maß an Verantwortung und Macht übertragen, das bisher außerhalb der europäischen, vor allem aber der österreichischen Aufsichtstradition lag.

## Literaturhinweise

- Acharya, V., "A Theory of Systemic Risk and Design of Prudential Bank Regulation", New York University, Stern School of Business, Working Paper, 2001.
- Allen, L., Saunders, A., A Survey of Cyclical Effects in Credit Risk Measurement Models. Technical Report, New York University, Stern School of Business, New York, 2002 (mimeo), <http://www.bis.org/publ/work126.htm>.
- Artopoulos, W., "Global Banking erfordert neues Aufsichtsrecht", Die Bank, 2000, (1).
- Baglioni, A., The New Basle Accord: Which Implications for Monetary Policy Transmission?, Università Cattolica di Milano, Mailand, 2002 (mimeo).
- Basel Committee on Banking Supervision, The New Basel Capital Accord, Bank for International Settlements, Basel, 2001.
- Basel Committee on Banking Supervision, Quantitative Impact Study 3, Technical Guidance, Bank for International Settlements, Basel, 2002.
- Berger, A. N., Herring, R. J., Szego, G. P., "The Role of Capital in Financial Institutions", Journal of Banking and Finance, 1995, (19).
- Bhattacharya, S., Boot, A. W. A., Thakor, A. V., "The Economics of Bank Regulation", Journal of Money, Credit, and Banking, 1998, 30(4), S. 745-770.
- Blum, J., "Do Capital Adequacy Requirements Reduce Risks in Banking?", Journal of Banking and Finance, 1999, (23).
- Blum, J., Hellwig, M., "The Macroeconomic Implications of Capital Adequacy Requirements for Banks", European Economic Review, 1995, (39).
- Borio, C., Furfine, C., Lowe, P., "Procyclicality of the Financial System and Financial Stability: Issues and Policy Options", BIS Papers, 2001, (1).
- Boss, M., "Ein makroökonomisches Kreditrisikomodell zur Durchführung von Krisentests für das österreichische Kreditportfolio", OeNB, Finanzmarktstabilitätsbericht, 2002, (4), S. 68-88.
- Catarineu-Rabell, E., Jackson, P., Tsomocos, D., Procyclicality and the New Basle Accord – Banks' Choice of Loan Rating System, Bank of England, London, 2002 (mimeo).
- Chami, R., Cosimano, T. F., Monetary Policy with a Touch of Basel, International Monetary Fund, Washington, DC, 2002 (mimeo).
- Danielsson, J., Embrechts, P., Goodhart, C., Keating, C., Muennich, F., Renault, O., Shin, H. S., "An Academic Response to Basel II", LSE Financial Markets Group, Special Paper, 2001, (130).
- Deutsche Bundesbank, "Die neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung (Basel II)", Monatsberichte, 2001, 35(4), S. 15-44.
- Dewatripont, M., Tirole, J., The Prudential Regulation of Banks, M.I.T. Press, Cambridge, MA, 1993.

- Diamond, D., Rajan, R. G., "A Theory of Bank Capital", *Journal of Finance*, 2000, 55(6), S. 2431-2465.
- Embrechts, P., *Extreme Value Theory: Potential and Limitations as an Integrated Risk Measurement Tool*, ETH Zürich, 2000 (mimeo).
- Estrella, A., *The Cyclical Behavior of Optimal Bank Capital*, Federal Reserve Bank of New York, 2001 (mimeo), <http://www.bis.org/bcbs/oslo/estrella.pdf>.
- European Central Bank, (2001A), *The New Basel Capital Accord: Comments of the European Central Bank*, Frankfurt, 2001, <http://www.bis.org/bcbs/cacomments.htm>.
- European Central Bank, (2001B), "The New Capital Adequacy Regime – The ECB Perspective", *Monthly Bulletin*, 2001, (May), S. 59-75.
- Freixas, X., Rochet, J. C., *Microeconomics of Banking*, M.I.T. Press, Cambridge, MA, 1998.

### *The New Basel Capital Accord (Basel II) from a Macroeconomic Point of View – Summary*

The Basel Committee on Banking Supervision and the EU Commission have submitted – widely harmonised – proposals for reforming the capital requirements for banks and investment firms (Basel II). The object of the reform is to strengthen the stability of the financial market by aligning the regulatory capital requirements of banks more closely with underlying risks, especially credit risks, an object that is to be achieved chiefly by the greater use of new risk assessment methods to be applied internally by the banks.

Macroeconomic aspects on the regulatory side were, for the time being, almost ignored by both proposals. The resultant consequences that might arise for the overall economy and financial system triggered an intense debate among scientists and politicians which has not yet been settled.

The most vigorous debate focused on the fear that Basel II, with its more risk-sensitive regulations for capital requirements, might have a greater destabilising effect on the business cycle than Basel I has. The credit cycle followed by the banks, already strongly marked by the business cycle, would be enhanced rather than muted by the new internal risk assessment methods. This objection is based on insights that are well-founded in empirical terms. The cyclical sensitivity of central risk factors in the credit business is rarely given consideration by the banks. Empirical evidence also fuels the suspicion that banks base their risk assessment on short periods (one year or less). This implies, i.a., that any static short-term risk assessment, such as is preferred by the banks, may lead to credit risks being undervalued during a cyclic upturn and overvalued during a downswing. Such behaviour will strengthen the upturn but may well accelerate the subsequent downswing.

In the course of the consultation process, the Basel Committee has shown itself open to such objections, and is expected to recommend that the banks proceed more cautiously in estimating the default probabilities and follow a more future-oriented and macro-economically founded approach.

In connection with Basel II, many EU countries, including Austria, have expressed their fears that the new capital requirements regime for banks might make lending to SMEs more expensive. The Basel Committee used such concerns as a starting point to revise the capital requirements for lending to SMEs and to defuse their most serious consequences. Simulations show that due to the substantial reduction of capital requirements for loans to SMEs, banks should incur much lower regulatory costs than when lending to larger companies of an equal credit standing.

Each of these macroeconomic implications of Basel II is important from the Austrian point of view, albeit not to the same extent. The procyclic trend in the internal ratings of banks may produce critical competitive disadvantages for an economy whose businesses are highly dependent on the availability of low-cost bank loans, especially when (as is the case in Austria) key sectors, such as tourism, construction and export manufacturing, are extremely sensitive to variations in the business cycle. Easing up the capital requirements for loans to SMEs should benefit the Austrian economy which is characterised by a strong emphasis on SMEs.

Once the third consultative stage is completed in late 2003, it will be seen whether the new accord will feature a strong macroeconomic foundation in addition to a sound microeconomic base. This will be the criterion by which to judge whether Basel II will be able to meet the great expectations it has been raising.

- Grünbichler, A., "Ein kontinuierlicher Aufsichtsprozess für Eigenkapital und Risikomanagement – Bankwirtschaftliche Anmerkungen zur 2. Säule in Basel 2", *BankArchiv*, 2003, 51(1), S. 7-10.
- Hahn, F. R., "EU-Konsultationspapier zur Überarbeitung der Eigenkapitalvorschrift für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen – Kommentar aus makroökonomischer Sicht", *BankArchiv*, 2000, 48(9), S. 787-792.
- Hahn, F. R., (2001A), "Macprudential Financial Regulation and Monetary Policy", WIFO Working Papers, 2001, (154), [http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=20525](http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20525).
- Hahn, F. R., (2001B), "Risk-taking and Solvency Regulation in Banking – A Comment", WIFO Working Papers, 2001, (157), [http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=20625](http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20625).
- Hahn, F. R., "The Effects of Bank Capital on Bank Credit Creation. Panel Evidence from Austria", WIFO Working Papers, 2002, (188), [http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=22903](http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22903).
- Hall, M. J. B., "The Basle Committee's Proposals for the New Capital Adequacy Assessment Framework: A Critique", *BNL Quarterly Review*, 2001, 217, S. 111-179.
- Hancock, D., Wilcox, J. A., "The 'Credit Crunch' and the Availability of Credit to Small Business", *Journal of Banking and Finance*, 1998, (August).
- Heinemann, F., Schüler, M., "A Stigler View on Banking Supervision", *ZEW Discussion Papers*, 2002, (66).
- Honda, Y., "The Effect of the Basle Accord on Bank Credit: The Case of Japan", *Applied Economics*, 2002, 34, S. 1233-1239.
- International Monetary Fund, *IMF Staff Comments on the January 2001 Proposals of the Basle Committee on Banking Supervision for a New Capital Adequacy Framework for Banks*, Washington, DC, 2001 (mimeo).
- Jackson, P., et al., "Capital Requirements and Bank Behavior: The Impact of the Basle Accord", *Basle Committee on Banking Supervision, Working Paper*, 1999, (1).
- John, K., Saunders, A., Senbet, L., "A Theory of Bank Regulation and Management Compensation", *Review of Financial Studies*, 2000, 13(1), S. 99-125.
- Lowe, P., "Credit Risk Measurement and Procyclicality", *BIS Working Papers*, 2002, (116).
- Mishkin, F. S., "Prudential Supervision: Why Is It Important and What are the Issues?", *NBER Working Paper*, 2000, (7926).
- Partsch, F., Wlaschitz, B., *Mögliche Auswirkungen von Basel II auf die Kreditfinanzierung von Unternehmen aus der Sicht der Bankenaufsicht*, Oesterreichische Nationalbank, Wien, 2003 (mimeo).
- Peek, J., Rosengreen, E. S., "The Capital Crunch: Neither a Borrower Nor Lender be", *Journal of Money, Credit, and Banking*, 1995, 27(3), S. 625-638.
- Santos, J. A. C., "Banking Capital Regulation in Contemporary Banking Theory: A Review of the Literature", *BIS Working Papers*, 2000, (90).
- Saunders, A., Allen, L., *Credit Risk Measurement*, 2nd Edition, John Wiley & Sons, New York, 2002.
- Shleifer, A., *Inefficient Markets – An Introduction to Behavioral Finance*, Oxford University Press, Oxford, 2000.
- Tanaka, M., "How Do Bank Capital and Capital Adequacy Regulation Affect the Monetary Transmission Mechanism", *University of Oxford, CESifo Working Paper*, 2002, (799).
- Tumpel-Gugerell, G., "Die neuen Eigenkapitalbestimmungen und ihre Auswirkungen auf das österreichische Kreditwesen aus der Sicht der OeNB", *BankArchiv*, 1999, 47(12).

Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen

## Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten

**In den letzten Jahrzehnten hat sich die wirtschaftspolitische Diskussion von der Verteilungsperspektive des Lohnanteils am Volkseinkommen zur Standortperspektive der Lohnstückkostenposition verschoben. Die Konzepte dieser beiden Indikatoren sind einander sehr ähnlich. Als wichtigste langfristige Determinanten für die relative Einkommensposition der Arbeitnehmer erweist sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt.**

Der vorliegende Beitrag beruht auf einer Studie des WIFO im Auftrag der Oesterreichischen Nationalbank und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit: Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen: Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten (2002, 55 Seiten, 40,00 €, Download 32,00 €: [http://titel.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=22350](http://titel.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22350); Bestellungen bitte an Christine Kautz, Tel. (+43 1) 798 26 01-282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail [Christine.Kautz@wifo.ac.at](mailto:Christine.Kautz@wifo.ac.at)) • Begutachtung: Fritz Breuss, Alois Guger • Wissenschaftliche Assistenz: Roswitha Übl • E-Mail-Adressen: [Markus.Marterbauer@wifo.ac.at](mailto:Markus.Marterbauer@wifo.ac.at), [Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at](mailto:Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at), [uebl@wifo.ac.at](mailto:uebl@wifo.ac.at)

Mehrere statistische Konzepte sind gebräuchlich, um Verschiebungen der relativen Einkommensposition der Arbeitnehmer zu messen: die Lohnquote, die bereinigte Lohnquote, die realen Lohnstückkosten und die Reallohnposition. Die ersten zwei Indikatoren werden oft für verteilungspolitische Fragen herangezogen. Sie können zwar die Einkommensverteilung zwischen Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit einerseits und solchen aus Besitz und Unternehmung andererseits abbilden, nicht jedoch die Einkommensverteilung zwischen Personen und Personengruppen. Veränderungen der Lohnquote können nicht nur eine Folge der Verschiebung der Einkommensanteile zwischen Lohn- und Gewinneinkommen sein, sondern auch auf die Veränderung des Anteils der Vermögenseinkommen oder den Wandel der Wirtschaftsstruktur zurückgehen.

Die keynesianische Theorie stellt vor allem die Frage nach den gesamtwirtschaftlichen Determinanten und Auswirkungen der Lohnquotenentwicklung und betont dabei Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit als entscheidende Faktoren. In einer stark vereinfachten keynesianischen Theorie könnte ein Rückgang der Lohnquote Kaufkräfteinbußen und damit eine Dämpfung des Wirtschaftswachstums bedeuten (Kaufkraftthese).

Die neoklassische Theorie bezieht sich auf die Reallohnposition bzw. die Lohnstückkosten und misst einem Zurückbleiben der Reallohn- hinter der Produktivitätssteigerung eine positive Wirkung auf die Beschäftigung (Substitutionsthese) oder das Wirtschaftswachstum (Gewinnthese) zu. Das Konzept der Reallohnposition wird heute insbesondere in der Standortdiskussion angewandt.

Die verschiedenen Konzepte sind einander sehr ähnlich und eng verwandt: Die realen Lohnstückkosten sind nichts anderes als eine reale bereinigte Lohnquote: Sie entsprechen der bereinigten Lohnquote, multipliziert mit dem Quotienten aus BIP-Deflator und Konsumdeflator. Die realen Lohnstückkosten spiegeln im Gegensatz zur (nominellen) bereinigten Lohnquote auch wider, dass Unternehmer und Arbeitnehmer unterschiedlich von Preissteigerungen betroffen sind. Die Einkommen der Arbeitnehmer werden üblicherweise mit dem Deflator des privaten Konsums, die gesamten volkswirtschaftlichen Einkommen bzw. Leistungen mit dem BIP-Deflator preisbereinigt.

**Lohnquote, reale  
Lohnstückkosten,  
Reallohnposition**

Die Reallohnposition ist wiederum identisch mit den realen Lohnstückkosten, dividiert durch den Quotienten der Deflatoren des BIP und der inländischen Verwendung (Terms-of-Trade-Effekt). Sie berücksichtigt nicht nur die unterschiedliche Inflationsbetreffenheit, sondern auch die Bedeutung der Entwicklung der Export- und Importpreise (Terms-of-Trade) für den Produktivitätsspielraum. Gleichzeitig entspricht die Reallohnposition der bereinigten Lohnquote, multipliziert mit dem Quotienten aus inländischer Verwendung und Deflator des privaten Konsums. Die unterschiedliche Inflationsbetreffenheit  $P_Y/P_C$  und der Terms-of-Trade-Effekt  $P_Y/P_V$  kürzen sich auf den obigen Quotienten  $P_V/P_C$  (siehe Kasten "Unterschiedliche Konzepte zur Messung von Verschiebungen der relativen Einkommensposition der Arbeitnehmer").

*Unterschiedliche Konzepte zur Messung von Verschiebungen der relativen Einkommensposition der Arbeitnehmer*

Lohnquote

$$LQ = LG/VE$$

Bereinigte Lohnquote

$$\begin{aligned} LQB &= \frac{LG/VE}{UNS/ERW} \\ &= \frac{LG/UNS}{VE/ERW} \end{aligned}$$

Reale Lohnstückkosten<sup>1)</sup>

$$\begin{aligned} ULC_r &= \frac{LG_r/UNS}{Y_r/ERW} \\ &= \frac{LG/Y}{UNS/ERW} \times (P_Y/P_C) \\ &= LQB \times (P_Y/P_C) \end{aligned}$$

wenn

$$Y = VE$$

Reallohnposition<sup>1)</sup>

$$\begin{aligned} RLP &= \frac{LG_r/UNS}{Y_r/ERW} / (P_Y/P_V) \\ &= ULC_r / (P_Y/P_V) \\ &= LQB \times (P_Y/P_C) / (P_Y/P_V) \\ &= LQB \times (P_V/P_C) \end{aligned}$$

*LQB* ... bereinigte Lohnquote, *RLP* ... Reallohnposition, *ULC<sub>r</sub>* ... Lohnstückkosten, *LG* ... Lohn- und Gehaltssumme (einschließlich Arbeitgeberbeiträge), *VE* ... Volkseinkommen, *UNS* ... unselbständig Erwerbstätige, *ERW* ... Erwerbstätige, *Y* ... Bruttoinlandsprodukt, *P<sub>Y</sub>* ... BIP-Deflator, *P<sub>C</sub>* ... Deflator des privaten Konsums, *P<sub>V</sub>* ... Deflator der inländischen Verwendung, *r* ... real.

<sup>1)</sup> In Indexform gerechnet.

**Kontinuierlicher Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen**

Die Entwicklung der Lohnquote zeigt in den letzten Jahrzehnten ein charakteristisches Muster: Bis Anfang der achtziger Jahre stieg die bereinigte Lohnquote, seither geht sie kontinuierlich zurück. Dieses Muster gilt nicht nur für Österreich, sondern für alle EU-Staaten. Der internationale Einklang deutet bereits darauf hin, dass die Entwicklung nicht auf "willkürliches" Gewerkschaftsverhalten in einzelnen Ländern, sondern auf gemeinsame Ursachen zurückgeht.

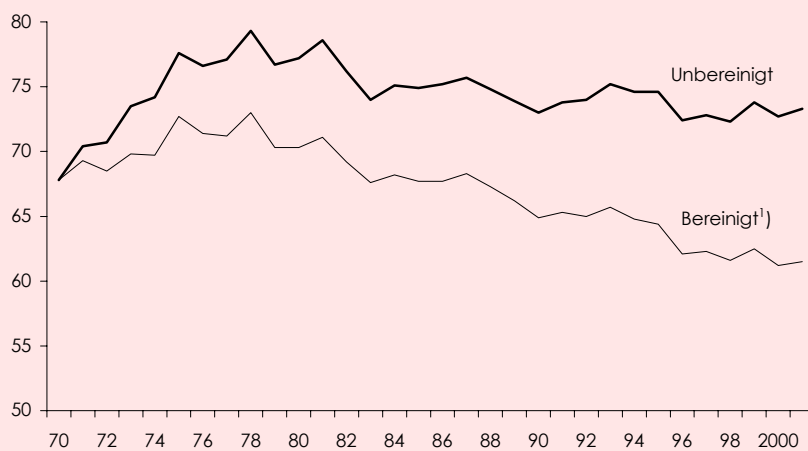
In Österreich erhöhte sich die unbereinigte Lohnquote in den siebziger Jahren deutlich: von 68% im Jahr 1970 auf 79% im Jahre 1981, danach ging sie tendenziell zurück bis auf rund 73% im Jahr 2000. Diese Entwicklung hat jedoch nur geringe Aussagekraft, weil sie mit einer merklichen Verschiebung des Anteils der Selbständigen verbunden war. Dieser verringerte sich nach WIFO-Berechnungen von 22% im Jahr 1970 auf 11% im Jahr 2000, nach VGR-Daten (einschließlich geringfügig Erwerbstätiger) von 31% auf 18%. Die langfristige Abnahme des Anteils der Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen spiegelt in erster Linie die Abwanderung aus der Landwirtschaft wider. Mitte der neunziger Jahre scheint jedoch der Rückgang der Selbständigenquote zum Stillstand gekommen zu sein.

*In allen EU-Staaten geht die bereinigte Lohnquote seit Anfang der achtziger Jahre zurück. Das gleiche gilt für die realen Lohnstückkosten. Sie sanken in Europa deutlicher als in den USA.*

Aussagekräftiger als die unbereinigte Lohnquote ist in jedem Fall die Entwicklung der um Verschiebungen der Struktur der Erwerbstätigen bereinigten Lohnquote. Diese weist seit 1978 einen deutlich sinkenden Trend auf (-0,8 Prozentpunkte pro Jahr).

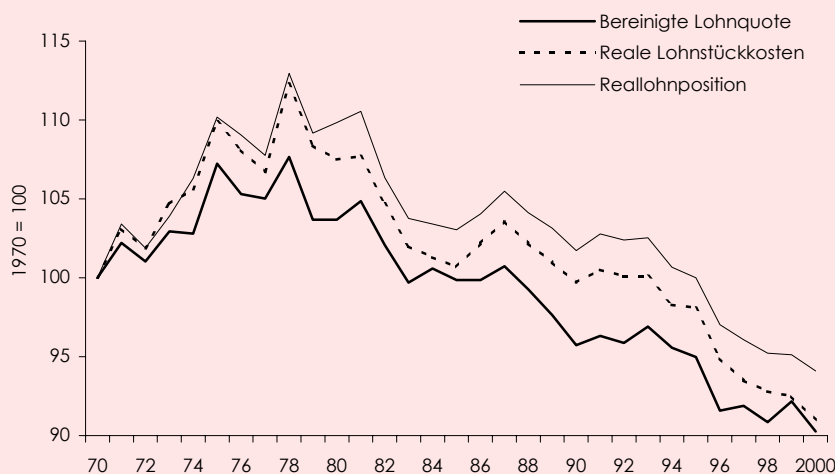
Abbildung 1: Lohnquote in Österreich

In % des Volkseinkommens



Q: Statistik Austria. – ¹) Um die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1970.

Abbildung 2: Bereinigte Lohnquote, reale Lohnstückkosten und Reallohnposition in Österreich



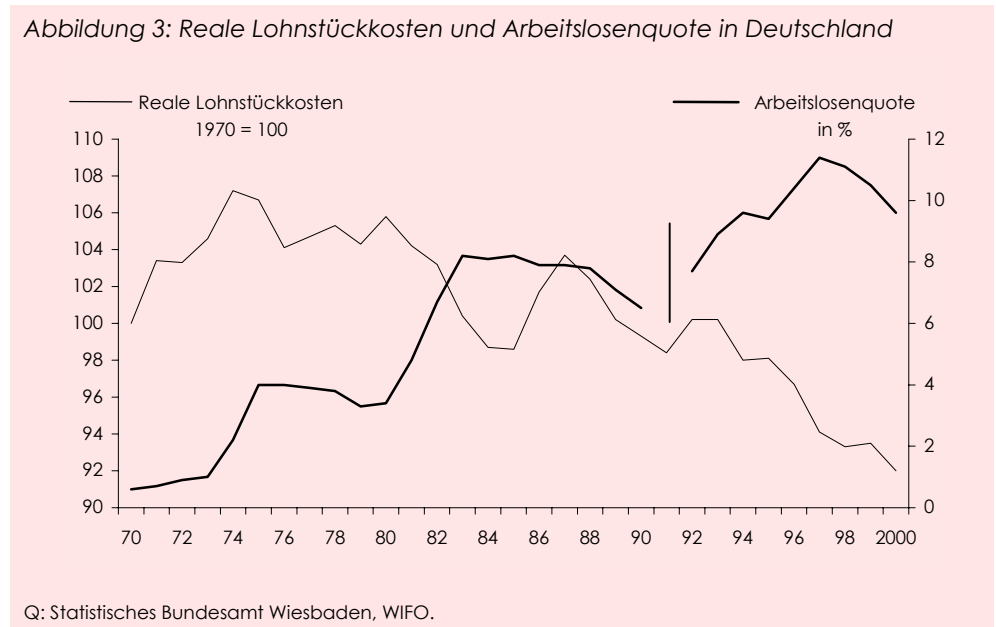
Q: Statistik Austria, WIFO.

Die Reallohnposition bietet das gleiche Bild wie die bereinigte Lohnquote (Abbildung 2). Nur in der ersten und zweiten Erdölpreiskrise ging die Entwicklung der Reallohnposition entsprechend der Berechnungsmethode über jene der Lohnquote hinaus. Nach dem Konzept der Reallohnposition mindern die Terms-of-Trade-Verluste den Reallohnspielraum. Die tatsächlichen Reallohnsteigerungen schießen deshalb über den verfügbaren Produktivitätsspielraum hinaus.

Die realen Lohnstückkosten, welche die Terms-of-Trade-Effekte außer Acht lassen, sanken in Österreich seit 1980 um 15%, seit 1990 um 9%. Der Rückgang fiel etwas stärker aus als in Deutschland (-13% bzw. -7%) und im EU-Durchschnitt (-12% bzw. -6%). Die Realeinkommensteigerungen der Arbeitnehmer blieben also in beiden Jahrzehnten deutlich hinter dem Fortschritt der Arbeitsproduktivität zurück.

Die Reallohnposition hat sich auch in Deutschland in den achtziger und neunziger Jahren stark verschlechtert, die realen Lohnstückkosten sanken deutlich (Abbildung 3). Gerade in Deutschland, wo besonders vehement über die Löhne als Ursache der hohen Arbeitslosigkeit geklagt wird, gingen die realen Lohnstückkosten sogar etwas stärker zurück als im EU-Durchschnitt. Trotz dieses markanten Zurückbleibens der Reallohnentwicklung hinter dem Produktivitätsfortschritt war die Arbeitsmarktlage in Deutschland in den neunziger Jahren enttäuschend.

Abbildung 3: Reale Lohnstückkosten und Arbeitslosenquote in Deutschland



In der EU ist die gleiche Entwicklungstendenz der bereinigten Lohnquote wie in Österreich und Deutschland zu beobachten. Nach einem Anstieg in den siebziger Jahren (bei guter Arbeitsmarktlage) und einem Rückgang in den achtziger und neunziger Jahren liegt die bereinigte Lohnquote heute um gut 2 Prozentpunkte unter dem Wert von 1970 und ist um 7 Prozentpunkte niedriger als ihr Höchstwert von 1981.

Zwischen 1980 und 1999 sanken die realen Lohnstückkosten in der EU um 12%, merklich stärker als in den USA. Dennoch war die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt völlig unterschiedlich, weil die Wirtschaft in den USA viel kräftiger wuchs als in der EU und in Deutschland – wofür nicht Kostenfaktoren, sondern hauptsächlich der raschere technologische Fortschritt (Informations- und Kommunikationstechnologien) maßgebend war.

Die Unterschiede zwischen der Entwicklung der Lohnstückkosten werden primär vom Produktivitätsfortschritt geprägt. Dieser weicht von Land zu Land viel stärker ab als die Reallohnveränderung. In Irland, Finnland und Schweden etwa stieg die Produktivität in den neunziger Jahren um 25% bis 35%. Die Realeinkommen nahmen in Finnland und Schweden ähnlich wie im EU-Durchschnitt (+8%) zu. In den meisten EU-Staaten (mit Ausnahme von Italien) erhöhten sich die Reallöhne in den neunziger Jahren um 5% bis 10%, die Produktivität dagegen um 10% bis 30%. Kräftiges Wirt-

schaftswachstum, meist von technischer Innovation oder Nachfragebelebung induziert, treibt den Produktivitätsfortschritt an, und dieser hat eine Verringerung der realen Lohnstückkosten zur Folge. Eine Verringerung der Arbeitslosenquote wirkt dem entgegen, indem sie die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer stärkt.

Die Entwicklung der bereinigten Lohnquote als Kennzahl der funktionellen Einkommensverteilung und jene der Reallohnposition als Standortindikator unterliegen vielfältigen Bestimmungsgründen. Als entscheidend erscheinen der Konjunkturzyklus, die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Preisentwicklung:

Der Einfluss der Konjunktur ("Kaldor-Effekt") wird durch das BIP-Wachstum abgebildet. Die Konjunktur erklärt vor allem die kurzfristigen Schwankungen der Lohnquote, die mittelfristigen Trends der Lohnquote werden durch die Arbeitsmarktlage ("Quasi-Phillips-Kurven-Effekt") bestimmt. Eine Zunahme der Arbeitslosenquote drängt die gewerkschaftliche Lohnpolitik in die Defensive und lässt überdies kaum Spielraum für eine positive Lohndrift.

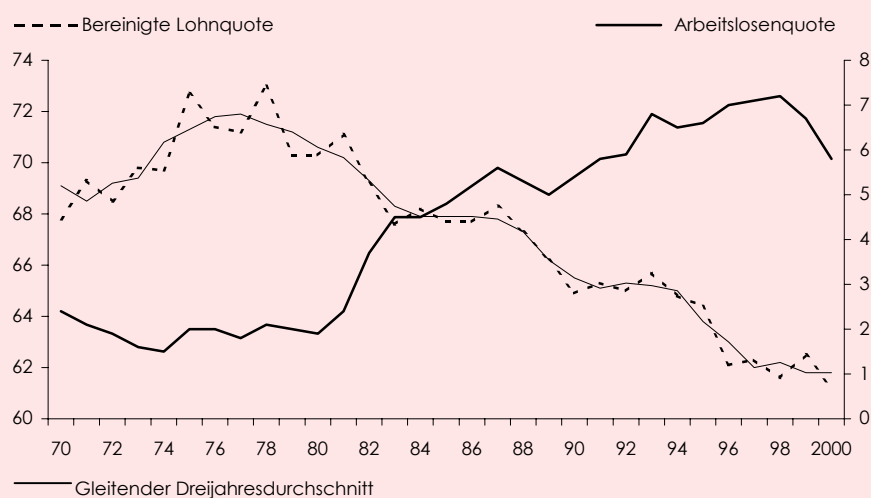
Die Entwicklung der bereinigten Lohnquote und der realen Lohnstückkosten wird überdies kurzfristig durch Preisschwankungen bestimmt. Die Rohwaren- und Erdöl-märkte treiben oft die Import- und Verbraucherpreise in die Höhe; die Löhne folgen dieser Entwicklung mit einer gewissen Verzögerung, weil sich die Gewerkschaften bemühen, Reallohnverluste auszugleichen. Dieser Faktor wird in den Gleichungen (1) bis (10) durch die verzögerte Inflationsrate bzw. Entwicklung der Nominallohne abgebildet. In der Lohnentwicklung spiegelt sich auch der autonome Einfluss der Gewerkschaftspolitik.

### Determinanten der Lohnquotenentwicklung: Konjunktur, Arbeitsmarkt, Inflation

*Ein Rückgang der Lohnquote wird kurzfristig vor allem durch rasches Wirtschaftswachstum und Produktivitätswachstum im Konjunkturaufschwung und rückläufigen Preisauftrieb bestimmt; langfristig bildet ein Anstieg der Arbeitslosenquote, der mit sinkender Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer verbunden ist, eine entscheidende Determinante.*

Abbildung 4: Bereinigte Lohnquote und Arbeitslosenquote in Österreich

In %



Q: Statistik Austria, WIFO.

Mit Hilfe einer Reihe von Regressionsgleichungen wurde versucht, den Einfluss der drei Variablen – Konjunktur, Arbeitsmarktlage und Preisentwicklung – auf die Veränderung der bereinigten und unbereinigten Lohnquote sowie der Reallohnposition zu schätzen. Alle drei erklärenden Variablen sind signifikant und weisen das zu erwartende Vorzeichen auf. Die drei Determinanten können im Zeitraum zwischen 1970 und 2000 etwa 40% bis 80% der Veränderung der bereinigten Lohnquote in Österreich erklären (siehe Kasten "Abbildung des Einflusses von Konjunktur, Arbeitsmarktlage und Preisentwicklung auf die Veränderung der Lohnquote und der Reallohnposition").

Die Konjunkturkomponente ist in diesen Berechnungen hoch signifikant. In Aufschwungsphasen sinkt die bereinigte Lohnquote, weil die Reallohnsteigerungen zunächst hinter den Produktivitätssteigerungen zurückbleiben. In Rezessionsjahren

steigt hingegen die Lohnquote, weil die Gewinne der Unternehmen stärker von einer Verringerung der Kapazitätsauslastung betroffen sind als die Löhne und Gehälter. In allen untersuchten Rezessionsjahren (1975, 1981/82, 1993 und 2001) nahm die bereinigte Lohnquote deutlich zu (Abbildung 1). Eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im Konjunkturverlauf um 1 Prozentpunkt geht im Durchschnitt der letzten drei Jahrzehnte in den meisten Gleichungen mit einem Rückgang der bereinigten Lohnquote um 0,4 bis 0,7 Prozentpunkte einher.

Auch zwischen der Veränderung der Arbeitslosenquote und der Lohnquote besteht ein sehr enger Zusammenhang. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt verringert die bereinigte Lohnquote in den meisten Gleichungen um 1 bis 1¼ Prozentpunkte. Besonders bemerkenswert ist, dass der Trend der bereinigten Lohnquote – Zunahme in den siebziger Jahren, Sinken in den achtziger und neunziger Jahren – umgekehrt zum Trend der Arbeitslosenquote verläuft. Abbildung 4 zeigt dies deutlich.

Abbildung des Einflusses von Konjunktur, Arbeitsmarktlage und Preisentwicklung auf die Veränderung der Lohnquote und der Reallohnposition

(1)	$LQB_t = + 0,29 - 0,39 Y_t - 1,14 AL_{t-1} + 0,18 P_{C,t-1}$	$R^2 = 0,42,$	$DW = 2,02$
	(27) (48) (49)		
(2)	$LQB_t = + 0,33 - 0,43 Y_t + 1,07 BQ_{t-1} + 0,18 P_{C,t-1}$	$R^2 = 0,51$	$DW = 2,27$
	(23) (31) (24)		
(3)	$LQB_t = - 0,05 - 0,40 Y_t + 1,15 BQ_{t-1} + 0,22 P_{C,t-1} - 0,36 LQB_{t-1}$	$R^2 = 0,63$	$DW = 1,71$
	(22) (26) (32) (35)		
(4)	$LQB_t = + 0,09 - 0,59 Y_t - 1,12 AL_t + 0,24 W_t$	$R^2 = 0,66$	$DW = 2,04$
	(16) (40) (19)		
(5)	$LQB_t = + 0,49 - 0,67 Y_t + 1,26 BQ_t + 0,20 W_t$	$R^2 = 0,77$	$DW = 2,34$
	(12) (21) (17)		
(6)	$LQB_t = + 0,26 - 0,64 Y_t + 1,20 BQ_t + 0,21 W_t - 0,26 LQB_{t-1}$	$R^2 = 0,84$	$DW = 1,77$
	(11) (19) (14) (31)		
(7)	$RLP_t = + 0,32 - 0,47 Y_t - 2,46 AL_{t-1} + 0,28 VPI_{t-1}$	$R^2 = 0,37$	$DW = 1,90$
	(36) (36) (49)		
(8)	$RLP_t = + 0,09 - 0,93 Y_t + 2,36 BQ_t + 0,40 W_t - 0,21 RLP_{t-1}$	$R^2 = 0,89$	$DW = 1,84$
	(9) (12) (10) (33)		
(9)	$ULC_{r,t} = + 0,20 - 0,50 Y_t - 2,41 AL_{t-1} + 0,29 VPI_{t-1}$	$R^2 = 0,37$	$DW = 1,82$
	(35) (38) (47)		
(10)	$ULC_{r,t} = + 0,65 - 0,87 Y_t + 3,01 BQ_t + 0,43 VPI_{t-1}$	$R^2 = 0,61$	$DW = 1,71$
	(19) (19) (26)		

$LQB$  . . . bereinigte Lohnquote, absolute Veränderung,  $RLP$  . . . Reallohnposition, relative Veränderung,  $ULC_r$  . . . reale Lohnstückkosten, relative Veränderung,  $Y$  . . . Wirtschaftswachstum,  $AL$  . . . Arbeitslose (laut AMS) in % der Erwerbspersonen, absolute Veränderung,  $BQ$  . . . Beschäftigte in % der Bevölkerung (15- bis 64-Jährige),  $P_C$  . . . Deflator des privaten Konsums,  $VPI$  . . . Inflationsrate,  $W$  . . . Pro-Kopf-Einkommen, relative Veränderung: Lohn- und Gehaltsumme einschließlich der Arbeitgeberbeiträge, dividiert durch die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen (laut VGR); kursive Zahlen in Klammer . . . Standardabweichung in % des Regressionskoeffizienten (ein Wert unter 50 zeigt ein hohes Signifikanzniveau an).

Da die Arbeitslosigkeit in Österreich sehr stark von institutionellen und arbeitsmarktpolitischen Einflüssen (wie der Zahl der Frühpensionierungen oder der in Schulung stehenden Arbeitslosen) geprägt ist, kann als alternative Arbeitsmarktvariable statt der Arbeitslosenquote die Entwicklung der Beschäftigungsquote (Beschäftigung in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren) herangezogen werden. Der Erklärungswert der Gleichung verbessert sich dadurch spürbar. Eine

Erhöhung der Beschäftigungsquote um 1 Prozentpunkt geht mit einem Anstieg der bereinigten Lohnquote um 1 bis 1¼ Prozentpunkte einher.

Das Hinzufügen einer eigenen Preisvariablen erscheint sinnvoll, weil die Lohnpolitik grundsätzlich eine Abgeltung der Preissteigerungen und eine Beteiligung am Produktivitätsfortschritt anstrebt. Die Löhne reagieren gewöhnlich mit Verzögerung auf Preisveränderungen, diese wiederum folgen den Outputschwankungen und vor allem den Fluktuationen auf den Rohwaren- und Erdölmärkten mit einem gewissen Lag. Das Ausmaß der Einbeziehung von unerwarteten Preiserhöhungen in die Lohnforderungen dürfte aber zwischen verschiedenen Ländern und Lohnverhandlungsstrukturen sehr unterschiedlich sein. Ein Anstieg der Verbraucherpreise um 1% erhöhte in der Vergangenheit in Österreich die bereinigte Lohnquote mit einer Verzögerung von einem Jahr um 0,2 Prozentpunkte.

Als Alternative zur Inflationsrate kann auch eine Lohnvariable verwendet werden. Eine Anhebung der Nominallöhne hat in den Gleichungen positiven Einfluss auf die Lohnquote, sie wird also kurzfristig nicht voll durch Preiserhöhungen ausgeglichen. Ein Anstieg der Pro-Kopf-Löhne um 1% löst eine Reaktion der Lohnquote um etwa +¼ Prozentpunkt aus. Die Signifikanz der Lohnvariablen ist erwartungsgemäß höher als jene der Inflationsrate, weil damit auch autonome Lohnsteigerungen durch Gewerkschaftspolitik, Lohndrift und Strukturverschiebungen, die über die Inflationsabgeltung hinausgehen, erfasst sind.

Wie bereits gezeigt, können die Indikatoren "reale Lohnstückkosten" und "Reallohnposition" als eine reale bereinigte Lohnquote verstanden werden. Die relative Veränderung der Reallohnposition bzw. der realen Lohnstückkosten lässt sich deshalb mit den gleichen drei Faktoren wie die Lohnquote erklären. Der Fit der Gleichungen ist meist etwas schlechter als jener der Lohnquotengleichung. Dies dürfte mit Datenproblemen (z. B. Fehlen einer Statistik der Außenhandelspreise) zusammenhängen.

Die Entwicklung der Lohnquote wird auch von jener der Besitzeinkommen bestimmt. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nach dem ESVG 1995 erlaubt keine detaillierte Unterscheidung zwischen den verschiedenen Formen der Einkünfte aus Besitz und Unternehmung. Wünschenswert wäre insbesondere eine Aufspaltung in Unternehmenserträge und Besitzeinkommen. Diese beiden Einkommensarten unterliegen sehr unterschiedlichen ökonomischen Determinanten, und auch die wirtschaftlichen Auswirkungen einer unterschiedlichen Entwicklung der beiden Einkommenskomponenten sind von erheblichem makroökonomischen Interesse. Da solche Daten fehlen, wird hier auf die "alte" VGR nach dem ESVG 1979 zurückgegriffen, welche die Differenzierung nach Besitz- und Gewinneinkommen erlaubt.

Gemäß dieser Rechnung stiegen von 1980 bis 1997 die Besitzeinkommen rascher als die Gewinne. Der Anteil der Besitzeinkommen an den gesamten Einkünften aus Besitz und Unternehmung erhöhte sich von 18% auf 23%. Dies geht in erheblichem Ausmaß auf den Anstieg der Einkommen aus Vermietung und Verpachtung zurück. Wesentliche Elemente der Zunahme der Besitzeinkommen sind auch die hohen Zinssätze Anfang der achtziger und neunziger Jahre und die Entwicklung auf den Kapitalmärkten generell. Die Hochzinspolitik nach dem Übergang zur monetaristischen Geldpolitik hatte eine Änderung der Einkommensverteilung zwischen Unternehmern und Vermögensbesitzern zur Folge. Dies weist auf einen wesentlichen – und auch kurzfristig wirksamen – Einfluss der Entwicklung des Zinssatzes auf jene der gesamten Besitzeinkommen hin.

Die hohe Dynamik der Besitzeinkommen prägte die Entwicklung der Lohnquote vor allem in den achtziger Jahren entscheidend. Abstrahiert man vom Anteil der Besitzeinkommen am Volkseinkommen und verteilt dieses nur auf Lohn- und Gewinneinkommen, dann entwickelte sich die unbereinigte Lohnquote (laut ESVG 1979) ganz anders: Der Anstieg in den siebziger Jahren fiel deutlich markanter aus – die Lohnquote erreichte im Jahr 1981 79%. Abgesehen von kleinen Schwankungen blieb die unbereinigte Lohnquote auf diesem Niveau (1993 80%). Bis 1997 ging sie dann merklich zurück (76%). Die Nettolohnquote verringerte sich noch deutlicher, weil die Steuerbelastung des Faktors Arbeit stärker stieg als die Gewinnbesteuerung.

## Einfluss der Vermögenseinkommen

*Der Anstieg der Einkommen aus Vermietung und Verpachtung und der Zinserträge trug in Österreich zum Rückgang der Lohnquote erheblich bei.*

## Lohnquote nach Sektoren

Der Lohnanteil am Gesamteinkommen unterscheidet sich zwischen den verschiedenen Sektoren und Branchen erheblich. Lohnquoten im traditionellen Sinn können allerdings für die einzelnen Branchen wegen des Fehlens von spezifischen Daten für Abschreibungen u. a. nicht berechnet werden. Übersicht 1 zeigt den Anteil der Arbeitnehmerentgelte an der gesamten Bruttowertschöpfung. Dieser beträgt für die Gesamtwirtschaft 55% und hat sich seit 1988 nur geringfügig verändert. Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte differiert zwischen den Branchen und Sektoren beträchtlich. Am höchsten ist er im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen mit stabil etwa 80%. Überdurchschnittlich ist er auch in der Sachgütererzeugung. Dort verringerte er sich allerdings von 67% Ende der achtziger Jahre auf 58% im Jahr 2000. In der Bauwirtschaft entspricht der Lohnanteil etwa dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt und ist in der jüngsten Vergangenheit ebenfalls merklich gesunken. Deutlich niedriger ist er im Bereich der privaten Dienstleistungen mit nur etwa 45%, er ist auf diesem Niveau allerdings stabil.

Übersicht 1: Lohnquote nach Sektoren

	Land- und Forstwirtschaft	Sachgütererzeugung	Energieversorgung	Bauwesen	Private Dienstleistungen	Öffentliche Dienstleistungen	Nachrichtenübermittlung	Unternehmensbezogene Dienstleistungen	Gesamtwirtschaft Tatsächlich	Gesamtwirtschaft Hypothetisch <sup>1)</sup>
	Arbeitnehmerentgelte in % der gesamten Bruttowertschöpfung									
1988	8,8	66,8	40,0	60,1	47,2	80,0	55,7	58,6	57,8	57,8
1989	8,4	66,7	40,7	62,5	46,5	79,0	54,6	56,2	57,3	57,4
1990	7,5	65,5	44,3	63,1	45,8	78,9	53,2	54,2	56,7	56,9
1991	8,2	66,7	46,4	61,8	45,9	78,8	52,9	52,1	57,2	57,2
1992	8,9	68,1	46,9	63,4	45,5	78,4	51,4	51,0	57,5	57,4
1993	9,2	69,5	44,5	63,9	46,1	77,8	50,0	52,5	58,0	57,9
1994	8,8	68,0	45,9	61,7	45,9	77,5	47,9	53,1	57,5	57,3
1995	9,4	65,4	45,3	61,6	46,2	76,7	47,9	51,5	57,0	56,7
1996	9,0	63,8	44,1	58,5	45,1	76,4	46,0	50,6	55,9	55,6
1997	9,1	62,1	48,6	58,8	44,4	79,8	50,8	48,3	55,8	55,7
1998	9,1	61,7	47,3	58,5	44,6	79,3	51,4	46,8	55,7	55,6
1999	10,0	60,8	47,3	57,9	45,4	80,9	53,5	46,0	56,3	56,0
2000	9,7	57,7	49,1	58,1	45,1	80,7	58,1	49,8	55,4	55,2

Q: Statistik Austria, WIFO. – <sup>1)</sup> Ohne Verschiebungen der Sektorstruktur, mit konstanten Wertschöpfungsanteilen von 1988 gerechnet.

Die Unterschiede zwischen dem Lohnanteil in der Sachgüterproduktion und in den privaten Dienstleistungsbranchen werden vor allem durch die Betriebsgröße bestimmt. Zwar ist die Kapitalintensität in der Industrie merklich höher, im Dienstleistungsbereich gibt es allerdings eine viel größere Zahl an Selbständigen. Der Lohnanteil an der Wertschöpfung übersteigt in den Sektoren der "New Economy" (Wirtschaftsdienste, Telekommunikation) jenen in den anderen privaten Dienstleistungsbereichen, bleibt aber unter den Werten der Sachgütererzeugung.

Der Strukturwandel von der Landwirtschaft zur Sachgüterproduktion hob deshalb in den fünfziger und sechziger Jahren die Lohnquote an. Der langfristige Strukturwandel von der Sachgütererzeugung zum privaten Dienstleistungssektor drückt hingegen die Lohnquote. Diese Strukturveränderung geht allerdings nur relativ langsam vor sich. Berechnet man eine Lohnquote unter der Annahme konstanter Wertschöpfungsanteile auf der Basis von 1988, dann ergibt sich nur eine geringfügige Niveauverschiebung. Selbst unter dieser Annahme liegt die Lohnquote bei 55%.

## Zusammenfassung

Eine hohe und steigende Arbeitslosenquote bildet langfristig die wichtigste Determinante eines Rückgangs der bereinigten Lohnquote am Volkseinkommen bzw. der realen Lohnstückkosten. Auch das Wirtschaftswachstum hat entscheidenden Einfluss. Eine Ausweitung der Investitionen hat eine Zunahme der Gewinnquote zur Folge. In den europäischen Ländern mit dem raschesten Wirtschafts- und Produktivitätswachstum (Irland, Finnland, Schweden) gingen die realen Lohnstückkosten am stärksten zurück. Der Inflationsrate kommt Bedeutung für die kurzfristige Entwicklung der Lohnquote zu, weil die Arbeitnehmer versuchen, unerwartete Preiserhöhungen durch höhere Lohnforderungen auszugleichen.

*Determinants of Wage Share and Real Unit Labour Costs – Summary*

In the long term, it is high and increasing unemployment which constitutes the key determinant for a decline in the adjusted wage share and the real unit labour costs. Economic growth plays a similarly important role. Higher investment will increase the profit share. Countries whose economy and productivity grew fastest (Ireland, Finland, Sweden) saw their real unit labour costs plunge deepest. The inflation rate affects the wage share in the short term because employees will attempt to compensate for unexpected price increases by demanding higher wages.

## Die letzten 12 Hefte

- 2/2002 Robert Wieser, Gerhard Schwarz, Margarete Czerny, Zurückhaltende Investitionspläne der Unternehmen für 2002. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2001 • Thomas Url, Finanzdienstleistungen in der VGR: Die Versicherungswirtschaft • Kurt Kratena, Wilfried Puwein, Volkswirtschaftliche Auswirkungen einer fahrleistungsabhängigen Lkw-Maut • Gernot Hutschenreiter, Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung
- 3/2002 Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Konjunkturbedingter Rückgang der Selbstfinanzierungskraft 2001. Cash-Flow und Eigenkapital der österreichischen Sachgütererzeugung • Margarete Czerny, Nach Stagnation der europäischen Bauwirtschaft leichte Erholung erst 2003/04 • Robert Wieser, Wettbewerb im öffentlichen Personennah- und -regionalverkehr • Robert Wieser, Aus WIFO-Studien: Steuern und Förderungen als Standortfaktoren
- 4/2002 Ewald Walterskirchen, Zügige Konjunkturerholung. Prognose für 2002 und 2003 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. I. Quartal 2002 • Marcus Scheiblecker et al., Wachstum im Jahresverlauf stetig verlangsamt. Österreichs Wirtschaft im Jahr 2001 • Matthias Schneider, Die EU-Erweiterung und Österreichs Landwirtschaft
- 5/2002 Gerhard Palme, 2001 Konjunkturabschwächung in allen Bundesländern • Josef Pöschl (WIIW), Wirkung der weltweiten Wirtschaftsflaute in den MOEL begrenzt • Michael Böheim, Ökonomische Analyse der Wettbewerbssituation im österreichischen Lebensmitteleinzelhandel • Serguei Kaniovski, Kapitalnutzungskosten in Österreich
- 6/2002 Markus Marterbauer, Schleppende Belegung in der EU trotz kräftiger Impulse aus den USA • Gudrun Biffli, Der Bildungswandel in Österreich in den neunziger Jahren • Gudrun Biffli, Die Kosten des österreichischen Bildungssystems und der Wert der Ausbildung • Gudrun Biffli, Kosten und Nutzen des Bildungssystems im internationalen Vergleich
- 7/2002 Ewald Walterskirchen, Aufschwung mit Risiken. Prognose für 2002 und 2003 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. II. Quartal 2002 • Marcus Scheiblecker, Konjunkturzyklen der österreichischen Wirtschaft • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Michael Wüger, Nachhaltiger Konsum: Methodische Konzepte und Fallstudien • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Michael Wüger, Nachhaltiger Konsum: Ökonomische Modellierung • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Umwelt- und energierelevante Aspekte der Wohnbauförderung
- 8/2002 Margarete Czerny, Michael Pfaffermayr, Gerhard Schwarz, Robert Wieser, Kürzung der Investitionspläne angesichts der Konjunkturlaute. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2002 • Stephan Schulmeister, Aktienmärkte dämpfen das Wachstum in den USA. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2006 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Konjunkturaufschwung bei anhaltenden Strukturproblemen. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006 • Gudrun Biffli, Ausländische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt
- 9/2002 Alois Guger, Internationale Lohnstückkostenposition 2001 unverändert • Fritz Breuss, Die wirtschaftspolitische Architektur der WWU
- 10/2002 Ewald Walterskirchen, Konjunkturerholung verzögert. Prognose für 2002 und 2003 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. III. Quartal 2002 • Wolfgang Pollan, Die Preisentwicklung vor dem Hintergrund der Euro-Bargeldeinführung • Matthias Schneider, Zur Diskussion um neue Reformen der EU-Agrarpolitik • Thomas Url, Privatversicherungswirtschaft 2001: Rückkehr zur Normalität • Michael Peneder, Robert Wieser, Der österreichische Markt für Private Equity und Venture Capital 2001. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
- 11/2002 Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Gerhard Streicher, Berufliche und sektorale Beschäftigungsprognose für Oberösterreich. Methoden und Ergebnisse des regionalen Berufs- und Sektormodells für Oberösterreich • Josef Baumgartner, Die Wirtschaftsprognosen von WIFO und IHS. Eine Analyse für die achtziger und neunziger Jahre • Franz Sinabell, Das Landwirtschaftsgesetz der USA von 2002
- 12/2002 Michael Wüger, Mäßige Konsumsteigerung – Handel hofft auf gutes Weihnachtsgeschäft • Norbert Knoll et al., Der österreichische Forschungs- und Technologiebericht 2002 • Wolfgang Pollan, Zur Messung der Verbraucherpreise. Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?
- 1/2003 Ewald Walterskirchen, Schleppende Erholung im Jahr 2003. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2002 • Felix Butschek, Vom Wirtschaftsforscher zum Wirtschaftshistoriker – Hans Seidel zum achtzigsten Geburtstag • Christine Mayrhuber, Die Ausgaben für soziale Sicherheit im Jahr 2000 • Gudrun Biffli, Implikationen eines Freiwilligenheeres für den österreichischen Arbeitsmarkt • Wilfried Puwein, Erfolg der Ausgliederung von Bundesbetrieben – das Beispiel der Österreichischen Bundesforste

## 55. Euroconstruct-Konferenz:

# Trends der Bauwirtschaft in Europa 2003 bis 2005

**Budapest, 6.-7. Juni 2003**

### Spezialthema:

### Perspektiven der Baumärkte nach der EU-Erweiterung

#### Welche Vorteile bringt die EU-Erweiterung für die Bauwirtschaft

- in Osteuropa?
- in den bisherigen EU-Mitgliedstaaten?
- außerhalb der EU?

International agierende Bauunternehmer, Produzenten und Lieferanten von Baustoffen und Baumaterial sowie Exponenten anderer Zulieferbranchen, Finanzierungs-, Bank- und Planungsexperten berichten über ihre Erfahrungen auf den großen Märkten in Ost- und Südosteuropa sowie in den EU-Beitrittsländern in Mittel- und Osteuropa. In Vorträgen, Diskussionen und Round-Table-Gesprächen werden Szenarien und Visionen für die Zukunft dieser Märkte entwickelt.

**Euroconstruct** ist von herausragender Bedeutung in Europa als einziges Forum für die Kooperation von 19 west- und osteuropäischen Ländern im Bausektor. Zweimal jährlich veranstaltet **Euroconstruct** eine internationale Konferenz, in deren Rahmen länder- und sektorspezifische Informationen, Analysen und Prognosen der Baukonjunktur in den Partnerländern präsentiert werden. Entscheidungsträger in der Wirtschaftspolitik sowie in der Bauwirtschaft und Zulieferindustrie beziehen von **Euroconstruct** die wichtigsten und aktuellsten Daten für die strategische Planung.

Die 55. Euroconstruct-Konferenz findet Anfang Juni in Budapest statt. Sie wird von **Build & Econ** und dem **WIFO** gemeinsam organisiert. Ein detailliertes Programm und weitere Informationen sowie ein Anmeldeformular stehen unter [www.euroconstruct.com](http://www.euroconstruct.com), [www.buidecon.hu](http://www.buidecon.hu) und [www.wifo.ac.at](http://www.wifo.ac.at) zur Verfügung oder können per Fax (WIFO +43 1 798 93 86, Build & Econ +36 1 249 3191) oder E-Mail ([gaspar.a@axelero.hu](mailto:gaspar.a@axelero.hu)) angefordert werden.